



Plenarprotokoll

62. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 2. Juli 1998

Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1539

Martin Kayenburg [CDU]	4443, 4470, 4481
Ute Erdsiek-Rave [SPD]	4448
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4454
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	4456, 4477
Anke Spoorendonk [SSW].....	4459, 4476
Thomas Stritzl [CDU]	4462
Caroline Schwarz [CDU]	4463
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	4464
Klaus Haller [CDU]	4472
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4473
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	4473
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4475
Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD].....	4478
Thorsten Geißler [CDU].....	4479
Holger Astrup [SPD].....	4480

Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß und alle übrigen Ausschüsse..... 4481

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (AGInsO)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1520

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten..... 4481

Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß und den Wirtschaftsausschuß..... 4482

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neufassung des Berufsakademiegesetzes (BAG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1522

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	4482
Ursula Röper [CDU]	4483
Jürgen Weber [SPD]	4485
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4485
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	4486
Anke Spoorendonk [SSW].....	4487

Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß..... 4486

Gemeinsame Beratung

- a) Volksbegehren „WIR gegen die
Rechtschreibreform“

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 14/1527		Beschluß: Überweisung an den Agrarausschuß	4521
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1576 (neu)		Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes	
b) Feststellung der Zulässigkeit des Volksbegehrens „WIR gegen die Rechtschreibreform“		Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/1535	
Anträge der Fraktion der CDU Drucksachen 14/1490 und 14/1570		Anke Spoorendonk [SSW].....	4521
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1577		Jürgen Weber [SPD]	4522
Heinz Maurus [CDU].....	4488	Thorsten Geißler [CDU].....	4522
Ute Erdsiek-Rave [SPD]	4491, 4502, 4504	Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4523
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4493	Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	4523
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	4495	Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	4524
Anke Spoorendonk [SSW].....	4497	Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß.....	4524
Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	4499	Wahl der Landesbeauftragten oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages	
Martin Kayenburg [CDU].....	4503, 4505	Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/1541	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4504	Beschluß: Annahme	4524
Beschluß: Annahme der Beschlussempfehlung Drucksache 14/1527 und der Anträge Drucksachen 14/1576 (neu) und 14/1577	4505	Zustimmung des Landtages gemäß Artikel 34 der Landesverfassung	
Stärkung des Tourismusstandortes Schleswig-Holstein auch durch die Berücksichtigung kultureller Angebote		Antrag der Landesregierung Drucksache 14/1519	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1538		Beschluß: Annahme	4524
Günter Neugebauer [SPD]	4506	Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung von Lesben und Schwulen	
Heinz Maurus [CDU].....	4507	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1532	
Uwe Eichelberg [CDU], zur Geschäftsordnung	4509	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1545	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4510	Beschluß: Annahme	4524
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	4513	Bericht der Investitionsbank 1997	
Peter Gerckens [SSW].....	4515	Drucksache 14/1495	
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD].....	4516, 4518	Holger Astrup [SPD].....	4525
Caroline Schwarz [CDU]	4517	Beschluß: Überweisung an den Finanzausschuß und den Wirtschaftsausschuß ..	4525
Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus	4518		

**Stärkung des internationalen Studien-
standortes Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/780 Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 14/1528 Heinz Maurus [CDU], Berichterstatter	4525
Beschluß: Annahme	4525

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Finanzgerichts bei dem Schleswig-Holsteinischen Finanzgericht in Kiel

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 14/1530 Beschluß: Annahme	4525
--	------

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin
Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister
Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung.

Erkrankt ist der Abgeordnete Klaus-Dieter Müller, dem wir von hier aus gute Besserung wünschen.

(Beifall)

Beurlaubt ist der Abgeordnete Klaus-Peter Puls.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1539

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Kieler Kabinett stürzt in Regierungskrise“, „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung“, 13. Juni 1998, „Machtprobe im Kabinett“, „Kieler Nachrichten“, 13. Juni 1998, „Machtprobe - Simonis in Bedrängnis“, „Hamburger Abendblatt“, 15. Juni 1998, „Simonis droht - Engholm lobt“, „Lübecker Nachrichten“, 16. Juni 1998 und „Sie ist nervös“, „Hamburger Abendblatt“, 16. Juni 1998.

(Widerspruch bei der SPD)

Diese und andere solcher Schlagzeilen entstehen in Schleswig-Holstein, wenn zwei Minister nachdenken, einer ein Hintergrundgespräch mit Journalisten führt und die Ministerpräsidentin erst nicht, dann doch - und dazu offenbar noch beleidigt - reagiert, weil diesmal nicht sie es war, die eine Idee an die Öffentlichkeit brachte.

Dies zeigt nicht nur Führungsschwäche, sondern auch Entscheidungsschwäche.

(Beifall bei der CDU)

Frau Simonis, haben Sie das eigentlich nötig? Ich zitiere aus Ihrer Presseerklärung vom 12. Juni 1998:

„Wer dennoch glaubt, das politische Ziel des Nordstaates weiterverfolgen zu müssen, kann es nicht innerhalb der Landesregierung unter meinem Vorsitz tun.“

Was für eine Überreaktion! Sie zeigt uns, Ihre Nerven liegen blank und die Äußerungen Ihres Wirtschafts-

(Martin Kayenburg)

ministers müssen Sie ja im Kern getroffen haben. Von „kleinkariertem Pepitamuster“ hat Ihr Wirtschaftsminister gesprochen, und damit hat er - so denke ich - keinesfalls modische Blazer oder Röcke gemeint. Das wissen Sie ganz genau. Das weiß aber auch der Bürger ganz genau.

In der Woche nach unserer letzten Landtagstagung haben wir dann einen weiteren Akt in diesem Trauerspiel, das den Titel trägt „Die SPD sucht einen neuen Spitzenkandidaten für das Jahr 2000, mit dem man die Wahlen wieder gewinnen kann“, erleben können. Ich bin sicher, weitere Akte dieses Dramas werden folgen. Und weil wir das in aller Ruhe abwarten können, wollen wir heute mit unserem **Entschließungsantrag** den Versuch machen, das ganze Problem „vom Kopf auf die Füße“ zu stellen, wie Sie, Herr Minister Walter, es ja gefordert haben.

Im Kern geht es doch um die **Positionierung Schleswig-Holsteins** in einer komplizierter gewordenen Welt. Es geht um die Chancen, aber auch um die Herausforderungen, die sich aus der Wiedergewinnung der deutschen Einheit, aus den neuen Entwicklungen der Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes und der ehemaligen Sowjetunion ergeben. Und es geht um die Frage, wie wir uns diesen Herausforderungen stellen und wie wir in diesem Land unserer Verpflichtung gerecht werden wollen, dessen Nutzen zu mehren wir versprochen haben.

Wir teilen die Auffassung, die in dem - jedenfalls angeblich - von Ihnen, Frau Simonis, in Auftrag gegebenen Papier vertreten wird, das von den Ministern Walter und Steinbrück angefertigt wurde, wonach Schleswig-Holstein seine Chancen in einer engen Kooperation im Ostseeraum und im Schulterschuß mit Hamburg und - soweit möglich - mit Mecklenburg-Vorpommern suchen muß.

Solche Formen der Zusammenarbeit entsprechen der geschichtlichen Tradition unseres Landes, entsprechen dem friedlichen Gedanken der Hanse, und sie knüpfen an Beziehungen an, die bereits seit 1965 zwischen Schleswig-Holstein und unseren skandinavischen Nachbarn gepflegt werden.

Aus dieser Chance, an die **Geschichte Schleswig-Holsteins** und des Mare Balticums anzuknüpfen, haben Sie jedoch viel zu wenig gemacht. Sie haben im Kern bis zu dem Alarmsignal Ihres Wirtschaftsministers nicht erkannt, was eigentlich getan werden muß.

(Beifall bei der CDU)

Frau Simonis, Sie haben sich auf das Buchhalterische verlegt, statt wirklich zu gestalten. Jetzt steht unser Land an einem Punkt, an dem die Luken der Fähren schon fast geschlossen sind. Deshalb haben wir unse-

ren Antrag eingebracht, mit dem wir Sie einladen wollen, zu den Zukunftsprojekten, die jetzt vorangebracht werden müssen, ja zu sagen.

(Beifall bei der CDU - Ursula Kähler [SPD]:
Da lachen ja die Hühner!)

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die CDU Schleswig-Holsteins bereits auf ihrem Landesparteitag am 16. März 1991 klare Beschlüsse zu den wichtigsten **Verkehrsvorhaben des Landes** gefaßt hat, zum Beispiel zur Elbquerung, als in Ihrer Regierung noch von schnellen Elbfähren die Rede war, zur festen Fehmarnbeltquerung, auch zur A 20, der Westküstenautobahn bis nach Lübeck, um auch die Westküste an die erkennbar wachsenden Märkte im Osten anzubinden.

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, haben zu diesen Vorschlägen immer wieder nein gesagt. Sie haben sich gewunden, als es um den Kompromiß der festen Elbquerung bei Glückstadt ging, an der wir auch festhalten, den ich selbst damals mit den Kollegen Herrn Benker und Frau Aschmoneit-Lücke ausgehandelt habe.

Sie haben nein gesagt zum sechsstreifigen Ausbau der A 7, zum Transrapid, zum Flughafen Kaltenkirchen, zur großen Steuerreform, zur Steigerung der Qualität der Bildungsabschlüsse in Schleswig-Holstein, zur Europa-Hochschule in Flensburg, zum Abbau von Unterrichtsausfall und zur Verbesserung der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Sie haben, Frau Kähler, zu all diesen Punkten nein gesagt.

Die Hansestadt Hamburg haben Sie, Frau Simonis, möglicherweise mit Ihrem „Pack schlägt sich - Pack verträgt sich“-Zitat so verprellt, daß der heutige Erste Bürgermeister acht Monate gebraucht hat, bis er seinen Antrittsbesuch bei uns in Schleswig-Holstein gemacht hat. Eine in die Zukunft gerichtete Politik für Schleswig-Holstein war dies wahrlich nicht. Wir bieten Ihnen heute die Chance, Ihre Politik zu revidieren und - wie gesagt - vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Dabei habe ich bereits mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, Frau Simonis, daß Sie jetzt offenbar einen Gang zulegen wollen. Am 10. Juli 1998 wollen Sie im Kabinett Arbeitsaufträge verteilen. Das finde ich prima, aber ich fürchte, auch dies wird zunächst nur ein Stück Symbolpolitik bleiben,

(Martin Kayenburg)

mit der Sie versuchen wollen, deutlich zu machen, daß Sie die Chefin im Kabinett sind.

Die **Entscheidungsvorlagen** in Sachen **Verkehrsinfrastruktur** liegen doch seit Jahren auf dem Tisch. Jetzt entfalten Sie Aktionismus, und dabei wissen Sie doch ganz genau, daß Sie diese Pläne gegenüber Ihrem derzeitigen Koalitionspartner jedenfalls nicht durchsetzen können. Deshalb wird bis zum Herbst wieder einmal nichts passieren, Frau Kähler; erneut wird wertvolle Zeit verstreichen, bis Sie dann - nach einer verlorenen Bundestagswahl -

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

nicht mehr soviel Rücksicht auf Ihren ungeliebten „grünen Frosch“ nehmen müssen. Ich denke, es war wahrscheinlich doch eher die Kröte, die Sie schlucken mußten, und nicht der Prinz, den Sie wachzuküssen gehofft hatten.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich weiß ja, daß Ihnen das nicht paßt, Frau Fröhlich,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mir paßt das sehr wohl!)

aber hier geht es heute um Politik und nicht um das, was Sie uns hier immer bieten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch die Geschichte des Steinbrück-Papiers ist doch ein Beleg für das Verschleppen in dieser **Landesregierung**. Es trägt das Datum vom 11. Februar. Die Kabinettsberatungen sollten am 13. Juni, dann am 30. Juni und nun am 10. Juli stattfinden. Ich denke, daß das **Parlament** mit dem Antrag, den wir gestellt haben, die große Chance hat, den Rahmen abzustekken, in dem das Parlament handeln soll. Wir nehmen nämlich unsere Aufgabe ernst und warten nicht auf das, was im Gästehaus der Landesregierung oder anderswo zu Papier gebracht werden wird.

Deshalb drängen wir heute auch auf eine Entscheidung in der Sache und nicht auf eine Überweisung an die Ausschüsse. Wir bieten Ihnen mit unserem Antrag heute die Chance, zu unserem Antrag ja oder nein zu sagen, Frau Fröhlich, und damit zu den Grundzügen der Entwicklung unseres Landes in der Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und da sage ich eben: nein!)

Ich kann nur hoffen, daß Sie diese Chance nutzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und an die **SPD** habe ich die dringende Bitte: Machen Sie doch einmal klare Aussagen; verhalten Sie sich doch einmal nicht wie Ihr Kanzlerkandidat. Mit seinem Motto „Hoppla, jetzt kommt nix“ ist uns hier jedenfalls nicht geholfen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Sie, Frau Erdsiek-Rave, haben in Ihrer Replik auf unseren Antrag erklärt, ich hätte nur alte Vorschläge zusammentragen lassen. Ich denke, damit haben Sie es sich doch ein bißchen sehr leicht gemacht. Die 37 konkreten Einzelpunkte unseres Antrages machen nämlich zwei Dinge ganz deutlich: Sie zeigen erstens, daß die **CDU-Fraktion** Ihnen in den strukturell wichtigen Fragen unseres Landes schon seit Jahren weit voraus ist, und zweitens dokumentieren sie eindeutig, daß zumindest Teile der Sozialdemokratie in diesem Land jetzt unsere Positionen übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

Nun heißt es schon im Lukas-Evangelium: „Also wird Freude sein im Himmel über einen Sünder, der Buße tut.“

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die ersten werden die letzten sein!)

„mehr als über 99 Gerechte, die der Buße nicht bedürfen.“ -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Zitate fallen immer auf einen selbst zurück!)

Auch damit, Herr Böttcher, haben Sie recht: Die ersten werden die letzten sein. Sie stellen die Anträge zum Transrapid und werden damit hinten herunterfallen. Bei der Bundestagswahl 1998 werden Sie die letzten sein - weit abgeschlagen hinter der F.D.P. - und überhaupt nicht in den Bundestag hineinkommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte den **Sinneswandel** an einigen Beispielen deutlich machen. Minister Steinbrück hatte in seinem Papier - und noch mehr in den unmißverständlichen Bemerkungen, die in der Presse dokumentiert sind - zwar nicht unsere Positionen im einzelnen übernommen, aber doch Teile unseres Kurses akzeptiert oder ist auf diesen Kurs eingeschwenkt. Das kann nach meiner Meinung unserem Lande nur nützen. Ich will den Sinneswandel nur deutlich machen und aufzeigen, wie unsere Positionen von Ihnen schon früher abgelehnt wurden, dann aber als Ihre Positionen übernommen und ausgegeben wurden; im Volksmund nennt man so etwas „Ideenklau“.

(Martin Kayenburg)

Erstens: **Sechsstreifiger Ausbau der A 7!** Am 12. Juni 1996 erklären Sie, Herr Minister Steinbrück, bei der Beratung des CDU-Antrages „Sechsstreifiger Ausbau der A 7“ in diesem Hause:

„Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich es sage, aber dieser Antrag ist doch eines jener Stöckchen, von denen ich in der vergangenen Landtagsdebatte redete, das Sie mir nun immer wieder hinhalten und über das ich springen soll. Nehmen Sie es mir nicht übel - ich springe nicht. Ich springe nicht.“

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Was haben Sie jetzt eigentlich getan, Herr Minister? Sie sind doch gesprungen - oder nicht?

(Beifall bei der CDU - Meinhard Füllner [CDU]: Er hat einen Stabhochsprung gemacht!)

Zweitens: Thema **Transrapid!** Das ist nun wirklich kurios. Die schleswig-holsteinischen Zeitungen berichten über Sie, Herr Minister Steinbrück, daß Sie empfehlen, die Trassenentscheidung des Bundes pragmatisch zu akzeptieren. Ich bestätige: Sie jubeln nicht, aber Sie haben sich zumindest bewegt, und ich habe Respekt vor den gestrigen Einlassungen des Ministers, die aus seiner Position heraus absolut verständlich waren. Gleichwohl - auch dies ist eine Richtung, in die er sich bewegt, die unseren Anträgen aus der Vergangenheit entspricht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Drittens: Thema **Bildungspolitik!** Am 4. Mai dieses Jahres beantragt die CDU-Fraktion, additiv zum bisherigen 13jährigen Schulbesuch bis zum Abitur Klassen einzurichten, in denen die Gymnasialzeit nur acht Jahre dauert. In der Debatte darüber erklärt die Bildungsministerin am 14. Mai hier im Landtag:

„Ich sehe in dem Antrag nur den Versuch, für einen kleinen Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler eine Art Eliteschule einzuführen. Dafür stehe ich nicht zur Verfügung.“

In dem Bericht über die Präsentation Ihres Papiers, Herr Steinbrück, schreibt die „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung“ am 10. Juni dieses Jahres - also sechs Wochen später -:

„Im gesamten Bildungswesen wird mehr Weltoffenheit gefordert.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ach!)

„Dazu soll das frühe Erlernen einer dritten Fremdsprache (ab Klasse 3) ebenso gehören wie das Abitur nach zwölf Jahren.“

Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben in Ihrem Pressegespräch am 24. Juni das Abitur nach zwölfjährig Jahren gefordert.

(Heiterkeit bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein echter Kompromiß!)

- Ein echter Kompromiß, Herr Kubicki! Mich erinnert das an Tarifverhandlungen; da hat Frau Simonis ja einige Erfahrungen. Aber das ist nun wirklich kein bildungspolitisches Konzept aus einem Guß.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und Sie, Frau Böhrk? Ich erinnere Sie: Am 4. Mai haben Sie gesagt, Sie stünden für so etwas nicht zur Verfügung. Jetzt findet Ihr Haus jedenfalls den Vorschlag der Ministerpräsidentin interessant.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Ich frage Sie an dieser Stelle aber: Wenn Sie dafür nicht zur Verfügung stehen - müßten Sie nicht eigentlich die Konsequenzen ziehen und zurücktreten?

(Beifall bei der CDU)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus unserer Sicht will ich dies überhaupt nicht fordern und kann das auch gar nicht tun, weil daraufhin die Trotzreaktion der SPD verständlich wäre, die schwächste Besetzung am Kabinettsstisch dann auch noch zu stabilisieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, wir brauchen diese Besetzung, um immer wieder deutlich zu machen, wie stark das Versagen dieser Landesregierung in der Bildungspolitik wirklich ist. Dafür stehen Sie, Frau Böhrk, und niemand anders.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich will Ihnen und mir weitere detaillierte Dokumentationen, die Sie ja in unserem Antrag nachlesen könnten, zu dem möglicherweise jetzt auch eingeläuteten Kurswechsel in der Regierungspolitik heute ersparen. Aber lassen Sie mich noch einige grundsätzliche Bemerkungen machen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Da bin ich aber gespannt!)

Wenn Sie unseren Antrag aufmerksam lesen, werden Sie noch weit mehr Positionen finden, zu denen Sie früher nein gesagt haben, deren Notwendigkeit Sie heute aber ganz offensichtlich einsehen. Ihre Andeutungen über die Kabinettsitzung am 10. Juli, in der

(Martin Kayenburg)

Sie sich mit diesem Papier ja befassen wollen, zeigen deutlich, daß auch die Landesregierung jetzt aus ihrer Lethargie aufgewacht ist und in die Puschen kommen will.

Der Landtagspräsident hat dies auf dem Treffen mit den norddeutschen Parlamentariern gerade im Zusammenhang mit der Kooperation im Ostseeraum deutlich gemacht. Ich zitiere:

„Im übrigen soll und darf dies nicht den Regierungen überlassen bleiben. Wir müssen auch als Parlamente Kreativität und Durchsetzungswillen entwickeln, um auf diesem Weg voranzuschreiten.“

Kreativität und **Durchsetzungswille** stecken hinter dem Papier, das wir für die Ostseekooperation und die Zukunft des Landes vorgelegt haben.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen will ich besonders an Sie, Frau Erdsiek-Rave, und Ihre Fraktion appellieren: Seien Sie doch einmal mutig! Zeigen Sie der Öffentlichkeit, daß die SPD Schleswig-Holsteins - anders als ihr Kanzlerkandidat - klare Entscheidungen treffen kann. Lassen Sie uns hier und heute über unseren Antrag in der Sache abstimmen. Es geht nämlich nicht um das übliche kleinkarierte Muster in der Regierung, sondern es geht um Grundsatzentscheidungen für unser Land.

(Zuruf von der SPD: Das ist schon so kleinkariert! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was haben Sie gegen Pepita? Das ist doch modern!)

- Gegen Pepita habe ich gar nichts, aber kleinkarierte Muster in der Regierungspolitik, Herr Kubicki, stören mich schon.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber es ist modern!)

Es geht nämlich um Grundsatzentscheidungen für unser Land, bei denen das **Parlament** der **Landesregierung** heute die Richtung vorgeben kann. Wir sind auch mit einer abschnittswisen Abstimmung einverstanden. Aber: Wir wollen die Entscheidung heute.

(Beifall bei der CDU)

Sagen Sie ja zu einer guten Zukunft für Schleswig-Holstein, oder - von mir aus - bleiben Sie bei Ihrem Nein! Aber entscheiden Sie sich! Das ist die Forderung.

(Beifall bei der CDU)

Gestatten Sie mir abschließend einen Hinweis auf folgendes. Auch, wenn Sie es bestreiten sollten - unser Papier hat zwischenzeitlich ja gewirkt.

(Ursula Kähler [SPD]: Bei wem?)

- Bei der Landesregierung, Frau Kähler! Sie haben es offenbar nur wieder einmal nicht bemerkt.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Schauen Sie sich beispielsweise das Papier über die Zusammenarbeit von Schleswig-Holstein mit Hamburg an, das nach unserem Antrag herausgekommen ist. Ich könnte seitenweise daraus zitieren. Darin sind genau die Positionen aufgezeigt, die wir fordern.

Im üblichen Stil der Regierungspolitik wird darauf hingewiesen: „Haben wir schon immer gemacht.“ - Ja, wenn Sie denn schon immer gemacht hätten!

Wenn Sie es schon immer gemacht haben, müßte es Ihnen um so leichter fallen, zuzustimmen und den Positionen, die wir fordern, ihr Okay zu geben,

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

und nicht, wie Sie es getan haben - -

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Also, Herr Böttcher, was Sie alles abschreiben, kriegt man ja gar nicht mehr auf eine DIN-A4-Seite.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen Sie auch ständig, Herr Böttcher! - Konrad Nabel [SPD]: Abgeschrieben!)

- Wir haben nicht abgeschrieben, Herr Nabel! Ich betone es noch einmal: Wir haben die Anträge, die wir als erste vorgelegt haben, zusammengefaßt,

(Konrad Nabel [SPD]: Alle abgeschrieben!)

um deutlich zu machen, daß dies die Richtung ist, in die wir gehen müssen.

Frau Erdsiek-Rave hat hier kürzlich gesagt, die SPD setze sich an die Spitze irgendwelcher Bewegungen. Ich sage Ihnen: Wir sind die Spitze der Bewegung. - Das ist das, was Sie nicht leiden können.

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schließlich: Offenbar ist man sich jetzt auch nicht zu schade dafür, zum Beispiel länderübergreifende Expertisen, die etwa über die Möbelbranche erstellt worden sind, hier als entscheidendes Papier zu dokumentieren.

Frau Erdsiek-Rave, Sie haben doch mit Herrn Schröder gemeinsam die Presse zum Thema „Metropol-

(Martin Kayenburg)

region, Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene verstärken“ gemacht.

Wir können Sie nur beglückwünschen. Genau das wollen wir.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie wollen das, und wir machen das! - Lachen bei der CDU)

- Was Sie gemacht haben, Herr Nabel! Das muß ausgerechnet der umwelt- und sozialpolitische Oberbremser der SPD-Fraktion hier sagen, daß er etwas gemacht habe!

(Heiterkeit und anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn hier gehandelt worden ist, dann haben wir gehandelt. Wir haben die Vorschläge gemacht. Wir stellen diese Vorschläge zur Diskussion.

Der Vollständigkeit halber will ich folgendes ergänzen. In unserem Antrag ist aus einem Redaktionsversehen der Ausbau der Bahnstrecke Pinneberg - Elmsborn, die Elektrifizierung weiterer Bahnstrecken in Schleswig-Holstein voranzutreiben, unterblieben, ebenso der Hinweis, daß die Verbindung Hamburg - Lübeck Priorität hat. Ich gebe das zu Protokoll, Frau Präsidentin!

(Holger Astrup [SPD]: Heiße Nadel!)

- Herr Astrup, die heißen Nadeln werden Sie jetzt von uns zu spüren bekommen. Wenn Sie unserem Antrag folgen,

(Holger Astrup [SPD]: So ein Unsinn!)

dann haben Sie einen Antrag für eine zukunftsweisende Politik für unser Land verabschiedet. Dazu fordern wir Sie auf.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Wir erlebten und erleben in den letzten Wochen und Monaten in Schleswig-Holstein Bemerkenswertes.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist richtig! - Zurufe von der CDU: Das kann man wohl sagen! - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ein bemerkenswertes Projekt,

(Holger Astrup [SPD]: Freut euch nicht zu früh!)

nachzulesen im Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag, anzuschauen im Haus der Geschichte in Bonn, gesendet vom NDR: Die Jahrhundertstory.

Und nun kommen Sie mit Ihrem Jahrhundertantrag.

(Heiterkeit der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das liest und hört sich doch eher an wie „Aktuelle Schaubude“. - Der NDR möge mir das verzeihen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch eine schöne Sendung!)

Dennoch freut es mich, daß nun auch die Opposition zu uns ins Boot der **Ostseekooperation** gestiegen ist, Herr Kayenburg,

(Holger Astrup [SPD]: Das wurde auch Zeit! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ein Prozeß übrigens -

(Martin Kayenburg [CDU]: Der 1965 begonnen hat!)

daß Sie nicht die Größe aufbringen, das hier auch einmal zu sagen -,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

ein Prozeß übrigens, den Björn Engholm mit seiner Vision vom Mare Balticum in Schleswig-Holstein in Gang gesetzt hat.

(Beifall bei der SPD)

Da können Sie noch so schüchtern das Datum 1965 hier einbringen!

(Meinhard Füllner [CDU]: Er hat nur ein neues Etikett draufgeklebt!)

Es muß dann wohl an der Öffentlichkeit dieses Landes vorbeigegangen sein, was Sie da meinen.

Der Kurs, den Sie setzen wollen, geht in vielen Punkten am Ziel vorbei. Es ist ja nichts Schlechtes, wenn die großen gesellschaftlichen Kräfte, auch die Parteien, im Land in den wichtigen Fragen Gemeinsamkeiten formulieren. Das ist ja nichts Schlechtes. Warum behandeln Sie das mit einer solchen Häme?

(Widerspruch bei der CDU)

Das erwarten die Menschen von uns vielleicht sogar. Aber der Kurs muß stimmen. Und den bestimmt immer noch die Mehrheit im Land.

(Beifall bei der SPD)

(Ute Erdsiek-Rave)

Noch in der Präambel Ihres Antrags, Herr Kayenburg, stellen Sie als eine der wichtigsten Aufgaben zukünftiger Landespolitik die **Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse** heraus und preisen dann unter dem Stichwort „wirtschaftliche Entwicklung“ die sogenannte große Steuerreform als Muster für das 21. Jahrhundert.

(Martin Kayenburg [CDU]: Jawohl!)

Ihre Steuerreform hat doch schon jetzt mehr Staub angesetzt, als sie aufgewirbelt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der von der Bundesregierung vorgeschlagene **Umbau des Steuersystems** zu etwas nicht taugt, dann ist das zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Steuerreform, die die Kluft zwischen Arm und Reich noch vertieft, wird es mit der schleswig-holsteinischen SPD nicht geben. Da können Sie noch so oft von Verweigerung reden;

(Beifall bei der SPD)

dieses Argument ist abgenutzt, es ist verbraucht, aber die Realität ist geblieben. Die kommt bei Ihnen nicht vor.

In Stadtteilen wie Kiel-Mettenhof wachsen heute bereits über 50 % der Kinder in Familien auf, die Sozialhilfe beziehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer hat die denn gebaut, diese Stadtteile?)

- Es geht um die Kinder, nicht um die Stadtteile!

Für diese Kinder gibt es jedenfalls in Ihrem Antrag keine Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Und kein Wort in Ihrem ganzen Antrag - ich habe ihn sorgfältig gelesen - zum Thema **soziale Gerechtigkeit**.

(Frauke Tengler [CDU]: Welche Zukunft bieten Sie diesen Kindern?)

Kein Wort dazu! Was ist das eigentlich für ein Gesellschaftsverständnis? Was ist das überhaupt für ein Zukunftsentwurf, den Sie sich für ein ganzes Jahrhundert zu entwerfen anmaßen, in dem diese Frage,

(Holger Astrup [SPD]: Zentrale Frage!)

dieses Thema überhaupt nicht vorkommt?

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen folgendes sagen: Sie sind offenbar noch nie in Skandinavien gewesen -

(Holger Astrup [SPD]: Auf einer Butterfahrt!)

oder nur als Tourist. Dabei ist gerade dies ein Thema, bei dem wir sehr viel von unseren europäischen Nachbarn lernen können, insbesondere in **Skandinavien**. Es ist eine **Wirtschaftsstruktur**, die auf **Konsens** zwischen den gesellschaftlichen Gruppen setzt, auch zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften,

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir wollen das schwedische Modell! Warum weigern Sie sich noch?)

eine Gesellschaftsstruktur, die auf die Integration sozial Benachteiligter angelegt ist, und zwar in einem breiten Konsens quer durch die gesellschaftlichen Kräfte. Das sind die Grundpfeiler eines dynamischen und erfolgreichen Wohlfahrtsstaats.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir können uns auf das schwedische Modell verständigen! - Glocke der Präsidentin)

Davon können wir lernen, etwa von den Integrationsleistungen für Einwanderer in Schweden, von der Beschäftigungsförderung für Jugendliche in Dänemark. Das sind Beispiele, die wir uns angucken können und die nachzuahmen sich lohnen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage.

Wie oft haben Sie das skandinavische Modell für tot erklärt! Es hat in seiner Wandlungsfähigkeit - davon bin ich überzeugt - bewiesen, daß Modernisierung und soziale Verantwortung sich nicht ausschließen, sondern im Gegenteil einander bedingen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Wo sind sie alle geblieben, wo sind sie eigentlich alle geblieben, die uns noch vor kurzem von großen und kleinen Tigern und asiatischen Werten vorgeschwärmt haben? - Still sind sie geworden.

(Ute Erdsiek-Rave)

Darf Politik eigentlich ein so kurzes Gedächtnis haben?

(Klaus Schlie [CDU]: Wir sind in Schleswig-Holstein!)

Ich wünsche und hoffe jedenfalls, daß der **Sozialstaat** als positiver Standortfaktor nicht nur aus einer Mode heraus wieder erkannt wird, sondern daß erkannt wird, daß er eine substantielle Bedeutung für eine **zukunftsfähige Gesellschaft** und für den inneren Frieden hat.

Welche zentrale Bedeutung die Lebensverhältnisse der Menschen an den verschiedenen Ufern der Ostsee - nicht nur im Norden, sondern auch im Osten - für das Zusammenwachsen und den Frieden in dieser Region haben, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Auch deswegen darf sich die Frage der Ostseezusammenarbeit nicht auf den Ausbau von Verkehrswegen verkürzen, auch deswegen nicht. Wer die **Ostseezusammenarbeit** will, muß sie auf der Basis eines gesicherten Friedens betreiben.

Nun fordern Sie zur **Stärkung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft** - ich zitiere -, „die wehrtechnische Industrie durch eine Erleichterung der Exportbestimmungen ... zu fördern“.

(Holger Astrup [SPD]: Nur Kopfschütteln! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das forderte schon Norbert Gansel!)

Welche Chancen etwa die Werften im Land derzeit haben, auch ohne hemmungslosen Waffenexport in Spannungsgebiete,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir liefern gar nicht in Spannungsgebiete!)

das zeigt etwa das Beispiel HDW.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir liefern nicht in Spannungsgebiete! - Zurufe von der CDU)

- Nein, aber wie soll ich sonst die Forderung nach der Erleichterung von Exportbestimmungen verstehen? Das müssen Sie mir schon ein bißchen genauer erläutern.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur empfehlen, einmal nachzulesen, was auf dem Holstentor in Lübeck steht. Da lesen Sie, was den Geist der Hanse geprägt hat. Belasten Sie nicht das Bild Schleswig-Holsteins als friedlicher Nachbar, wie es sich gerade in der „Kieler Woche“ gezeigt hat, mit solchen Forderungen nach der Erleichterung von Waffenexporten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Ihnen scheint völlig entgangen zu sein, daß in der Rüstungskonversion eine der größten Herausforderungen und Chancen in Schleswig-Holstein liegt.

(Beifall bei der SPD)

Das steht übrigens im Einklang mit den Bemühungen der EU, die eigens hierzu ein Gemeinschaftsprogramm KONVER aufgelegt hat. Nicht die Rüstungsindustrie, sondern die **Informations- und Kommunikationstechnologien** werden der Motor des gesellschaftlichen Wandels und der Entwicklung im 21. Jahrhundert sein.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Schleswig-Holstein ist für diesen Wettbewerb gut gerüstet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In den Standorten von Talkline, von MobilCom, von Motorola liegt die wirtschaftliche Zukunft Schleswig-Holsteins. Darüber verlieren Sie in Ihrem Antrag kein einziges Wort, meine Damen und Herren von der CDU!

(Beifall bei der SPD)

Solche Begriffe wie RISI - möglicherweise muß ich Ihnen das sogar noch erklären - oder Multimedia sind offenbar Fremdwörter für Sie.

(Lachen bei der CDU)

Unser Netz an Technologiezentren und unsere modernen Instrumente der Wirtschaftsförderung passen offensichtlich nicht in die verengte Wahrnehmung Ihres Landesbildes, oder sie sollen vielleicht auch nicht hineinpassen und werden deswegen einfach weggelassen.

(Lachen und Unruhe bei der CDU)

- Endlich scheine ich ins Schwarze getroffen zu haben, sonst kann ich Ihre Aufregung gar nicht verstehen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch an anderer Stelle weist Ihr Zukunftsbild weiße - nein, schwarze - Flecken auf. Gute 15 Jahre nach dem Umweltgipfel von Rio und nur sechs Monate nach der Klimaschutzkonferenz von Kyoto scheint für Sie unsere natürliche Umwelt immer noch eine vernachlässigbare Restgröße zu sein. Das Wort „Ökologie“

(Ute Erdsiek-Rave)

taucht in Ihrem ganzen Antrag nur ein einziges Mal auf,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ideologisch gefärbt!)

und zwar als - ich zitiere - „Ökoideologie“. Dies bringen Sie dann ausgerechnet im Zusammenhang mit dem Stichwort Tourismus, mit dem Schleswig-Holstein mit seiner Vermarktungsstrategie des sanften Tourismus einen nachhaltigen und großen Erfolg hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Meine Herren und Damen, es ist nicht Ökoideologie, sondern es ist Ihre eigene Parteiideologie, die Ihnen einfach den Blick dafür verstellt, daß in der **Umweltwirtschaft** von der Abwassertechnik bis zur Windkraft neben der Kommunikations- und der Medizintechnik eines der dynamischsten Entwicklungsfelder der Wirtschaft insbesondere in Schleswig-Holstein liegt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auf diesen Feldern nicht nur einiges zu bieten, sondern auch erhebliche Entwicklungschancen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welche?)

Ich will das noch einmal mit Zahlen belegen. Weltweit werden heute in der Umweltwirtschaft 400 Milliarden Dollar umgesetzt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung erwartet schon für den Jahrhundertwechsel eine Beschäftigungszahl von 1,1 Millionen Menschen im Umweltsektor. Es herrscht längst Konsens auf der Ebene aller Wirtschaftsforschungsinstitute, welcher Couleur auch immer, daß von einer aktiven Umweltpolitik, die auch eine ökologische Steuerreform umfaßt, ein positiver Gesamtimpuls auf den Arbeitsmarkt ausgeht.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Ja, das ist so! Und das Gutachten im Auftrage der Landesregierung zur Umweltwirtschaft hat erbracht, daß in diesem Bereich in Schleswig-Holstein bereits über 13.000 Menschen Arbeit und Einkommen finden und der jährliche Umsatz dabei auf 3,7 Milliarden DM geschätzt wird.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Sie sollten sich diese Untersuchungen einmal genau ansehen, bevor Sie die pauschale Abschaffung der in Schleswig-Holstein erhobenen Gebühren und Abgaben wie den Wasserpfennig so einfach fordern.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wenn Ihr Blick tatsächlich über den eigenen Teller einmal hinausginge, könnten Sie in Dänemark ein gutes Beispiel etwa für eine erfolgreiche **Verknüpfung von Umwelt- und Wirtschaftspolitik** finden. Und Sie sehen in der Öresundregion die Idee eines Medicon-Valley, ein hervorragendes und nachahmenswertes Modell für die Vernetzung von Unternehmen, Universitäten und Gesundheitswesen.

(Anhaltende Zurufe von der CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Ja, ja, ja. Sie erfinden die Welt jetzt an einem Tag neu. Wunderbar!

(Anhaltende Zurufe von CDU und F.D.P.)

Wir machen uns auf den Weg; es sind kleine Schritte, aber es ist ein guter Weg dahin.

(Anhaltende Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Warum reden Sie denn die Lübecker Region mit ihren Universitätskliniken, ihrer hervorragenden Medizintechnik und ihrer hervorragenden Fachhochschule, die technologieorientiert ist, klein?

(Beifall bei der SPD)

Das muß weitergehen, und daran arbeiten wir.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen aber muß ich nun ins Stammbuch schreiben: Wessen Wirtschaftsmodell sich heute nicht auch an den Möglichkeiten kommender Generationen orientiert - auch ökologisch -

(Holger Astrup [SPD]: Natürlich!)

und wer in diesem Sinne nicht zukunftsfähig ist, der schürt das Risiko, daß das kommende Jahrhundert das letzte Jahrhundert der Industrienationen sein wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Meinhard Füllner [CDU]: Das ist doch gar nicht das Thema heute!)

- Was Thema ist, das bestimme ich mit meiner Rede.

(Zurufe von der CDU)

Und an einer Nachhaltigkeit der Entwicklung in diesem Sinne muß sich auch die **Verkehrspolitik** orientieren.

(Beifall bei der SPD)

(Ute Erdsiek-Rave)

Die Verkehrswege sind die Transportadern der Volkswirtschaft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In dieser Allgemeinheit sagt das nichts!)

Sie müssen den veränderten Anforderungen im Ostseeraum angepaßt und weiterentwickelt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was heißt das denn konkret? - Klaus Schlie [CDU]: Das sind alles nur Worthülsen! - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der SPD)

- Wenn Sie gestatten, mache ich zu diesem Bereich ein einleitende Vorbemerkung und komme jetzt zur Sache, Herr Kubicki! Einleitende Vorbemerkungen sind immer etwas schwierig anzuhören.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Nabel, nur Sie glauben, daß Sie der Nabel der Welt sind! - Weitere Zurufe)

- Ich warte, ob Herr Kubicki zuhören kann.

(Heiterkeit bei der SPD)

Natürlich müssen wir uns damit auseinandersetzen, daß die Schweden und die Dänen von drei festen Querungen im südlichen Ostseeraum in ihrer Planung ausgehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Das eine ist die Öresundquerung, die im Bau ist und im Jahre 2000 fertig sein soll. Das andere ist die Große-Belt-Querung, die bereits in Betrieb ist, und das Dritte, wovon die Schweden und insbesondere die Dänen ausgehen, ist die Planung für die Fehmarnbeltquerung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sehen wir auch so! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das läuft schon lange!)

- Ja, das läuft schon eine ganze Weile, es gibt aber bisher noch keine feste Planung, sondern nur einen Vertrag zwischen Dänemark und Schweden, in dem sich Dänemark dazu verpflichtet, darauf hinzuarbeiten. Und es gibt den Auftrag für eine Machbarkeitsstudie - so steht es auch im SPD-Wahlprogramm -, mit deren Ergebnis wir uns auseinandersetzen müssen. Wir nehmen diese Herausforderung an dieser Stelle sehr deutlich und sehr offensiv an.

(Beifall bei der SPD - Klaus Schlie [CDU]: Mit welchem Ziel? - Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Herr Schlie, wenn ich sage, ich nehme eine Herausforderung offensiv an, dann heißt das, ich vermeide nicht die Diskussion und schiebe das nicht weg, aber ich nehme mir die Freiheit, das Für und Wider abzuwägen und diese Abwägung gründlich und sorgfältig vorzunehmen. Wozu machen wir sonst Machbarkeitsstudien? Das frage ich Sie!

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen eben nicht einfach blind ja zu irgendwelchen Verkehrsprojekten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Nur immer nein! - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

Das Abwägen muß sein; das ist die Aufgabe der Politik, so wie wir es auch bei der A 20 getan haben.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Und ich sage noch einmal: Wir werden uns dem Druck, der in dieser dynamischen Region entsteht, und der Entwicklung, die dort beginnt und die die Verkehrswege möglicherweise anderswohin lenkt, nicht entziehen können. Das meine ich, wenn ich sage, wir werden uns dieser Auseinandersetzung offensiv stellen.

(Zurufe von der CDU)

Aber eine Verkehrspolitik, deren Blick sich wie der Ihre nur auf die Erweiterung von Fahrstreifen verengt, ist nicht tauglich für das 21. Jahrhundert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Oh! - Lachen bei der CDU)

Wenn wir mindestens bei dem Blick ins nächste Jahrhundert, wie Sie das hier für sich beanspruchen, Frau Schmitz-Hübsch,

(Reinhard Sager [CDU]: Das ist nicht mehr weit!)

und nicht nur in die nächsten drei Jahre etwa damit rechnen können, daß es einen Kollaps in der bestehenden **Verkehrsinfrastruktur** gibt, dann werden wir uns intelligente Lösungen einfallen lassen müssen. Diese bestehen nicht nur darin, den Straßenbau voranzutreiben. Dies gilt im übrigen nicht nur für den Straßenverkehr, sondern auch für den schienengebundenen Verkehr, bei dem durch den Einsatz entsprechender Steuerungstechniken die Zugfolge und die Leistungsfähigkeit des Schienennetzes verbessert werden muß. Verkehr soll verbinden, und dafür müssen die Systeme vernetzt werden. Das ist die große planerische und politische Herausforderung für das nächste Jahrhundert.

(Beifall bei der SPD)

(Ute Erdsiek-Rave)

Nun will ich etwas sagen zu Ihren Ausführungen zur **Bildungs- und Kulturpolitik**. Sie sind mehr durch Auslassungen und Gemeinplätze denn durch Neuerungen und Ideen gekennzeichnet.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Auf die Auslassungen will ich jetzt einmal zu sprechen kommen. Sie gehen mit keinem Wort auf die dramatische Situation am **Lehrstellenmarkt** ein, und auch nicht auf die Ausbildungschancen junger Menschen in Schleswig-Holstein. Ich will Ihnen sagen: Sie gehen deswegen nicht darauf ein, weil Sie vielleicht einmal ein positives Wort über die Anstrengungen dieser Landesregierung finden müßten, am Runden Tisch für mehr Lehrstellen für junge Menschen zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Anstrengungen haben wir es unter anderem zu verdanken, daß es in Schleswig-Holstein auf dem Lehrstellenmarkt nicht so dramatisch aussieht wie anderswo.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das ist den Anstrengungen aller Unternehmen, aller Akteure hier zu verdanken. Vielleicht könnten wir dazu etwas von Ihnen hören.

Im übrigen darf sich die Bildungspolitik nicht auf den Bereich von Schul- und Hochschulpolitik verengen. In einer Situation, in der sich die Halbwertszeit von Wissen dramatisch verändert, ist die **Weiterbildung** die zentrale Herausforderung für das nächste Jahrhundert. Die Weiterbildung!

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Diskussion zur Bildungspolitik in Zukunft etwas pragmatischer, etwas „skandinavischer“ verlaufen würde, etwas weniger aufgeregt und ideologisch, dann könnte man mit uns über vieles reden. Diese Art von bildungspolitischer Diskussion, wie wir sie mit Ihnen in den vergangenen zehn Jahren erlebt haben, läßt mich eigentlich nicht hoffen, daß das möglich sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem: Wenn wir d'accord sind, daß die Weiterbildung die zentrale Aufgabe ist, können wir meinetwegen auch über Schulzeiten in Schleswig-Holstein reden, aber möglichst weniger aufgeregt und dramatisch, als Sie es bisher getan haben.

Ich muß noch ein Wort zum Thema der **inneren Sicherheit** und Ihren Vorschlägen dazu sagen. An der Notwendigkeit, Kriminalität und hier insbesondere die organisierte internationale Kriminalität zu bekämpfen,

gibt es keinen Zweifel. Hierzu gehören eine Verbesserung der technischen Ausstattung, eine Reform der Einsatzstrukturen und so weiter. In einer Zeit, in der sich Werte dramatisch verändern und in der sozialer Zusammenhalt auseinanderfällt, ist es aber nicht mit einer bloßen Erhöhung der Zahl von Polizeibeamten getan. Wer verhindern will, daß sich die Spirale der Gewalt weiter dreht, wer verhindern will, daß bei uns so etwas wie in Amerika oder solche schrecklichen Taten, wie wir sie jetzt in Hamburg erlebt haben, passieren, muß sich auch ein paar Gedanken mehr über die Ursachen von Kriminalität machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Härte bei der Bekämpfung - ja, aber immer verbunden mit dem Anspruch auf Prävention und immer verbunden mit dem Anspruch auf Bekämpfung der Ursachen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Schluß. Noch ein Wort zur **überregionalen Kooperation!** In einem vereinten Europa der Regionen tun alle Länder gut daran, ihren Blick neu auszurichten und die Kooperationschancen zu nutzen. Die Fahrzeit von Lübeck nach Kopenhagen wäre bei einer festen Beltquerung kürzer als die nach Sylt. Die Bahnverbindung von Kiel nach Brüssel ist kaum länger als die von Kiel nach Stralsund. Unter diesen Vorgaben muß sich Landespolitik und ebenso die Politik von Hamburg und von Mecklenburg-Vorpommern an gemeinsamen Zielen orientieren. Dabei gibt es in Schleswig-Holstein mit der Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzgebiet, mit der Holmregion und ihrer Kooperation auch mit Mecklenburg-Vorpommern und mit dem REK für die Region Hamburg vielversprechende Ansätze, die allerdings mit Nachdruck weiterentwickelt werden müssen.

Ich wiederhole: Soviel Kooperation wie möglich und soviel Eigenstaatlichkeit wie nötig! Wer wirklich grenzübergreifend denken und handeln will, gründet keinen neuen Staat, sondern fördert Zusammenarbeit und wechselseitiges Verständnis, wohlgermerkt: im Norden wie im Süden. Unsere Ministerpräsidentin, diese Landesregierung und meine Fraktion beherzigen nach wie vor das Motto: Wer arm ist, muß schlau sein. Für Sie, meine Damen und Herren auf der rechten Seite beziehungsweise in der Mitte des Hauses,

(Ute Erdsiek-Rave)

gilt die Kehrseite: Wer arm an Ideen ist, gehört zu Recht in die Opposition.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppen der Beruflichen Schulen des Kreises Plön, Preetz, und der Cornelius-Hansen-Skole Flensburg.

Nun hat Frau Abgeordnete Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert** - diese Überschrift des Antrags macht einen durchaus neugierig, was die größte Oppositionspartei im Lande den Menschen als Zukunft denn anbieten möchte. Ich gebe zu, daß ich auch das Vorwort des Antrages noch mit einem leisen Kopfnicken las, enthält es doch Einschätzungen allgemeiner Natur, über die weitestgehend Konsens besteht. Insbesondere der Satz - das will ich nicht verhehlen - über die Westküste, die strukturell nicht noch weiter ins Hintertreffen geraten dürfe, findet meine Unterstützung. Ich meine, daß wir uns viel Mühe geben müssen, dann, wenn wir von Ostseekooperation sprechen, nicht gleichzeitig die Westküste abzuhängen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn ich mir nun aber die Unterpunkte des Antrages - dort wird es dann schon eher pünktchenhaft - anschau, so treffe ich auf mehr alte Bekannte, als mir lieb ist. Ich halte es für gefährlich, solche Punkte dem Zukunftsgedanken unterzuordnen. Es ist - so könnte man sagen - der Fluch der computergestützten Textverarbeitung, daß sie die beliebige Neumischung von Textbausteinen ermöglicht, ohne daß der menschliche Kopf dabei nochmals arbeiten muß.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Bitte sehen Sie es mir also nach, daß ich nicht zu jeder der Forderungen im einzelnen Stellung nehme. Wir taten dies bereits ausführlich in früheren Debatten über die gleichen CDU-Anträge.

(Zuruf von der CDU: Hört! Hört!)

- Jawohl, so einfach ist es! - Vielmehr möchte ich an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, das **skandinavische Modell** der **Modernisierung** und des **Strukturwandels** aus unserer Sicht zu bewerten. Dies könnte zukunftsstauglich sein. Ich bin der Auffassung, daß wir

in Deutschland in der Tat einiges daraus lernen können.

In Dänemark beobachten wir beispielsweise eine außerordentlich positive Entwicklung, deren wichtigster Erfolg der **Rückgang der Arbeitslosenzahlen** ist. Zugleich ist Dänemark auf gutem Wege, den Staatshaushalt zu sanieren. Sowohl in Dänemark als auch in Schweden ist seit Jahren konsequent umgesteuert worden. In beiden Ländern gibt es zwar weltweit die höchsten Steuersätze, aber diese belasten den Verbrauch, und zwar in einer Weise, die gleichzeitig Anreize für technologische Entwicklungen schafft. Dänemark hat mittlerweile die CO₂-Steuer und die Energiesteuer. Der dänische Staat unterstützt massiv Wärmeschutzinvestitionen und verringert so den Energieverbrauch. Arbeit und Export werden möglichst entlastet - durch die hohe Verbrauchssteuer auf alle Konsumgüter.

Die bemerkenswerten Entwicklungen in den Ländern des Ostseeraums sind gerade nicht auf Großprojekte und nicht auf Steuererleichterungen diffuser Art zurückzuführen, auf die die CDU auch in ihrem heutigen Antrag offensichtlich setzt. Zukunftsstaugliche Politik gründet sich vielmehr auf eine **Wirtschaftspolitik**, die zusammen mit einer beispielhaft integrativen **Bildungs- und Sozialpolitik** stets die Gesellschaft als Ganzes im Auge behält.

(Beifall bei Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispielhaft für den anscheinend gelingenden **Strukturwandel** ist auch, daß die geographisch etwas randständigen Länder Finnland - dort gibt es übrigens eine Regierungsbeteiligung der Grünen; ich sage das in aller Bescheidenheit -, Irland und Schottland trotz ungünstiger geographischer Lage europaweit mit die höchsten Nettoinvestitionen ausweisen.

Sechsspurige und andere **Autobahnen** sind also weiß Gott kein Garant für wirtschaftliche Prosperität in Schleswig-Holstein. Sie bewirken aber in jedem Falle eines: Schleswig-Holstein wäre künftig in rasender Geschwindigkeit zu durchqueren, wenn nicht gerade **Stau** ist. Außer den Abgasen würde dann nicht viel hängenbleiben. Schleswig-Holstein - das Durchfahrtsland zwischen den Metropolen: Ist es das, was die CDU unserem Land in Zukunft anbieten will?

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben wieder nichts kapiert!)

Übrigens nur ein kleiner Hinweis: Die neue Beltbrücke, die Dänemark gerade gebaut und in Betrieb genommen hat, ist bereits staugeplagt, weil sie genau das zur Folge hat, was große Straßen immer zur Folge

(Irene Fröhlich)

haben: Sie ziehen Verkehre nach sich. Die Autoverkehre sind doppelt so hoch wie berechnet. Was fällt den Straßenbauern dann als nächstes ein? Es werden weitere Zufahrtswege gebaut. Ich garantiere Ihnen, dies wird den Stau ein weiteres Mal vergrößern.

Hätten sich die von mir beispielhaft genannten Länder - Dänemark beziehe ich hier wieder mit ein - nach den Vorschlägen der CDU-Fraktion gerichtet, so hätte die beschriebene positive Entwicklung nicht stattgefunden. Im Gegenteil, sie wäre komplett ausgebremst worden. Der Fanatismus, mit dem immer wieder übertriebene Großprojekte wie Autobahnen, Brücken und auch der Transrapid von den Apologeten der Wirtschaft zu Symbolen des Fortschritts hochstilisiert werden, ist ein Relikt des Staatskapitalismus, der in Ostasien gerade sichtlich in die Krise gerutscht ist, die auch uns erreichen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Großprojekte sollten konsequenterweise nur noch privatwirtschaftlich finanziert werden. Tatsächlich erweisen sich doch die Versprechungen der **Privatwirtschaft** immer wieder als Seifenblasen. Je konkreter die Projekte werden, desto mehr stellt sich heraus, daß am Schluß das gesamte Risiko dann doch wieder beim Steuerzahler landet. Das können und wollen wir den Menschen nicht mehr zumuten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU gibt in dem vorgelegten Antrag wiederum der **Ökonomie** den absoluten Vorrang vor der **Ökologie**. Sie läßt Großtechnologien wie der Gentechnik ihren freien Lauf und will die Wehrtechnik als Exportschlager Schleswig-Holsteins fördern. Das ist in keinerlei Hinsicht das, was wir Grünen unter nachhaltiger Wirtschaftspolitik verstehen. Nachhaltige Wirtschaftspolitik muß vielmehr die Interessen nachfolgender Generationen im Blick haben.

Länder wie Dänemark sind in dieser Hinsicht in einer weit besseren Position. Dort werden 10 % der Landesfläche ökologisch bewirtschaftet. Der Staat unterstützt die Vermarktung ökologischer Lebensmittel mit einem einheitlichen Ökosiegel. Das ist gut für die Wasserwirtschaft, es fördert die gesunde Ernährung, und es sichert mittelständische Arbeitsplätze. Dies ist ein Paradebeispiel für nachhaltiges Wirtschaften, von dem nicht nur die CDU noch viel lernen kann. Wer heutzutage dem Landschaftsverbrauch und der Bodenversiegelung nicht Einhalt gebietet, verspielt die Zukunft, statt sie zu sichern.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie dagegen behaupten, der **Naturschutz** enge die **Tourismuswirtschaft** ein. Das zeugt von einer Denkweise, die sich an kurzfristigem Nutzen orientiert und Raubbau an endli-

chen Ressourcen praktiziert. Die Zahlen im Gastronomiegewerbe zeigen uns doch, daß wir ein Defizit an Konzepten umweltverträglichen Reisens in unserem Lande haben. Statt dessen werden Flugreisen subventioniert - ein weiteres Beispiel verfehlter Steuerpolitik.

Auch beim Naturschutz geht Dänemark einen konsequenten Weg, ohne dabei wirtschaftliche Einbußen zu erleiden. 25 % der dänischen Landesfläche sind als FFH-Gebiet ausgewiesen, etwas, was die deutsche Bundesregierung bisher wie Teufelswerk von sich fernhält.

Zu der von der CDU vorgeschlagenen Abschaffung des **Wasserpennings** ist an dieser Stelle festzuhalten: Selbstverständlich muß das Land genau nachweisen, daß es den mit den Gebühren verbundenen Zweck erfüllt. Wir wollen mit den Unternehmen Verträge darüber abschließen, daß sich Wassersparen lohnt und der Allgemeinheit zugute kommt. Hätten wir eine Ökosteuer wie in Skandinavien oder eine Chemieabgabe wie beispielsweise für die Landwirtschaft in Finnland, bräuchten wir keinen Alleingang Schleswig-Holsteins.

Ich stimme mit Ihnen überein, wenn Sie die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft als mittelständische Unternehmen erhalten und fördern wollen, aber auch hier betone ich: Wer es damit ernst meint, muß ökologisch umsteuern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einer immer zentralistischeren und industrialisierten Agrarwirtschaft gilt es, eine regionale, natur- und landschaftsverträglichere Alternative entgegenzusetzen.

Mit dem Motto „Wachse oder weiche“ sind wir zur Genüge in Skandale hineingeraten, seien es die Mast- und Füttermethoden, sei es die nicht artgerechte Tierhaltung. Bei den bäuerlich wirtschaftenden Menschen im Lande ist diese Erkenntnis bereits deutlicher zu spüren, als dies die CDU und ihre Lobbyverbände wahrnehmen wollen.

Die CDU betont in ihrem Antrag den Stellenwert der Bildungspolitik für die Beziehung Schleswig-Holsteins zu den Ostseeanrainern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Zu Recht!)

Das ist sicher richtig, denn die sogenannten weichen **Standortfaktoren Kultur, Bildung und Weiterbildung** sind die Rohstoffe, von denen wir in mehrfacher Hinsicht profitieren. In dem von der CDU angebotenen Katalog der zu ergreifenden Maßnahmen findet sich dann allerdings kaum noch Verwertbares. Neben Allgemeinplätzen singen Sie Ihr altbekanntes

(Irene Fröhlich)

Lied von der Schnellbildung für Hochbegabte, dem ausdifferenzierten Schulwesen und der Verbeamtung. Letzteres haben sie übrigens rein grammatikalisch betrachtet beerdigt, wenn sie die Landesregierung auffordern, „die Abkehr von der strikten Entbeamtungspolitik aufzugeben“. Die Wirkung von doppelten Negationen bleibt manchem ein ewiges Rätsel; das ist ein schönes Kunststück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Richtig ist sicherlich die Forderung nach mehr spielerischer Unterrichtung von Fremdsprachen in den Grundschulen und nach dem Ausbau der Flensburger Universität zur Europa-Hochschule. Da stimmen wir überein. Letztes Jahr haben wir das vorgeschlagen. Letztere arbeitet aber nach meinem Eindruck bereits selbst eifrig an diesem Profil, und das begrüßen wir. Da bedarf es keiner weiteren staatlichen Nachhilfe.

Mein letzter Kommentar zum Antrag gilt der **Zusammenarbeit mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern**. Der Nordstaat mag ein Zauberwort zur Erzeugung wilder Emotionen und Irritationen sein, als Instrument zukünftiger Entwicklung taugt er für Schleswig-Holstein nicht. Man muß sich nur das Regionale Entwicklungskonzept angucken, um zu sehen, daß wir tatsächlich bereits bei besseren Lösungen sind; aber auch darüber verliert die CDU kein Wort.

Vernetzung und **Synergie** sind die richtigen Stichworte, wenn es um die Verbesserung der Wettbewerbsposition der nördlichen Bundesländer geht, die zweifellos nötig ist. Es sollten zielstrebig gemeinsame Institutionen der Länder gebildet werden. Daher plädieren wir dafür, die zu diesem Punkt gemachten Vorschläge der CDU wohlwollend zu prüfen. In den Ausschüssen wird dazu Gelegenheit sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wirtschaftsminister unseres Landes macht einen vernünftigen Vorschlag nach dem anderen. Kronprinz Walter hält sich nach anfänglicher Unterstützung noch vornehm zurück. Der Umweltminister stellt sich hinter die eine oder andere Forderung des Wirtschaftsministers. Die Ministerpräsidentin droht dem visionären Trio mit dem Rausschmiß aus dem Kabinett. Und gerade als Mrs. Captain Future, Heide Simonis, glauben mußte, das Kommando über ihr Raumschiff Kiel

wieder unter Kontrolle zu haben, startete die Union ihren Sternchenzerstörer, Drucksache 14/1540.

(Beifall bei der F.D.P. - Heiterkeit)

An Bord insgesamt 37 Raketen vom Typ „black future“, die heute gezündet werden.

(Heiterkeit)

Angriff ist die beste Verteidigung, dachte sich angesichts dieser intellektuellen Bedrohung die Ministerpräsidentin und startete ihrerseits das visionäre Projekt „Weg mit der Kurtaxe“.

(Beifall bei der F.D.P. - Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Schade nur, daß nicht einmal ihr eigener Tourismusminister von diesem Schnellschuß begeistert war!

„Hier, hier“, rief die Ministerpräsidentin, als sie nur wenige Tage später bildungspolitische Geistesblitze am Horizont ausmachte. Doch mit ihrem Vorschlag, schleswig-holsteinischen Abiturienten die Hochschulreife schon nach 12 ½ Jahren verleihen zu wollen, schlüpfte Heide Simonis abermals vorschnell zwischen alle Stühle. Dabei hatte sie sich vermutlich alles so schön vorgestellt. Die von der Opposition wollen 12, ihre Bildungsministerin 13, macht zusammen 25, geteilt durch 2 - und schon haben wir richtlinienkompetente 12 ½ Jahre!

(Heiterkeit bei der F.D.P.)

Richtig gerechnet, aber nicht nachgedacht, zum Beispiel darüber, was die Lehrer in dem verbleibenden halben Schuljahr machen sollen!

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Praktika!)

Legenot, diagnostiziert der Veterinär, wenn die Henne angestrengt gackert und doch nichts dabei herauskommt. Notdürftig schleppt sich unsere Ministerpräsidentin von einer unangenehmen Tagesentscheidung zur nächsten, immer mit der Frage auf den Lippen: Spieglein, Spieglein in unserem Land, wer sägt am Stuhl mit eigener Hand?

Liebe Heide Simonis, dieser Artikel, der im „Spiegel“ erschienen ist, hat mich auf den Gedanken gebracht, daß zwischen der SPD und der F.D.P. doch einige Unterschiede bestehen müssen. In meiner Partei machen Möllemann und andere das immer mit offenem Visier, wenn sie Erklärungen abgeben. Bei der SPD scheint es nur noch viele Feiglinge zu geben. Ich frage mich, warum die Leute, die etwas zu kritisieren haben und das in die Medien bringen, nicht offen mit ihrem Namen und ihrem Gesicht dafür eintreten und

(Wolfgang Kubicki)

einstehen. Warum sagt beispielsweise Ute Erdsiek-Rave nicht, daß sie gern Ministerpräsidentin dieses Landes werden würde?

(Beifall bei der F.D.P. - Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Denkverbot statt Denkfabrik - so lautet offenbar der Arbeitstitel für ein politisches Leitbild, an dem die Staatskanzlei derzeit eifrig pinselt. Unerschrocken stellt man fest: Den Künstlern ist das strahlende Weiß und das tiefe Schwarz ebenso ausgegangen wie das knallige Rot - alles nur noch tristes Grau in Grau.

In strahlendem Gelb präsentieren sich da die Ideen des Wirtschaftsministers zur Zusammenarbeit mit Hamburg, zur Ostseekooperation oder zu neuen Zukunftstechnologien wie zum Beispiel der Magnetschwebebahn, deren Bau unter einer SPD-geführten Bundesregierung ja forciert werden soll. Ich nehme das Bekenntnis Gerhard Schröders zum Transrapid erfreut zur Kenntnis und bin verwundert über den völlig unsinnigen, ja beinahe trotzigem Konfrontationskurs, den unsere Ministerpräsidentin nicht nur in dieser Sache fährt. Frau Ministerpräsidentin, glauben Sie tatsächlich, mit aggressivem Provinzialismus unserem Land Perspektiven für das kommende Jahrtausend zu eröffnen?

Während die SPD-Fraktion Bildungsurlaub in Skandinavien machte, begab sich die Union auf eine Reise in ihr Archiv und trug alles mögliche zusammen - alles mögliche -, bedauerlicherweise aber nichts, was nicht schon einmal dagewesen ist, nichts, worüber wir hier nicht schon einmal debattiert haben, und nichts, wozu Ihnen die linke Seite des Hauses nicht schon einmal eine lange rote Nase gezeigt hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genau dies war der Trick!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, gleichwohl danke ich Ihnen im Namen der gesamten F.D.P.-Fraktion dafür, daß wir heute die Möglichkeit haben, über die **Zukunft** unseres **Landes** zu sprechen. Lieber Herr Kollege Kayenburg, aber Sie müssen schon von einem unverbesserlichen Optimismus beseelet sein, wenn Sie ausgerechnet diese Landesregierung auffordern, die große Steuerreform nicht länger zu blockieren. Außer Peer Steinbrück hat vermutlich bis heute niemand im Kabinett verstanden, daß nur durch eine Senkung der Gesamtbelastung aller Steuern und Abgaben neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Da wird eine neue **Ökosteu** zur Reduzierung der Lohnnebenkosten propagiert.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was für ein ökonomischer Unsinn, Frau Kollegin Heinold!

Erstens. Wenn so eine Steuer als erfolgreiches Instrument zur Reduzierung oder Vermeidung von Umweltschäden eingesetzt wird oder eingesetzt werden soll, dann reduziert sie mit der Zeit ihre eigene Bemessungsgrundlage und steht letztlich weder als Einnahmequelle für Staatsausgaben noch für eine Reduzierung der Lohnnebenkosten zur Verfügung.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist keine Ökoabgabe, sondern eine Steuerreform!)

- Herr Kollege Matthiessen, auch Ihnen empfehle ich, nicht weiter ignorantia facti zu betreiben, sondern ein bißchen wirtschaftswissenschaftlichen Sachverstand in ihre eigenen Reihen hereinzuholen, wenn Sie ihn schon selbst nicht haben.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie da vorn nicht einmal Abgaben von Steuern unterscheiden können!)

Zweitens. Es ist volkswirtschaftlich völlig unerheblich, wie sich die Gesamtbelastung der Unternehmen zusammensetzt. Ich sage es noch einmal: Die Gesamtbelastung muß reduziert werden. Man mag aus verteilungspolitischen Gründen eine Umfinanzierung von Sozialausgaben für richtig halten, wachstumspolitisch, vor allem aber beschäftigungspolitisch handelt es sich aber um eine reine Nullsummenlösung.

Nächste Forderung: **Entbürokratisierung!** Hier kann ich nur jedem empfehlen, sich die Grünen-Vorschläge zum Ladenschluß anzusehen. In wahrhaft staatsdirigistischer Ordnungs- und Regelungswut sollen längst überflüssige Gesetze noch komplizierter werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, zu Recht fordern Sie die Entlastung der heimischen Wirtschaft von hausgemachten Sonderbelastungen. Doch während die schleswig-holsteinische Landesregierung finanzpolitischen Firlefanz veranstaltet, der private Haushalte und Unternehmen zusätzlich belastet, erfolgt die Entlastung durch das Bundesverfassungsgericht.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Aber, Herr Kollege Kayenburg, wir werden es erleben - ich sage es Ihnen voraus -, daß die Sozialdemokraten spätestens zur nächsten Landtagswahl verkünden werden, sie hätten das **Landesabfallabgabenge-**

(Wolfgang Kubicki)

setz aufgehoben und damit entscheidend zur Entlastung der heimischen Wirtschaft beigetragen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das werden sie bis dahin natürlich getan haben, aber eben erst, nachdem vom Bundesverfassungsgericht die Gesamtnichtigkeit ihres Gesetzes festgestellt wurde.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genau so!)

Von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Positionierung Schleswig-Holsteins im Ostseeraum ist eine leistungsfähige **Verkehrsinfrastruktur**. Darüber reden wir übrigens seit zehn Jahren und länger, Herr Minister! Ich freue mich, mit welcher Geschwindigkeit sich die Landesregierung auf den richtigen Weg begibt. Aber wir sind doch nicht überrascht davon, daß es eine neue Große-Belt-Querung gibt. Wir sind auch nicht überrascht davon, daß es damit zusätzlichen Verkehr gibt. Überrascht sind einige, daß der zusätzliche Verkehr auf der A 7 in ihrer bisherigen Form möglicherweise nicht abgewickelt werden kann.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Die SPD hat das alles nur bei ihrer Bildungsreise entdeckt!)

Natürlich wissen wir, daß die Grünen unter einer Verkehrsinfrastruktur vor allem die Vernetzung von Radwegen verstehen. Vermutlich, Frau Fröhlich, stellen Sie sich die **Zukunft Schleswig-Holsteins** ohnehin als eine Art großes Naturkundemuseum vor. Direkt hinter dem Elbtunnel stehen Angelika Birk und Rainer Steenblock, verlangen Eintritt und verteilen Fahrräder sowie eine Informationsbroschüre mit dem Titel „Wir haben fertig!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so stellen wir uns die Zukunft nicht vor. So stellt sich die Union die Zukunft nicht vor, und - das sollten wir wirklich zur Kenntnis nehmen, Kollege Kayenburg - so sieht auch die Zukunft für viele Sozialdemokraten nicht aus, weder in Schleswig-Holstein noch im Bund.

(Martin Kayenburg [CDU]: Gott sei Dank!)

Man kommt aus dem Staunen wirklich nicht mehr heraus: Da mahnt Frau Ministerin Moser öffentlich, den zweiten Arbeitsmarkt nicht als Königsweg zu betrachten, erkennt im Niedriglohnsektor eine Chance für mehr Beschäftigung und fordert schließlich die drastische Verringerung der Sozialbürokratie.

Vielleicht können Sie sich daran erinnern, was für Diskussionen wir vor zwei Jahren in diesem Hause geführt haben, mit welchem Begriffen wir belegt worden sind; ich will sie gar nicht im einzelnen wiederholen. Es wurde unter anderem gesagt, wir hätten kein Herz für die Sozialhilfeempfänger. Ute Erdsiek-Rave

hat heute appelliert, an die Sozialhilfeempfänger zu denken, im Hinblick auf die ich gerade höre, daß die Stadt Flensburg, sozialdemokratisch regiert, ihnen einen kleinen zusätzlichen Verdienst wegnehmen will, damit sie nicht mehr haben als die Sozialhilfe, die bisher ausgekehrt worden ist.

Da fordert der Bildungsexperte der SPD-Landtagsfraktion Jürgen Weber - ich halte das für sehr mutig - die Landesregierung auf, sich von der teuren Entbeamtungspolitik zu verabschieden. Da ist schließlich schon wieder Peer Steinbrück, der für eine engere Kooperation mit Hamburg eintritt und klar für die feste Querung des Fehmarnbelt wirbt. Von den Grünen habe ich überhaupt nichts dazu gehört, wie das mit den Sozialdemokraten in der Landesregierung gemacht werden soll, ob sie dafür oder dagegen sind, ob sie das Ergebnis abwarten oder alles wieder verschieben wollen. Jedenfalls der Wirtschaftsminister wirbt in Erkenntnis der realen Gegebenheiten klar für eine Querung des Fehmarnbelt. Da ist vor allem ein Peer Steinbrück, der es gegen alle Widerstände - das sage ich in wirklicher Anerkennung - aus seiner eigenen Regierung geschafft hat, daß die A 20 gebaut wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es ist kein Geheimnis, daß die F.D.P.-Fraktion den überwiegenden Teil der Unionsforderungen mitträgt. Ich frage Sie aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union: Was versprechen Sie sich davon, wenn Sie heute durch die Mehrheitsfraktionen dieses Hauses schon einmal zurückgewiesene Forderungen der Opposition erneut zur Abstimmung stellen? - Natürlich glauben auch Sie nicht an die mehrheitliche Zustimmung zu Ihren Positionen. Das wäre beinahe so, als zwänge man umgekehrt die **Union** zur Zustimmung zum SPD-Wahlprogramm.

Nachdem der SPD-Kanzlerkandidat schon einen Schattenwirtschaftsminister berufen hat, der die Politik von Helmut Kohl und Klaus Kinkel toll findet und sich genauso gern in einem Kabinett Kohl sitzen sähe, wäre es für den Wirtschaftsstandort Deutschland von Vorteil, die **SPD** übernehme gleich das Wahlprogramm der **F.D.P.**

(Beifall bei der F.D.P.)

Dieser Mann, der Betriebsräte für anachronistisch, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall keineswegs für eine Schicksalsfrage der Nation hält und der die Vollkaskotalität unserer Sozialversicherungssysteme als Ursache für Erstarrung identifiziert und Eigenverantwortung fordert, heißt Jost Stollmann. Ich

(Wolfgang Kubicki)

empfehle allen den wirklich lesenswerten Artikel in der „Wirtschaftswoche“ von heute zu diesem Schattenwirtschaftsminister der SPD. Jost Stollmann wurde nicht von Wolfgang Gerhardt, sondern von Gerhard Schröder nominiert.

Herr Stollmann soll sich trösten: Sollte es mit dem Wahlerfolg der Sozialdemokraten in Bonn nicht klappen, was nicht ganz ausgeschlossen ist, so wird ihn die F.D.P. vielleicht als neuen Sozialminister nach Kiel holen können, sobald diese Landesregierung hier ausgedient hat.

Nachdem Gerhard Schröder selbst und auch Herr Thierse erklärt haben, der Ausstieg aus der Kernenergie sei nur im Konsens und vor allem langfristig in den nächsten 20 bis 25 Jahren möglich - Gerhard Schröder hat noch einen draufgelegt: heute lesen wir, daß er ihn in 30 Jahren für möglich hält; das ist ungefähr der Zeitraum, den sich die F.D.P. Mitte der achtziger Jahre für einen mittelfristigen Ausstieg vorgestellt hat; insofern sind wir da gar nicht mehr soweit voneinander entfernt -, und nachdem Gerhard Schröder einen Schattenarbeitsminister ernannt hat, der die Zukunft der umlagefinanzierten Rentenversicherung in Frage stellt, stellt sich doch die Frage: Ist das die Politik einer neuen SPD ganz im Stil von „new labour“, oder sind es x-beliebig austauschbare Worthülsen ganz im Stil von „neu laber“?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sehen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, vor lauter Angst, beim Wort genommen zu werden, wird Ihnen die linke Seite des Hauses genau diese Frage heute nicht beantworten, und zwar unabhängig von ihrem Abstimmungsverhalten zum vorliegenden Antrag. Wir werden ihm, obwohl wir gerade im Bereich der inneren Sicherheit an einigen Punkten eine durchaus differenzierte abweichende Meinung haben, insgesamt jedenfalls zustimmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis gestern waren wir der CDU in gewisser Weise dankbar dafür, daß sie das Thema „**Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert**“ auf die Tagesordnung gebracht hat. Nach dem Beitrag des Kollegen Kayenburg bin ich mir allerdings nicht mehr so sicher, ob ich dankbar dafür sein soll; denn dieser Beitrag handelte

nach meiner Ansicht von allem anderen als von Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie dem auch sei: Nach der Präsentation des Positionspapiers von Europaminister Walter und Wirtschaftsminister Steinbrück ist eine öffentliche Diskussion über die Zukunft Schleswig-Holsteins und besonders über die zukünftige Ausrichtung der Ostseekooperation entbrannt. Dies ist eine Debatte, die es aus Sicht des SSW verdient, hier im Landtag geführt zu werden.

Allerdings schießt die CDU mit ihrem Antrag weit am Ziel vorbei. Es ist aus gutem Grund nicht üblich, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag hier im Plenum Parteiprogramme beschließt. Man wird aber bei dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion den Eindruck nicht los, daß es sich zumindest teilweise um das **Wahlprogramm der CDU** in Schleswig-Holstein handelt. Leider - das ist hier schon ein paarmal gesagt worden - müssen die meisten der vielen Forderungen unter das Stichwort „Recycling“ eingeordnet werden. Anders ist es nicht zu erklären, daß wir heute 37 konkrete Forderungen diskutieren müssen, die fast alle schon einmal oder mehrfach in der 14. Wahlperiode des Landtages debattiert worden sind.

(Caroline Schwarz [CDU]: Wir hoffen, daß Sie schlauer werden!)

Steter Tropfen höhlt den Stein, liebe Kollegin Schwarz, scheint das Motto der CDU-Fraktion zu sein; denn neue Positionen oder bahnbrechende Forderungen sind aus unserer Sicht nicht zu erkennen. In der Presse wurde auch bereits von altbekannten Thesen der CDU gesprochen.

Es ist unmöglich, heute auf alle Punkte des CDU-Antrages seriös einzugehen. Eigentlich könnte der SSW es sich leichtmachen und auf zahlreiche Reden, Stellungnahmen und Pressemitteilungen zu den hier abermals vorgebrachten Forderungen der CDU-Fraktion verweisen. Ich hatte mir eine solche Liste zurechtgelegt, habe aber Abstand davon genommen, hier eine solche Aufzählung zu machen. Aber auch wir werden die Gelegenheit nutzen, um einige für uns wichtige Punkte zum Thema „Schleswig-Holstein im 21. Jahrhundert“ anzusprechen.

Dabei sind die Thesen der beiden Minister und die Impulse, die die **SPD-Landtagsfraktion** von ihrer Reise nach Skandinavien mitgebracht hat, für die Zukunft Schleswig-Holsteins interessanter als die altbekannten Thesen der CDU, obwohl eine gewisse Übereinstimmung in manchen Bereichen überraschenderweise nicht von der Hand zu weisen ist.

(Anke Spoorendonk)

Alles andere wäre auch - das muß ich hinzufügen - traurig.

Schon der Dichter Hans Christian Andersen hat gesagt: „Zu reisen ist zu leben“, und er reiste viel. Ich hoffe, daß sich die SPD-Landtagsfraktion dieses Motto bei ihrer Reise nach Südschweden und Dänemark zu eigen gemacht hat. Auf jeden Fall scheint sich bei ihrem Besuch ein anderes Motto bewährt zu haben, nämlich das Motto, daß Reisen bildet. Das ist ja auch nichts Schlechtes.

Der **SSW** als skandinavisch geprägte Partei der dänischen Minderheit begrüßt es natürlich, wenn die Regierungsfractionen, wichtige Minister und die Ministerpräsidentin des Landes der Auffassung sind, daß Schleswig-Holstein von Skandinavien lernen kann. Genau wie jetzt bei der Fußball-WM - leider sind wir noch nicht am Ende dieser Weltmeisterschaft - könnte man vielleicht in Abwandlung eines alten Spruches auch für die zukünftige Politik in Schleswig-Holstein sagen: Von Dänemark oder von Skandinavien lernen, heißt siegen lernen. - Ich will das jetzt nicht weiter strapazieren.

Die Herausforderungen, vor denen Schleswig-Holstein steht, sind vielfältig und in der heutigen Debatte schon genannt worden. Wenn man zur Lösung dieser Herausforderungen nach Norden blickt, dann ist aus unserer Sicht wichtig, die richtigen Lehren aus dem wirtschaftlichen Erfolg Dänemarks oder auch aus der sich abzeichnenden Entwicklung in Südschweden für Schleswig-Holstein zu ziehen.

Ich habe den Vorteil, daß ich auch andere Zeitungen als den „Nordschleswiger“ lesen kann. Das heißt, ich meine schon, daß wir zu einigen Sachen auch mehr beitragen können.

(Ursula Röper [CDU]: Das können wir auch!)

Dabei ist es nicht genug, nur auf die **harten Standortfaktoren** wie die Großbauprojekte der Große-Belt-Querung oder die Öresundquerung zu fokussieren. Mindestens genauso wichtig ist es, die weichen Standortfaktoren wie Technologieentwicklung und Hochschulzusammenarbeit zu sehen. Ich glaube, auch hier wäre es gut, wenn die Politik in Schleswig-Holstein lernen würde, öfter mit einer Stimme zu sprechen, in der sich alle oder zumindest die meisten, wiederfinden könnten.

Was für die Ostseekooperation gut ist, ist für die innerdeutsche Zusammenarbeit nur billig. Wir alle wünschen uns eine engere Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Bundesländern. Darauf werde ich gleich noch zu sprechen kommen - leider habe ich im Moment ein Problem mit meinem Manuskript.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kommt vor! - Zurufe von der CDU)

Ich bitte um einen Augenblick Geduld.

(Zuruf: Dafür hat jeder Verständnis! - Weitere Zurufe)

- Das war natürlich eine inszenierte Panne, damit der Wirtschaftsminister sich auch in diesem Sinne nicht so alleingelassen fühlt.

(Heiterkeit und Beifall)

Es geht auch um die **weichen Standortfaktoren**. In diesem Zusammenhang müssen wir wieder darauf hinweisen, daß eine Reihe jener Bildungseinrichtungen, die Qualifikationen für den Ostseeraum vermitteln - beispielhaft sei das Institut für Nordistik an der CAU genannt -, in den letzten Jahren eine recht stiefmütterliche Behandlung erfahren haben. Hier klaffen bei der Landesregierung noch Abgründe zwischen Theorie und Praxis.

Es wird spannend sein zu sehen, ob die Neuentdeckung der nördlichen Dimension auch Konsequenzen für das Handeln der politisch und verwaltungsmäßig Verantwortlichen haben wird. Wer aber einfach fordert, die BU in Flensburg solle zu einer Europa-Hochschule ausgebaut werden, verkennet, was schon in kleinen Schritten unspektakulär und ganz pragmatisch von Menschen, die Ahnung haben und tagtäglich damit umgehen, geleistet wurde.

(Ursula Röper [CDU]: Das verkennen wir überhaupt nicht!)

Sie handeln auch, ohne daß alles gleich in eine große Europaflagge eingepackt werden muß.

Zu den Standortfaktoren, die entscheidend zu der relativen Prosperität der nordischen Länder beigetragen haben, gehören neben der Bildung auch kulturelle und politische Faktoren. Ich sprach bereits gestern von der skandinavischen Fähigkeit, zusammenzuarbeiten und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Dies gilt im wirtschaftlichen, aber auch im politischen Bereich.

Zu unseren Visionen für das 21. Jahrhundert zählt auch, daß wir hier in Schleswig-Holstein endlich auch auf diesem Gebiet weiterkommen. Die Fähigkeit zu politischem **Konsens und Partnerschaft** über Parteigrenzen hinweg ist von unschätzbarem Wert, wenn es darum geht, die Weichen für die Zukunft zu stellen.

In der letzten Woche hatten manche von uns das Vergnügen, an dem Kieler-Woche-Gespräch teilzunehmen, zu dem der Präsident Gäste aus den Ostseean-

(Anke Spoorendonk)

rainerstaaten und den nordischen Ländern geladen hatte. Dort wurde über die Zusammenarbeit der nordischen Parlamente und Regierungen im Nordischen Rat gesprochen. Wer bei diesem Gespräch genau hingesehen und hingehört hat, hat deutlich die **Gemeinschaft und Solidarität** erkannt, die - Nationalitäten und Parteigrenzen ungeachtet - die nordischen Teilnehmer verband. Das galt auch für die Vertreter der Färöer, die demnächst die Selbständigkeit beantragen werden.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Ute Erdsiek-Rave [SPD] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Dieses Verhältnis ist sicherlich auf sprachliche Gemeinsamkeiten gebaut, es konnte sich aber auch gerade deshalb so harmonisch entwickeln, weil politische Grenzen im Norden keine Gräben oder Fronten sind. Wenn wir lernen könnten, hierzulande ebenso miteinander umzugehen, wäre sicherlich sowohl für die Zukunft des Landes als auch für die Zukunft der Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Regionen viel erreicht.

Was die häufig als zentral angesehene **Verkehrspolitik** betrifft, so stimmt es uns als regionale Partei bedenklich, wenn die Regierung die Zukunft Schleswig-Holsteins in einer Achse von Südschweden über Dänemark und Fehmarn-Belt nach Holstein sieht. Auch die CDU sieht das so. Es ist richtig, daß ein großer Teil der Verkehrsströme in Zukunft diesen Weg beschreiten sollte - ob mit oder ohne Fehmarnbeltquerung. Das ist allein deshalb erforderlich, weil das Straßen- und Schienennetz im nördlichen Landesteil dem zu erwartenden Verkehrsanstieg nicht standhalten kann.

Für uns bleibt es aber wichtig, daß dabei der nördliche Landesteil und die Westküste wirtschaftlich nicht noch mehr abgehängt werden. Leider sind die Hoffnungen nicht erfüllt worden, die wir im Norden des Landes in die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg - Flensburg - Kopenhagen gesetzt hatten. Auch das ist ein Beispiel dafür, daß noch ein langer Weg vor uns liegt, wenn die **Ostseeregion** grenzüberschreitend verknüpft werden soll. Wenn wir es nicht einmal im eigenen Nahbereich schaffen, Wege zu beschreiten, die alle als richtig erkannt haben, wie soll es dann mit Regionen gelingen, die wirtschaftlich und infrastrukturell wesentlich rückständiger sind?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluß!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich komme zum Schluß.

Ein wichtiger Punkt, der in der ganzen Diskussion untergegangen ist und der im CDU-Antrag gar nicht vorkommt, ist, **daß Schleswig-Holstein** immer weniger eigene Gestaltungsmöglichkeiten und Kompetenzen hat. Viele der notwendigen Initiativen und Projekte - vor allem die wichtigen Projekte zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wie A 20, westliche Elbquerung und Fehmarnbeltquerung - werden ohne tatkräftige Unterstützung des Bundes nicht umgesetzt werden können. Wenn wir es künftig nicht schaffen, die **Bundesregierung** mehr für unsere Visionen im Ostseeraum zu begeistern, dann werden wir mit unseren Idealen nicht weiterkommen. Ich glaube, auch hier wäre es gut, wenn die Politik in Schleswig-Holstein lernen würde, öfter mit einer Stimme zu sprechen, in der sich alle oder zumindest die meisten wiederfinden könnten.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Eine letzte Bemerkung zur engeren **Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Bundesländern**. Es ist erfreulich, daß aus der Finanznot eine Tugend zu werden scheint. Aber in diesem Zusammenhang muß ich noch einmal sagen, daß wir der Ministerpräsidentin dafür dankbar sind, daß sie klärende Worte zum Thema Nordstaat gefunden hat. Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit der nördlichen Bundesländer in allen Bereichen - nicht zuletzt mit Hamburg. Wir brauchen aber keinen Nordstaat.

(Glocke des Präsidenten)

- Richtig!

Auch in diesem Bereich gilt wiederum - -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, wenden Sie mir bitte Ihre Aufmerksamkeit zu! Formulieren Sie jetzt bitte einen Schlußsatz.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich werde jetzt meinen Schlußsatz formulieren. Ich hatte eben Probleme mit meinem Manuskript, deshalb muß ich jetzt noch einen Schlußsatz formulieren.

Ich möchte noch einmal an alle appellieren, besser zu lernen, gemeinsam Bedürfnisse zu definieren und die

(Anke Spoorendonk)

Interessen anderer Länder zu bewerten; damit ist unserem Land dann am besten gedient.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich das Wort erteile, möchte ich die Gäste auf der Tribüne begrüßen. Es handelt sich um Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Schule Kiel, der Krankenpflegeschule Heiligenhafen sowie Gewinner des Europaquiz-Wettbewerbes. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Stritzl gemäß § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort. - Die Zeit läuft, Herr Kollege!

(Heiterkeit)

Thomas Stritzl [CDU]:

Vielen Dank, Kollege Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß wir eine **Zukunftsdebatte** brauchen, hat Herr Martin Kayenburg, der Oppositionsführer, deutlich gemacht. Ich glaube, wenn die beiden Regierungsfaktionen ehrlich sind, dann werden sie das auch selbst einräumen müssen. Nicht zuletzt ihre beiden Minister Walter und Steinbrück haben deutlich gemacht, daß das notwendig ist. Um so bedauerlicher finde ich es - das ist mein Eindruck dieser Debatte -, daß die Regierungsfaktionen auf dem besten Wege sind, diese notwendige Zukunftsdebatte zu verschütten, daß sie nicht bereit sind, sich den zentralen Fragen ernsthaft zu stellen.

Frau Fröhlich, wenn Sie formulieren, ob es denn die Aufgabe des Landes sei, als Durchfahrtsland zwischen Metropolen zu dienen, dann zeigt eigentlich diese Frage schon, daß Sie die Aufgabe und Situation Schleswig-Holsteins in einem neuen Europa gar nicht wahrnehmen. Nehmen Sie nicht zur Kenntnis, daß sich Skandinavien an Zentraleuropa ausrichtet? Wollen Sie dann nicht die sich daraus ergebende Frage beantworten, wie ein Land wie Schleswig-Holstein sich zu positionieren hat?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich ja gemacht, Herr Stritzl!)

Zu sagen, wir machen da nicht mit, ist mit Sicherheit nicht die Perspektive für unser Land.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ist es bei der Frage, wo Chancen für ein marktfernes Land wie Schleswig-Holstein im Zeitalter neuer

Kommunikationsmöglichkeiten liegen, die ja gerade die Möglichkeit eröffnen, Weg und Zeit in der Relation an Bedeutung verlieren zu lassen, nicht eine Herausforderung, insbesondere neue Technologien stärker in den Vordergrund zu stellen, sich diesen zu öffnen? Natürlich gehören dazu Bio- genauso wie Gen- und Informationstechnologie. Dort liegen doch Chancen für die Ernährungswissenschaft, für die **Wissenschaft** als solche, für die Medizintechnik, Zukunftsbereiche, von denen die OECD in ihrem Gutachten sagt: Markterwartungschancen in Größenordnungen von mehreren 100 Milliarden Dollar in den nächsten Jahrzehnten. Wollen wir da nicht mitmachen? Sollen wir dort nicht mitmachen?

Es stimmt doch: Rentabilität entscheidet über Investitionen und damit über Arbeitsplätze. Dieser Frage müssen wir uns stellen. Der können wir nicht entweichen, indem hier schlicht aus alten Positionen von Rot-Grün vorgetragen wird.

Die soziale **Gerechtigkeit**, Frau Erdsiek-Rave, haben Sie angesprochen. Sie haben versucht, es gegen die CDU zu wenden. Sie wissen genausogut wie ich, daß die große Steuerreform ein Stück mehr soziale Gerechtigkeit gebracht hätte, wenn die SPD sie nicht verhindert hätte

(Lachen bei der SPD - Beifall bei CDU und F.D.P.)

mit der Konsequenz, daß der Eingangsteuersatz eben nicht auf rund 16 % abgesenkt werden konnte.

Richtig ist, daß wir in der gesamten Bundesrepublik eine Diskussion über die Frage der Verteilungsgerechtigkeit - über das Einkommen aus Erwerbsarbeit auf der einen und Kapitalvermögen auf der anderen Seite - beginnen müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter - -

Thomas Stritzl [CDU]:

Nur dies ist nicht die isolierte Frage -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluß.

Thomas Stritzl [CDU]:

- eines Programms „Zukunft für Schleswig-Holstein“. Hier geht es um Basiselemente einer Strukturentwicklung, die wir einleiten müssen, wenn wir Zukunft haben wollen.

(Thomas Stritzl)

Deswegen bitte ich Sie ganz herzlich: Verschütten Sie diesen Diskussionsansatz nicht, springen Sie heute über Ihren Schatten - in Ihrem Kabinett ist die Erkenntnis schon wesentlich weiter -, geben Sie dem CDU-Antrag Ihre Stimme!

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte versuchen, in die Debatte über die Kooperation im Ostseeraum einige historische Wahrheiten einzubringen. Mich ärgert es zunehmend, Herr Minister Walter, wenn Sie zum Beispiel in Ihrer Presseerklärung vom 25. Juni lediglich über zehn Jahre **Ostseekooperation** sprechen. Mich hat es auch geärgert, Frau Erdsiek-Rave, daß Sie es vorhin begrüßt haben, daß die CDU zu Ihnen ins Boot der Ostseekooperation gestiegen sei.

(Holger Astrup [SPD]: Jawohl! - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das glaube ich, daß Sie das geärgert hat!)

Damit wollen Sie hier wie auch in anderen Bereichen - das kennen wir ja - natürlich den Eindruck erwecken, als habe die Geschichte Schleswig-Holsteins in diesem Punkt erst mit der Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten im Jahre 1988 begonnen.

(Zurufe von der SPD)

Sie wissen genau, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, daß das nicht richtig ist. Die Kooperation im Ostseeraum begann bereits - Martin Kayenburg hat das ja gesagt - Mitte der sechziger Jahre.

(Konrad Nabel [SPD]: Die Chinakooperation!)

Ihre Partei, Herr Nabel, hat allerdings eine andere Form der Ostseekooperation gepflegt. Ich will Sie deswegen daran erinnern - vielleicht ist auch Ihr politisches Gedächtnis in diesem Punkt ein bißchen kurz; auch diesbezüglich hat Frau Erdsiek-Rave vorhin ja mehr Realität angemahnt -, daß es in Schleswig-Holstein die SPD war, die sich sehr frühzeitig für die Erfüllung der sogenannten Geraer Forderungen der ehemaligen DDR-Regierung eingesetzt hat.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Dazu gehörte die Anerkennung der zweiten Staatsbürgerschaft ebenso wie die Verlegung des Grenzverlaufs in der Elbe und - das wurde ja dann auch gemacht - die

Einstellung der Zahlungen an die Erfassungsstelle für DDR-Verbrechen in Salzgitter. Erinnern Sie sich bitte!

(Ursula Kähler [SPD]: Was hat das denn mit der Ostseekooperation zu tun? - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ihre Partei hat über Jahre hinweg Ostseekooperation - da sind wir wieder beim Stichwort, Frau Kähler - vor allem mit der SED und den Herren Honecker und Mielke betrieben.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Beifall bei der CDU)

Die zahlreichen Besuche bei und die Gespräche mit den Spitzen der SED

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat denn Barschel in Rostock gemacht?)

- ja, es tut weh; ich weiß das sehr wohl -

(Zurufe von der SPD: Nein, nein!)

sind inzwischen ja weitgehend in den entsprechenden Archiven dokumentiert. Jeder weiß heute, daß Ihre Politik der Anbiederung an die SED

(Lachen der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

die deutsche Wiedervereinigung - ja, das ist die traurige Wahrheit - unmöglich gemacht hätte.

(Zuruf von der SPD: Setzen!)

Deswegen gehört es eben nicht nur zur historischen Wahrheit, sondern es ist auch ein Gebot der Fairneß, Frau Erdsiek-Rave, deutlich zu sagen:

Erstens. Ostseekooperation ist schon zu den Zeiten des kalten Krieges von Schleswig-Holstein aus betrieben worden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Zweitens. Der frühere Ministerpräsident Engholm konnte nach 1990 die Früchte der deutschen Wiedervereinigung ernten, zu der er selber nichts beigetragen hatte.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Drittens. Ohne die deutsche Wiedervereinigung, die ohne den von Ihnen heftig bekämpften NATO-Doppelbeschluß und ohne die konsequente Deutschlandpolitik von Helmut Kohl nicht möglich gewesen wäre, würden wir heute und jetzt nicht über die von

(Caroline Schwarz)

uns allen begrüßte Ostseekooperation sprechen können.

(Glocke des Präsidenten - Beifall bei der CDU - Frauke Walhorn [SPD]: Keine Ahnung von gar nichts! - Holger Astrup [SPD]: Peinlich, peinlich!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Ministerpräsidentin das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn uns während der letzten drei Minuten ein skandinavischer Politiker zugehört hätte,

(Zurufe von der SPD: Ja, ja!)

hätte er in dem Beitrag verzweifelt nach Aussagen zur Zukunft im 21. Jahrhundert gesucht. Vielleicht hätte er intime Kenntnisse über Opposition und Regierung in Deutschland gehabt und vielleicht auch noch gewußt, daß der 27. ein bestimmtes Datum ist, und dann hätte er sicherlich gesagt: „Ach so, darüber reden die - nicht über die Zukunft.“

Also, das war jedenfalls nichts,

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

womit man im 21. Jahrhundert - auch nicht in Schleswig-Holstein und erst recht nicht in Schleswig-Holstein - bestehen könnte.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein Konzept - wie übrigens auch Ihr Antrag kein Konzept ist, um das gleich mitzuerledigen; sonst haben Sie das Gefühl, das wäre wenigstens eines -,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

das unser Land, das **Schleswig-Holstein** sicher und selbstbewußt in das **21. Jahrhundert** führt, muß schon ein bißchen anders aussehen als das, was Sie uns vorgelegt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert bewegt die Menschen emotional sehr viel mehr als ein gewöhnlicher Jahreswechsel. Für einige ist es eine Art Angst, die sie davor haben; andere haben Hoffnungen, wieder andere haben Sorgen, jedenfalls geht keiner unberührt an dieses Datum heran.

Was Sie aber wissen, ist, daß die gewohnten Strukturen der **Industriegesellschaft** - so wie wir es jetzt

schon erleben - und des **Sozialstaates** - so wie wir ihn erleben - weiter umgebaut und angepaßt werden müssen. Wir wissen, daß eine moderne **Informations- und Wissensgesellschaft** von uns ganz andere Wissensanforderungen abverlangt, als wir sie bisher hatten. Wir wissen, daß Bildung und Qualifikation vor neuen Herausforderungen stehen. Wir wissen, daß Arbeit, Einkommen und soziale Sicherung neu miteinander verknüpft werden müssen und daß neue Modelle entwickelt werden müssen.

Wir wissen, daß Wirtschaft und Politik stärker als bisher über die Grenzen des eigenen Landes hinaus denken und handeln müssen. Vielleicht wissen wir sogar, wenn wir uns ein bißchen Mühe geben, daß wir zu all diesem die Herzen und die Köpfe der Menschen gewinnen müssen und ihnen nicht Beton vor die Haustür knallen dürfen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wer Schleswig-Holstein sicher ins 21. Jahrhundert führen will, der muß schon eine Vorstellung davon haben, von wo aus wir starten und wie die Zukunft aussehen soll, für die wir arbeiten.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich will, daß **Schleswig-Holstein** und alle Menschen, die hier leben, im **21. Jahrhundert** in einem Land leben, in dem sie selbstbestimmt und in Frieden leben können,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

in einem Land, das jedem, der möchte, Zugang zu Arbeit und Einkommen ermöglicht, und das denen, die nicht möchten, hilft, diesen Zugang zu finden; in einem Land, das über ein leistungs- und lernfähiges Bildungssystem verfügt und nicht dauernd auch an der Stelle sparen muß, weil angeblich große Steuerreformen, die die Kassen leer machen, die Menschen glücklich machen; in einem Land, in dem die Unternehmen wirtschaftlich erfolgreich und ökologisch verantwortlich arbeiten, ja, in einem Land, in dem sie darauf stolz sind, daß sie sich selber für ihre ökologischen Leistungen auszeichnen, wie vor zwei Tagen in Rendsburg passiert;

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

in einem Land, in dem unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen gemeinsam und konstruktiv Probleme lösen und nicht das Denken aufgeben, weil ein Wahltermin vor der Tür steht, und in einem Land, das als Mitglied der Zukunftsregion Ostsee dazu beiträgt, Frieden, Wohlstand und eine möglichst intakte Um-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

welt für die gesamte Region zu schaffen und vielleicht Modelle zu entwickeln, die wir mit anderen diskutieren können. Das ist Schleswig-Holstein des 21. Jahrhunderts.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Das ist das Land, für das sozialdemokratisch und jetzt rot-grün geführte Landesregierungen seit zehn Jahren arbeiten - manchmal auch Fehler machen, sich manchmal auch im Kreise drehen, manchmal einen Schritt zurückgehen, aber häufig - wie ich finde - mit gutem Grunde nach vorn gehen und dafür Auszeichnungen erhalten. Ich komme gleich darauf zurück.

Als wir antraten, hatte uns die CDU-Regierung einen ziemlichen Berg unerledigter Aufgaben hinterlassen.

(Zuruf von der SPD: Das kann man wohl sagen! - Widerspruch bei der CDU)

Die Schienenverkehrswege in Schleswig-Holstein waren die rückständigsten in ganz Deutschland. Wo die Menschen heute ungehindert für ihre Interessen demonstrieren können, ja, bis hier in die Kantine heraufkommen können, schirmte früher die Bannmeile Bürger und Politiker voneinander ab, damit um Gottes Willen kein Kontakt möglich war.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Widerspruch bei der CDU)

- Ja, von Skandinavien lernen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Im Bildungsbereich existierten lediglich drei Gesamtschulen als Modellversuche.

(Angelika Volquartz [CDU]: Ja, Gott sei Dank!)

Für den notwendigen **Strukturwandel** der Wirtschaft fehlte es hier so gut wie an jeder Infrastruktur: Es gab keine Gründerzentren, es gab keine Technische Fakultät, es gab keine Landesbank in Aufbruchstimmung - im Gegenteil -, es gab eine Landesbank, die von Ihnen fast erwürgt worden wäre.

Heute, zehn Jahre später, kann dieses Land auf seine Leistungen stolz sein. Aus dem Nachzügler ist ein Land geworden, das in vielen wichtigen Bereichen ins Mittelfeld, in manchen Bereichen sogar in die Spitzengruppe der Länder in Deutschland vorgerückt ist.

Ich nenne nur die Entwicklung der Beschäftigung und der wirtschaftlichen Leistungskraft, das Angebot an Ausbildungsplätzen, die Entwicklung vom Nehmer zum Geberland, die Modernisierung der Verwaltung, über die Schleswig-Holstein - erst warten, bevor Sie

lachen - als einziger Vertreter aller westdeutschen Länder am 24. Juli auf Einladung des Bundespräsidenten in Berlin berichten soll - nicht, weil uns der Bundespräsident einen Gefallen tun will, sondern weil er davon überzeugt ist, daß hier etwas Richtiges gemacht worden ist. Sie begreifen es einfach nicht. Sie kriegen es leider nicht mit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daß sich in diesem Land spürbar etwas ändert, von dem Sie nichts mitbekommen, das wußte der Bundespräsident bereits nach einem dreistündigen Besuch im Jahre 1995, als er sagte: „Dies ist ein pulsierendes Land, in dem sich etwas bewegt.“ Wir waren damals stolz darauf. Aber Sie haben es drei Jahre später immer noch nicht begriffen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Land ist viel passiert. Es war die Leistung der Menschen in diesem Land, die mit dazu beigetragen haben - nicht immer begeistert, manchmal zögerlich, manchmal schneller als wir -, aber am Ende hat es sich doch immer zusammengefügt.

Diese Erfolge sind keine Eintagsfliegen. Sie beruhen auf einer Politik mit solider Basis, die in die Zukunft gerichtet ist. Wir haben die Infrastruktur für morgen angelegt, die konsequent weiter ausgebaut werden will. Wir haben zum Beispiel die Ausgaben für die Schulen und den Ausbau der Hochschulen kontinuierlich erhöht. Wir haben beispielsweise die Bildungswissenschaftliche Hochschule in Flensburg zu einer Universität ausgebaut. Die Fachhochschule an der Westküste haben wir gegründet. Wir haben die Technische Fakultät an der Christian-Albrechts-Universität gegründet. Wir geben unseren Hochschulen neue Steuerungsinstrumente in die Hand und neue Gestaltungsspielräume, damit sie eigene Bildungsprofile für die Zukunft entwickeln können, um in die Ranking-Listen kommen und international für sich werben zu können.

(Beifall bei der SPD)

Der jüngste Erfolg der Fachhochschule Lübeck zeigt, wie es gehen kann, wenn alle zusammenarbeiten. Die Fachhochschule ist vom Bundesforschungsministerium ausgewählt worden, um gemeinsam mit anderen ihre Vorstellungen einer Virtuellen Fachhochschule zu verwirklichen. 32 Millionen DM - das kurz vor einer Wahl und nicht von einer Regierung, die etwas

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

mit der SPD zu tun hat - bekommt diese Hochschule aus Bonn, um ihre Ideen weiterentwickeln zu können.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut! - Beifall bei der SPD)

Das ist ein wichtiger Baustein unserer Bildungspolitik.

Wir haben die Strukturen zur Technologieförderung aufgebaut. In der Zwischenzeit wissen unsere mittelständische Wirtschaft und unsere Kleinbetriebe, wo sie hingehen können, wenn sie Probleme haben und Hilfe brauchen.

Die Technologietransferzentrale Schleswig-Holsteins ist gerade als norddeutsches Kompetenzzentrum ausgezeichnet worden. Mit über einer halben Million DM unterstützt der Bundeswirtschaftsminister - auch nicht der SPD angehörend, kurz vor einem Wahltermin - ein Projekt dieser Organisation zur Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs.

Das heißt mit anderen Worten: Während Sie „schwarz über schwarz“ über dieses Land gießen und sich darin überschlagen darzustellen, wie grauenvoll es hier ist, macht dieses Land Stück für Stück Punkte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Oppositionsführer, statt den Computer mit dem Stehsatz zu bemühen, hätten Sie vielleicht einmal allen diesen Leuten ein Gratulationsschreiben schicken können. Das hätte ihnen besser getan als das, was Sie hier machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben den **Finanzsektor** neu organisiert. Was haben wir von Ihrer Seite zur Investitionsbank, zum Zusammengehen mit der WestLB, zum Kauf der Hamburger Bank immer nur gehört? Nein! Das ist übrigens das einzige Wort, das Sie in allen Sprachen zu jeder Tages- und Nachtzeit beherrschen: Nein, nein, nein. Ihre Antwort ist immer ein Nein.

Deswegen haben Sie meiner Meinung nach wenig recht, sich an die Stelle zu stellen, an der Sie andere Leute kritisieren, die wenigstens einmal sagen: Ja, vielleicht, laß' es uns einmal probieren, unter Umständen. Das akzeptiere ich, aber Ihr Nein akzeptiere ich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Schulen ans Netz gebracht. Die Telekom bezahlt uns eine Multimediainitiative, weil wir gut sind, weil sie es überzeugt hat. Ja, wir nehmen Geld von Unternehmen an, die uns dabei helfen. Wir reden nicht von Public Private Partnership, wir machen

es. Die Leute haben Vertrauen in uns, sonst würden sie uns das Geld nicht geben und uns nicht helfen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben das Schienennetz modernisiert. Die ersten Überlegungen zur Elektrifizierung sind überhaupt erst von uns angestellt worden. Und dafür haben wir als einziges Bundesland auch noch bezahlen müssen.

Lieber Herr Kayenburg, daß wir parallel planen, du lieber Gott, daß Ihnen das nicht zu naiv vorgekommen ist aufzuschreiben, wundert mich nun wirklich.

Mit uns kann man natürlich auch über eine feste Quering über den Fehmarnbelt reden. Aber wenn Sie wollen, daß die Menschen mitmachen, dann dürfen Sie dies nicht entscheiden, bevor die Machbarkeitsstudie vorliegt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann dürfen Sie auch nicht schlichtweg etwas fordern, von dem Sie am Ende nicht wissen, wie es weitergeht und welche Folgen es für unsere Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein haben wird. Darüber müssen wir doch reden dürfen. Man wird doch die Leute fragen dürfen, ob sie damit einverstanden sind, ob das gut für unser Land ist oder nicht. Wir jedenfalls warten erst einmal ab, bis die Machbarkeitsstudie vorliegt, weil wir es versprochen haben. Ich betrüge keinen, indem ich sage, ich lasse erst einmal wissenschaftlich prüfen, gehe dann aber heimlich hin und treffe eine Entscheidung. Das scheint Ihre Art von Politik zu sein, meine ist es nicht!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Fraktionsvorsitzende, Frau Erdsiek-Rave, hat darauf hingewiesen, daß Sie über die soziale Sicherheit und bestimmte andere Fragen in ihrem Zukunftspapier kein Wort verloren haben.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist nicht die Funktion des Papiers gewesen!)

Die **Bürgergesellschaft der Zukunft**, auf der unsere Sicherheit und unsere soziale Alterssicherung beruht, wenn wir einmal ein paar Jährchen älter geworden sind, braucht Systeme nach Maß, in denen die Jugendlichen wissen, daß sie eine Chance bekommen, um für sich selber und später vielleicht einmal für uns sorgen zu können.

Sie muß Anreize bieten, damit die, die am Rande der Gesellschaft leben, wieder in die Mitte zurückkom-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

men. Wir wollen keine Gesellschaft, wie wir sie in Amerika beobachten können, wo die Reichen hinter Gittern und Stacheldraht leben und von Wachmannschaften bewacht werden, die dafür sorgen, daß ihnen von ihrem Reichtum nichts weggenommen wird.

Es ist ja fast egal, von welcher Seite Sie die gesiebte Luft atmen. Ich jedenfalls möchte, daß man sich in diesem Land frei bewegen kann, auch abends um 12 Uhr, ohne daß einem etwas passiert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist das **Präsenzkonzept der Polizei** - das übrigens heute in der Bundesrepublik von anderen Ländern aufgenommen wird - die richtige Antwort. Deswegen ist die richtige Antwort „Arbeit statt Sozialhilfe“. Deswegen ist die richtige Antwort, daß wir mit Experten aus dem In- und Ausland diskutieren und fragen, was die richtigen Antworten sind.

Wir haben voriges Jahr den amerikanischen Autor Jeremy Rifkin zu einem Kongreß über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft eingeladen. Das, was wir damals diskutiert haben, wird heute von den Kommunen und Kreisen in Schleswig-Holstein ansatzweise, probeweise mit großem Erfolg gemacht. Es schafft vor Ort jedenfalls neue Arbeitsplätze.

Die konkreten Projekte, die die Landesregierung realisiert hat - angefangen von der betreuten Grundschule, mit der die Menschen ganz allein, ohne daß man ihnen zunächst Geld gegeben hat, angefangen haben, über das freiwillige ökologische Jahr bis zur Unterstützung von Dienstleistungsagenturen -, sind die Antwort auf das, was wir damals gehört haben.

Wir organisieren in der nächsten Woche am 8. Juli einen weiteren **Kongreß** mit rund 400 Teilnehmern und Teilnehmerinnen zur **Zukunft des Sozialstaates**. Dort wird der amerikanische Zukunftsforscher Denis Meadows sprechen - falls er Ihnen nicht bekannt ist: Es war derjenige, der am ersten Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums mitgeschrieben hat. Es haben sich viele angemeldet, nur niemand aus der CDU. Es scheint Sie nicht zu interessieren, dabei zu sein.

(Widerspruch bei der CDU)

Wir setzen auf gemeinsame Lösungen. Wir gehen nicht voran und sagen, da entlang und alles hinter uns her. Wir reden in der Kieler Runde mit den Gewerkschaften, mit den Arbeitgebern, mit den Handwerksbetrieben. Wir haben mit dem Kieler Bündnis für Ausbildung gezeigt, daß man es gemeinsam schaffen kann. Wir haben die Kieler Umwelterklärung gemeinsam mit den Verbänden aufgestellt, die normalerweise

zunächst bei dem Wort Umweltpolitik ein bißchen zusammenzucken.

Wir haben Partner für unsere Zukunftsprojekte gefunden, und der Wille zur **Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Norden** ist bei dieser Landesregierung selbstverständlich vorhanden. Sie haben vorhin auf das Papier verwiesen, das wir veröffentlicht haben. Ja, warum haben Sie sich denn darüber so lustig gemacht, wenn alles das, was darauf steht - wie Sie festgestellt haben; das wird ja nachzulesen sein -, schon gemacht worden ist? Wenn das also so ist - und ich bin davon überzeugt, daß es so ist, denn sonst hätten wir es nicht aufgeschrieben -, warum schreiben Sie das denn noch einmal in Ihrem Papier auf?

(Meinhard Füllner [CDU]: Das stand ja gar nicht drin!)

Warum machen Sie sich denn überhaupt all diese Mühe, unter Verschwendung von Papier alles das noch einmal aufzuschreiben, was wir hier gemacht haben? Diese Mühe hätten Sie sich sparen können. Sie hätten einfach nur zu sagen brauchen: Die Landesregierung von Schleswig-Holstein ist prima; sie macht ganz viele Sachen, von denen wir alle der Meinung sind, daß das prima ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in der nächsten Woche zusammen mit dem Ersten Bürgermeister Hamburgs, Ortwin Runde, einen neuen Innovations- und Wagniskapitalfonds vorstellen,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

und ich bin stolz darauf, daß eine Jury der Bundesregierung - wieder keine sozial-liberale Bundesregierung und wiederum kurz vor einem Wahlkampf - vor kurzem die **Metropolregion Hamburg** mit dem Prädikat „Region der Zukunft auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung“ ausgezeichnet und sie für einen europaweiten Wettbewerb zugelassen hat, wie wir übrigens auch für die Region Eide-Treene-Sorge einen Preis bekommen haben, wie wir aber auch für die Zusammenarbeit in der Region Flensburg/Schleswig einen Preis bekommen haben.

Wie haben Sie sich über das REK lustig gemacht - das ist das Projekt, das ausgezeichnet worden ist -, wie haben Sie sich lustig gemacht. Ich habe es noch im Ohr, wie Sie sich lustig gemacht haben. Sie haben von Schleswig-Holsteins Zukunft keine Ahnung; Sie wissen nicht einmal, wie das Wort geschrieben wird. Und darüber wollen Sie dann auch noch reden!

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Also, nein, das muß ich Ihnen wirklich sagen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Bleiben Sie lieber bei dem, was man Ihnen aufgeschrieben hat!)

Jedenfalls bin ich gern bereit, mit Ihnen noch einmal über den **Nordstaat** zu diskutieren und zu sagen, warum ich dagegen bin. Dann kann der Wirtschaftsminister durchaus dafür sein. Das ist doch überhaupt nicht das Problem. - Das wäre übrigens auch etwas, was wir von den Skandinaviern lernen können, daß einer dafür und ein anderer dagegen sein kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die drohen dann aber nicht gleich mit Rausschmiß!)

Ich sage Ihnen einmal, warum ich dagegen bin. Ich beziehe mich nicht auf Berlin/Brandenburg; das war ein späteres Beispiel. Ich habe mir angeguckt, was aus der Stadt Lahn geworden ist, was aus den beiden großen alten und stolzen Städten Wetzlar und Gießen geworden ist, die man zu der Kommune Lahn zusammengewürgt hat, obgleich sie das nicht wollten. Zwei Jahre später war sie weg.

Und ich denke an die Bürger von Mainz-Kastell, die jedes Jahr beim Eingabenausschuß des Bundestages - seit Kriegsende - einen Antrag stellen, daß sie zur Stadt Wiesbaden und nicht zu einer anderen Stadt gehören wollen.

Das sind meine Beispiele dafür, daß Sie über den Kopf und die Herzen der Menschen hinweg niemanden miteinander zusammenbringen können, der es nicht möchte.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mir den Beweis erbringen, daß die schleswig-holsteinischen Bürger dies möchten - wir können ja einmal eine Umfrage veranstalten; Sie können das ja in Ihr Wahlprogramm schreiben und versuchen, dafür Mehrheiten zu bekommen -, dann werden wir uns damit auseinandersetzen haben. Aber ich sehe niemanden, der da draußen Schlange steht und sagt: Wir wollen mit Hamburg zusammenkommen!

Wir wollen mit anderen zusammenarbeiten, ja, und wir wollen auch mit jenen Regionen außerhalb Deutschlands zusammenarbeiten wie zum Beispiel mit unserer Partnerregion Zhejiang, in der in der Zwischenzeit schleswig-holsteinische Firmen endlich Fuß gefaßt haben. Wir wollen mit einer Partnerregion Hyogo in Japan weiter zusammenarbeiten, und wir wollen das gemeinsame Expo-Windenergieprojekt mit den polnischen Partnern weiter ausbauen. Das ist Zusammenarbeit, an deren Ende man konkret sagen kann: Ja, das hat uns sogar Arbeitsplätze gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Nun habe ich gerade vernommen, wer denn nun die **Ostseekooperation** erfunden hat. Was für eine geradezu - - Ich sage jetzt nicht, was ich gedacht habe;

(Holger Astrup [SPD]: Nein, lieber nicht!)

sonst muß ich mich entschuldigen. Was für eine witzige Diskussion, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Holger Astrup [SPD]: Ich finde das einen Witz!)

Eine Zusammenarbeit, die dem Frieden und der Völkerverständigung dient, wird danach bemessen, wer sie wohl zum erstenmal erwähnt haben könnte.

Da kann ich Ihnen aber helfen: Es war die Stadt Kiel - unter einem SPD-Bürgermeister -, die 1946 die erste Geste des Bittens um Verzeihung und der Demut gegenüber Coventry gemacht und damit den Anfang gemacht hat. Das weitete sich später dann übrigens auf die Partnerschaft mit Tallinn aus.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Coventry liegt aber nicht an der Ostsee!)

Das waren nicht Sie! Da Sie diese unsinnige Diskussion angefangen haben, müssen Sie sich auch die Antwort gefallen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Das waren nicht Sie!

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Große Leistung! Nur nicht im Ostseeraum!)

Ich mache die Leistungen der anderen, die dem zugestimmt haben, damit nicht geringer; nur finde ich es so albern zu sagen: Die Ostseekooperation hat deshalb angefangen, weil einer von Ihnen aufgestanden ist und gesagt hat: Wir machen das! Nein, es hat mit der Leistung von Bürgermeistern angefangen, sozialdemokratischen und christdemokratischen Bürgermeistern,

(Beifall bei der SPD - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Die liegen aber nicht an der Ostsee!)

die in Regionen gegangen sind, in die damals ein Deutscher nicht hingehen konnte, ohne daß es Krach gegeben hätte. Das war der Anfang der Ostseekooperation.

(Beifall bei der SPD)

Darauf konnte die Landesregierung 1988 aufbauen - Gott sei Dank! -, weil man unseren Partnern aus den Kommunen vertraut hatte.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

In der Zwischenzeit gehen von dieser Landesregierung Impulse aus, die die Menschen zusammenbringen, die die gemeinsamen **kulturellen Traditionen** wieder entdecken, die die ökonomischen Potentiale nutzen, die gemeinsamen natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen versuchen und die Ostsee als eine gemeinsame Boom-Region betrachten. Dies ist etwas, was wir nach dem Fall des Eisernen Vorhangs über Bonn nach Brüssel zu bringen versucht haben. Es ist uns zum Teil gelungen, zum Teil ist es uns nicht gelungen.

Ich sage Ihnen einmal ganz offen: Wenn der Herr Bundeskanzler, der natürlich auf vieles Rücksicht nehmen muß, nicht erst dann zum erstenmal in diese Region nach Visby gekommen wäre, als alle Karten schon aufgedeckt waren, wären vielleicht die baltischen Staaten nicht so entsetzlich enttäuscht darüber gewesen, was da passiert, dann wäre vielleicht der Beitritt von Polen zur NATO von den anderen mit weniger Schmerzen aufgegriffen worden. Von der Bundesregierung haben sich hier oben wenige sehen lassen und Mühe gegeben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Der Ostseerat ist doch von Genscher und Ellemann-Jensen gegründet worden!)

- Darum geht es gar nicht. Ich habe den Bundeskanzler erwähnt. Seit wann ist denn der Genscher Bundeskanzler!

(Zuruf von der SPD: Nein, er ist Rentner! - Weitere Zurufe von der F.D.P.)

Es geht doch nur darum, daß ein Teil der von den kommunalen Politikern und der Landesregierung erarbeiteten Chancen verspielt worden ist, weil die Bundesregierung nicht rechtzeitig reagiert hat. - Punkt! Darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind - auch das hat mich gewundert - im kulturellen Bereich ein Stück vorangekommen, indem Menschen zum erstenmal nach Schleswig-Holstein kommen konnten, als man dafür noch Visum und Paß brauchte. Das fing mit der großartigen Idee des Musikfestivals an. Ich reklamiere das gar nicht für die SPD. An der großartigen Idee des Musikfestivals haben viele mitgemacht.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wann ist das denn gemacht worden? - Weitere Zurufe)

- Das ist völlig egal, wann das gemacht worden ist. Nun hören Sie doch um Gottes willen nur einmal zu; es wäre schön, wenn Sie einmal zuhören würden.

Das geht weiter mit Ars Baltica, das geht weiter mit Jazz Baltica, das geht weiter mit den Nordischen

Filmtagen, das geht weiter mit dem Austausch von Schülern und Schülerinnen sowie Studenten und Studentinnen. Es kann Ihnen heute passieren, daß Sie in einer Verwaltung von Vaasa drei deutsche Verwaltungskräfte finden, die dort ihre Ausbildung absolvieren und dort einen Teil der Punkte, die sie brauchen, bekommen.

Wir werden uns jedenfalls am 10. Juli mit dem von mir in Auftrag gegebenen Komplex „Wie gestalten wir die Zukunft der Ostseeregion?“ beschäftigen. Ich habe niemanden gebeten, sich darüber Gedanken zu machen, daß es eine Ostseeregion gibt, sondern es geht darum: Wie gestalten wir das, damit wir weiterhin an der Spitze bleiben?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluß, Frau Ministerpräsidentin.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Darf ich noch um ein paar Minuten bitten, Herr Geschäftsführer? - Danke schön!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das müssen Sie selbst machen!)

- Drei Minuten!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben das Recht dazu! Sie können reden, solange Sie wollen! Das steht in der Geschäftsordnung!)

- Ich wollte niemanden überstrapazieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich höre Ihnen gern zu!)

Deswegen plädiere ich dafür, daß wir unsere Schulen und Hochschulen ermutigen, weiter dort Zusammenarbeit zu betreiben, wo sie sie bereits betrieben haben.

Nun, lieber Herr Kubicki, lieber Wolfgang:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Liebe Heide!)

Zwölfeinhalb Jahre - wie hast du dich darüber wieder lustig gemacht! Wenn ich gewußt hätte, daß das bei dir auf soviel Ablehnung stößt, hätte ich natürlich nicht das Modell der rheinland-pfälzischen sozial-liberalen Koalition genannt und zitiert,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das finden wir ja auch komisch!)

die dort auf einen Vorschlag der F.D.P. hin als Modell ausprobiert, ob man die Kinder zu Ostern schon

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

ein Praktikum machen lassen kann, sie Geld verdienen lassen kann, ihre armen Lehrer von ihnen zu befreien, weil sie ohnehin nicht mehr zuhören, denn sie haben das Abitur nämlich schon in der Tasche,

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist ja ein Niveau! Unmöglich!)

und den Lehrern die Möglichkeit geben kann, sich ein halbes Jahr lang von den Vorbereitungen auf das Abitur zu erholen und sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten.

Ich fand das bis jetzt sehr klug, muß ich sagen, aber wenn du das nicht möchtest, dann lassen wir das natürlich sein!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht können wir auf etwas verzichten, was die Politik bei uns in Deutschland zum Teil so unerträglich macht, die Rituale.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Dazu gehört, daß dann, wenn der eine sagt, „Ich hätte gern A“, der andere immer sagt: „Nein, ich möchte das nicht, weil ich B zugehöre“. Wenn die Kultusministerin in den Kultusministerkonferenzen gemeinsam mit den anderen einstimmig beschließt: „Wir wollen bei 13 Jahren bleiben“ -

(Meinhard Füllner [CDU]: Genau dieses Problem wird heute diskutiert!)

darf eine Ministerpräsidentin dann vielleicht trotzdem sagen, daß sie zwölf Jahre besser findet? Darf sie vielleicht sagen - ohne daß Sie immer gleich behaupten, wir beide hätten Krach miteinander -, daß sie anderer Meinung ist? Ich gehe von einer anderen Überlegung aus als die Kultusministerkonferenz. Meine Überlegung ist, daß wir in keinem internationalen Gremium deutsche Fachkräfte finden, weil unsere Kinder zu alt sind, wenn sie fertig sind. Die nimmt keiner mehr! So ist das.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Ursula Röper [CDU]: Genau richtig! Dann leisten Sie mal Überzeugungsarbeit! - Klaus Schlie [CDU]: Wer regiert denn eigentlich?)

- Ganz ruhig!

Die Kultusministerkonferenz besteht nicht nur aus SPD-Kultusministern, sondern sie besteht auch aus CDU-Kultusministern, die genau das Gegenteil von dem denken, was ich denke, -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

- die der Meinung sind, die Kinder sollten so lange wie möglich im Bildungssystem bleiben, damit sie so spät wie möglich auf den Arbeitsmarkt kommen und nicht arbeitslos werden.

(Thomas Stritzl [CDU]: Ach?)

Das ist auch ein Argument, das man ernstnehmen muß.

(Klaus Schlie [CDU]: Wer ist Ministerpräsidentin?)

Deswegen, lieber Herr Schlie: Sie sind schon wieder bei den Ritualen. Mit Ihnen zu reden, hat überhaupt keinen Zweck.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Mit Ihnen werde ich zu keinem gemeinsamen Ergebnis kommen.

Ich jedenfalls gebe Ihnen gern zu: Nicht jede Diskussion freut mich. Aber am Ende habe ich immer festgestellt: Jede Diskussion, auch wenn ich mich am Ende nicht durchsetzen kann, hat mich ein Stückchen weitergebracht, weil ich meine Argumente überdenken, schärfen oder weglegen mußte. Wenn Sie das nicht können, werden Sie niemanden von nichts, weder von der Politik noch von der Kooperation überzeugen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Einzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall beim SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zur Planung Ihres Zeitbudgets sage ich Ihnen folgendes. Mir liegen acht nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung angemeldete Beiträge vor, die wir bei Bedarf in Beiträge nach § 58 Abs. 2 ändern können.

Zunächst erhält Herr Abgeordneter Kayenburg das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erstens. Frau Simonis, ich hätte mir schon gewünscht, Sie wären etwas mehr auf unsere Forderungen eingegangen.

(Beifall bei der CDU)

(Martin Kayenburg)

Was Sie gemacht haben, war rückwärts gerichtet. Sie haben beschrieben, wo Sie möglicherweise etwas erreicht haben. Aber da, wo es um die Zukunft ging, haben Sie von Abwarten gesprochen. Dies ist wahrlich kein Konzept.

(Beifall bei der CDU)

Sie sprachen den geplanten **Kongreß zur Zukunft des Sozialstaates** an. Dies ist genau der richtige Weg. Diskutieren Sie! Aber diskutieren Sie nicht nur, sondern kommen Sie auch zu Ergebnissen und Vorschlägen!

Daß Sie dann den Beifall dieses Hohen Hauses haben, haben Sie gerade gemerkt. Da, wo Sie auf unser Konzept eingegangen sind, wo Sie gesagt haben, die Kinder seien zu alt, wenn sie in den Beruf eintreten, war Ihnen der Applaus, jedenfalls der F.D.P.- und der CDU-Fraktion, sicher. Daß auf der anderen Seite nicht applaudiert wurde, das muß Sie doch nachdenklich machen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich weiß, daß Sie das stört, Herr Astrup. Die Grünen haben doch nicht einmal zum Schlußapplaus die Hände zusammenschlagen. Das ist doch der Punkt. Der Spaltpilz bei Ihnen ist doch so deutlich, wie er deutlicher nicht sein kann.

Zweitens. Ihre Rede hat sich anfangs angehört wie eine Regierungserklärung, Frau Simonis, in der Sie auf das, was Sie erreicht haben, hingewiesen haben. Aber es haben deutlich die Konzepte für das, was Sie machen wollen, gefehlt. Das ist der entscheidende Punkt.

Sie haben nichts darüber gesagt, wo Sie etwas verstärken wollen, in welche Richtung Sie gehen wollen, wo Ideen notwendig sind. Hier ist der Mangel Ihrer Politik, daß Sie das eben nicht umsetzen.

Unser Antrag hatte zum Ziel, das, was im Steinbrück-Walter-Papier drinsteht, aufzugreifen, zu verstärken und zu sagen: Hier haben wir einen Weg, den wir gemeinsam gehen wollen.

Daß Sie und die SPD-Fraktion das abbügeln, weil nicht sein kann, was nicht sein darf, ist völlig klar. Daß man sich aber so billig damit auseinandersetzt, Frau Erdsiek-Rave, und nicht einmal richtig liest, kann ich nicht verstehen. Sie sagen, das sei kein Zukunftskonzept, weil darin nichts von **sozialer Gerechtigkeit** stehe.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Dann müssen Sie ein bißchen kleinere Brötchen backen und nicht so hochtrabende Überschriften wählen!)

Sie müssen einmal lesen. Wir haben gesagt: Ziele in der Ostseekooperation neu definieren. Wir haben gesagt, daß es zugleich wichtigste Aufgabe der Landespolitik bleibe, gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen. Was heißt das denn anderes, als die soziale Sicherheit hier in diesem Land sicherzustellen?

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Simonis, im übrigen stehe ich überhaupt nicht an zu sagen, daß wir in vielen Zielen, die Sie hier formuliert haben, übereinstimmen. Wir müssen dann nur über die Wege sprechen.

Der dritte Punkt ist die Ostseekooperation. Die **Ostseekooperation** erschöpft sich eben nicht in Ars Baltica oder Jazz Baltica - hervorragende Dinge. Daß Sie da etwas getan haben, hat niemand bestritten. Nur: Ostseekooperation heißt mehr. Es ist das, was wir in unserem Antrag konkret gefaßt haben, wo wir die Verbindungen wollen, wo wir die Entwicklungen wollen und welche Ziele wir uns vorstellen. Darauf hätten Sie eingehen sollen.

In dem Zusammenhang kann ich mir es nun wirklich nicht verkneifen, auf Kiel und Coventry hinzuweisen. Daß Coventry nicht an der Ostsee liegt, ist uns allen bekannt. Das erinnert mich ein bißchen an die Formulierung von Herrn Lafontaine, der in der letzten Woche gesagt hat, in England sei der Spirit am teuersten in ganz Europa, deshalb heiße das Ding auch Grüne Insel.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist eine Geschichte - -

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

- Der Groschen ist auch bei Herrn Hentschel gefallen!

(Beifall bei der CDU)

Nun ein letzter Punkt! Frau Simonis, da haben Sie sich nun wirklich vergaloppiert. Das muß ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen. Herr Gärtner ist nicht mehr da; er könnte Ihnen das sogar anhand eines Schriftwechsels belegen. Es geht um das REK, um die **Metropolregion Hamburg**. Wenn einer dafür gekämpft hat, dann waren wir das. Wenn sich einer dafür eingesetzt hat, daß die Metropolregion im Kernbereich und

(Martin Kayenburg)

im Betrachtungsbereich ausgedehnt wurde, dann haben wir uns dafür eingesetzt.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

Hier gibt es eine konkrete Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg. Dies ist eine Vorstufe einer Entwicklung, wie immer sie künftig sein mag. Wir können auf die Metropolregion nicht verzichten. Wir müssen sie stärken. Da sind wir - das weist auch das Papier des Wirtschaftsministers aus - zur Zeit auf dem richtigen Weg.

Zu sagen, wir hätten uns darüber lustig gemacht, ist absolut falsch. Dies müssen wir zurückweisen. Wir kämpfen für die Metropolregion. Wir sind für deren Ausdehnung. Wir haben uns für die Einbeziehung in Niedersachsen bis nach Cuxhaven hin und hier bis an den Nord-Ostsee-Kanal eingesetzt. Wenn man versucht, sich mit Argumenten auseinanderzusetzen, sollte man bei der Wahrheit bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich da geirrt haben, will ich das gern konzedieren. Nur: Dies ist unser Punkt, nicht Ihrer.

Schließlich und endlich: Ich bitte darum, sich mit dem Papier so auseinanderzusetzen, wie es gemeint ist. Es ist ein Konzeptpapier. In ihm sind Ziele aufgegriffen worden, die wir auf einem gemeinsamen Weg erreichen können. Daß es weitere wichtige Ziele gibt, die beschrieben sind, aber nicht in einzelnen Punkten erwähnt sind, wie die soziale Sicherheit, ist völlig unstrittig.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluß.

Martin Kayenburg [CDU]:

Dies ist der letzte Satz, Herr Präsident! - Es gibt die Chance, miteinander zu diskutieren. Hier geht es aber darum, konkrete Aktivitäten einzuleiten. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Haller das Wort.

Klaus Haller [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, nach Ihrem Blick in die jüngere Ver-

gangenheit möchte ich etwas zum Thema Zukunft sagen, nämlich zum Thema Norddeutschland. Aber keine Angst auf allen Seiten; ich nehme das Unwort nicht in den Mund.

Wenn der Herr Präsident es mir erlaubt, werde ich zwei ehemalige Kollegen zitieren. Das erste Zitat ist ziemlich drastisch. Indem ich es bringe, meine ich niemanden, es sei denn uns alle. Es heißt:

„Im europäischen Wettbewerb der Regionen leidet Norddeutschland am meisten darunter, daß es zu wenig bewußte und überzeugte Norddeutsche gibt.“

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

„Wir kultivieren unsere regionalen Eigenheiten so lange, bis Standortdenken in Provinzposse und Kirchturmspolitik übergeht. Die Grenzfehde hat Tradition. Man wirbt sich gegenseitige Betriebe ab und sperrt Schüler des Nachbarlandes aus.“

So beginnt ein Aufsatz von Gert Börnsen mit dem Titel „Norddeutschland als politische Vision“. Er sagt an anderer Stelle:

„Norddeutschland als politische Vision bedarf zuallererst der Visionäre in Parlamenten, Parteien und Regierungen.“

Das andere Zitat stammt von Jürgen Westphal:

„Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Ostseeraums als Gegengewicht zum hochindustrialisierten, aber zersiedelten südeuropäischen Raum haben wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Norddeutschlands die Pflicht, uns so zu organisieren, daß Norddeutschland auf Dauer kraftvoller Partner im Kreise starker Bundesländer sein kann mit gemeinsamer Wahrnehmung regionaler Schwerpunkte.“

Am Ende eines noch langen Prozesses kann - das schließe jedenfalls ich nicht aus - die norddeutsche Vision Wirklichkeit werden. Auf dem Weg dahin muß eine Als-ob-Politik betrieben werden,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

das heißt eine Politik, die so arbeitet, als wäre der Norden ein Land.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Da gibt es noch verflücht viel zu tun, nicht zuletzt von dieser Landesregierung. Was nicht passieren darf, ist,

(Klaus Haller)

durch Kleinkrämerei das Ziel aus dem Auge zu verlieren und den Weg zu verbauen aus Angst, schon eine bessere Kooperation könne das Unwort Wirklichkeit werden lassen. Insofern gibt es noch viel zu tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Haller, Sie haben eben die Frage von Identität und von Zusammenarbeit angesprochen. Wir haben hier ja schon einmal die Vorstellung geäußert, ob wir nicht überlegen sollten, einen Umweltverband Hamburg/Schleswig-Holstein zu gründen, der auch identitätsstiftend sein könnte und der die Kooperation fördert. Ich glaube, diesen Gedanken sollten Sie aufgreifen, und Sie sollten sich überlegen, ob Sie ihn nicht unterstützen könnten.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Ich möchte noch einmal kurz auf den CDU-Antrag eingehen. Das einzig Neue, was der CDU-Antrag unseres Erachtens enthält, ist die klammheimliche Verabschiedung von der bisherigen Position, daß die **Elbquerung bei Glückstadt** erfolgen soll.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das habe ich neulich in meiner Rede klargestellt! Sie müssen zuhören!)

Denn bei genauer Lektüre - der Antrag soll hier ja beschlossen werden - ist nur noch davon die Rede, daß die Elbquerung „stromabwärts von Hamburg“ erfolgen soll. Ich dachte immer, es gebe die Festlegung auf Glückstadt. Ich glaube, die Menschen, insbesondere diejenigen in den betroffenen Gebieten, haben einen Anspruch auf Klarheit und auf Deutlichkeit Ihrer Position.

In unserem Kreis Pinneberg wird ja eine sehr intensive Diskussion über verschiedene Trassen geführt, die hamburgnah durchgeführt werden sollen. Bisher ist es in diesen Gesprächen die Position der CDU, daß Glückstadt bleiben soll. Deswegen sollten Sie heute deutlich sagen, ob Sie sich von Glückstadt verabschieden und vielleicht die hamburgnäheren Trassen ins Auge fassen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich kann es Ihnen direkt sagen!)

Wenn wir Ihren Antrag heute so beschließen würden, wie er uns vorliegt - Sie haben ja um Zustimmung dafür geworben -, dann ist das der Abschied von der Elbquerung bei Glückstadt. Das müssen Sie doch ehrlich sagen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch falsch! Nicht mal lesen können Sie!)

- Ich kann lesen. Es ist eine Aufweichung, wenn dort steht „stromabwärts von Hamburg“. Warum haben Sie nicht geschrieben „dem Bau der Ostseeautobahn A 20 mit der Elbquerung bei Glückstadt“? Dann hätte man Klarheit, Ihre Position wäre deutlich, und man bräuchte nicht daran herumzudeuteln.

Meine nächste Bemerkung wendet sich an Sie, Herr Kubicki. Sie haben vorhin das nette Beispiel mit den Eintrittskarten und den Fahrrädern gebracht, mit denen man in Schleswig-Holstein herumfahren kann. Das zeigt deutlich Ihre Auffassung von **Verkehrspolitik**, die sich nur darauf beschränkt, entweder Autos oder Fahrräder und sonst gar nichts.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und Herr Hentschel kämpft gegen Flugzeuge! - Weitere Zurufe)

Sie unterliegen da einem großen Irrtum und sollten sich mit diesem Thema vielleicht einmal intensiver auseinandersetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Stichwort „Zukunftsfähigkeit“. Das größte Infrastrukturprojekt, das die CDU noch zu ihren Regierungszeiten hier durchgeführt hat, war Brunsbüttel. Es war dies ein hochsubventioniertes Projekt mit einer hohen Infrastrukturförderung. An diesem Projekt kann man heute erkennen, daß diese Gigantomanie in keiner Weise tragfähig ist, denn die Arbeitsplätze, die den Leuten dort versprochen wurden, hat es nicht gegeben, und es wird sie auch nicht geben. Damit allein, meine Damen und Herren, haben Sie Ihre Zukunftsunfähigkeit schon unter Beweis gestellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat nun Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin dem Kollegen Böttcher sehr verbunden

(Zurufe von der SPD: Aha!)

(Brita Schmitz-Hübsch)

- nun ja, das waren ja erstaunliche Äußerungen von ihm -, daß ausgerechnet er anmahnt, wir hätten uns nicht deutlich genug geäußert, wo die Elbquerung stattfinden soll. Das ist von Herrn Kayenburg deutlich vorgetragen worden. Selbstverständlich treten wir nach wie vor für die Querung im Raum Glückstadt ein. Im übrigen habe ich Ihren Ausführungen entnommen, daß Sie eventuell bereit wären, dem zuzustimmen.

(Zurufe von der CDU: Jawohl! - Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Nach meiner Erinnerung lehnen aber die schleswig-holsteinischen Grünen jede zusätzliche Elbquerung ab.

(Zurufe von der SPD - Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe gesagt, Sie sollen den Menschen reinen Wein einschenken!)

Es sollte mich sehr wundern, wenn Sie Ihre Meinung da geändert hätten; das wäre dann ein Positivum.

Meine Damen und Herren, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich zur **Verkehrspolitik** noch etwas Grundsätzliches sagen will.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie eiern doch nur herum!)

- Auf das Eiern komme ich gleich noch, Kollege Böttcher! Ich wollte gerade mit den Grünen darüber sprechen, wozu Verkehrswege benötigt werden. Wer die wirtschaftliche Entwicklung will - da gibt es schon Schwierigkeiten mit Ihnen; denn die wollen Sie ja nicht -, wer die Arbeitsteilung bejaht - das wollen Sie auch nicht gern - und wer die Mobilität der Menschen privat und beruflich befürwortet, muß die Verkehrswege bereitstellen, die diese Entwicklung nicht behindern, sondern sie fördern. Fördern ist das Stichwort. Und wir sind gerade dabei, in dem sich ändernden Europa solche Verkehrswege bereitzustellen.

Die Sozialdemokraten sind ja voll von ihren Erlebnissen, die sie in Dänemark gehabt haben.

(Holger Astrup [SPD]: Wir waren in Schweden!)

Ich frage Sie wirklich, haben Sie bei Ihren Gesprächen über die Festlandverbindungen, die Dänemark mit viel Geld baut, den Dänen gesagt, daß Sie keine Neigung haben, in Schleswig-Holstein die Anschlußverbindungen zu schaffen? Haben Sie ihnen das wirklich gesagt?

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: So ist das nicht gemeint!)

Das einzige, wo wir uns einigermaßen einig sind, ist der Ausbau der Schiene. Das geht nun langsam voran.

Wir sind uns einig und auch bereit, Herr Minister, beim Bundesverkehrsminister noch einmal bezüglich Pinneberg-Elmshorn vorstellig zu werden. Der Ausbau der Straße wird von Ihnen allerdings lächerlich gemacht, indem Sie sagen, diese Haltung würde den Blick einengen. Haben Sie in Dänemark gesagt, daß Sie die Leute, die das fordern, als engstirnig betrachten

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist Ihre selektive Wahrnehmung!)

und daß Sie meinen, diese Leute hätten ein eingegengtes Blickfeld? Haben Sie ihnen das gesagt? - Ich glaube nicht.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ich will Ihnen gern Nachhilfeunterricht geben!)

Sie haben eben in Ihrer Rede gesagt, Frau Erdsiek-Rave, wenn die Belastungen auf der A 7 zunehmen, werden wir uns intelligente Lösungen einfallen lassen. Das habe ich mitgeschrieben. Ich denke, es war inhaltlich so richtig. Wir können es ja im Protokoll nachlesen. Sie haben leider nicht gesagt, was intelligente Lösungen sind.

(Roswitha Strauß [CDU]: Eben!)

Und da habe ich wirklich die schlimmsten Sorgen. Denn bei der Debatte im Jahre 1996 hat der Kollege Hentschel gesagt, der Autoverkehr müsse halbiert werden.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ich frage Sie nun, ob Sie Ihren dänischen Gesprächspartnern auch gesagt haben, daß Sie dann, wenn es auf der A 7 zu doll wird und täglich 17.000 über die Brücke über den Großen Belt fahren wollen statt nur 10.000 und die dann im Stau stehen, weil die Mautstationen nicht umfangreich genug sind,

(Holger Astrup [SPD]: Ach, Sie haben die Zeitung gelesen?)

in Schleswig-Holstein per Gesetz den Autoverkehr halbieren wollen. Haben Sie ihnen gesagt, daß Sie eine Riesenbürokratie aufziehen wollen, um das zu unterbinden? Haben Sie ihnen das gesagt und ihnen deutlich gemacht, daß das Ihre politische Absicht ist? Ich fürchte, Sie haben es nicht gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eines möchte ich Ihnen zum letzten Mal

(Brita Schmitz-Hübsch)

sagen: Eine Straße ist dazu da, um Verkehr aufzunehmen. Diese ewige Klage, es fahren doch nur Autos darüber, wenn wir Straßen bauen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist der Sinn der Straße!)

mein Gott, dazu wird sie gebaut. Sie wird nicht zum Wandern gebaut und auch nicht für die Fahrradfahrer.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 56 Abs. 4 hat das Wort nun der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angesichts der Fußballweltmeisterschaft

(Beifall)

muß ich feststellen, daß, wenn die CDU ausgerechnet **Skandinavien** als Vorbild für die Zukunft nimmt, das das größte Eigentor des Jahres ist. Das schlägt alles, was es bei einer Fußballweltmeisterschaft tatsächlich geben kann.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben schon eckige Augen, so kleben Sie vor dem Fernseher! - Heiterkeit - Weitere Zurufe)

Wollen Sie jetzt etwa flächendeckend Gesamtschulen in Schleswig-Holstein einführen wie in Skandinavien? Wollen Sie etwa Ökosteuern einführen wie in Skandinavien? Wollen Sie 25 % der Flächen Schleswig-Holsteins als Naturschutzgebiet ausweisen, wie es Dänemark gemacht hat?

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein, aber wir wollen mit denen zusammenarbeiten!)

Wollen Sie etwa eine Ausbildungsumlage einführen, wie sie in Dänemark vor ein paar Jahren eingeführt worden ist?

(Unruhe und Zurufe - Meinhard Füllner [CDU]: Frau Präsidentin, können Sie mal den Lärm reduzieren?)

Sie reden von Skandinavien, verwenden aber alte Textbausteine. Sie wollen die Rüstung fördern, Sie plädieren für mehr Straßenausbau, mehr Rüstung und Elitebildung. Aber das hat mit Skandinavien überhaupt nichts zu tun, das ist ein Eigentor.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie kommen mir vor wie jemand, der in den Garten des Nachbarn guckt, wo die Blumen blühen und alles gedeiht. Und dazwischen ist ein Plattenweg. Und nun bestellen Sie beim nächsten Baumarkt Steinplatten und hoffen, daß daraus Blumen erwachsen.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich glaube, daß die Skandinavier weiter sind. Wir können sehen, daß dort die Zukunft der Kommunikationstechnologien, der Hochschulverbund, die Bildungsinvestitionen leben

(Zurufe und Unruhe)

und daß Sie mit Ihren Vorstellungen auf dem Holzweg sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Herr Kayenburg, wenn Sie sagen, Schleswig-Holstein liege sehr peripher in Europa, dann frage ich Sie, warum die Regionen, die die größten Nettoinvestitionen haben, ausgerechnet Finnland, Schottland und Irland sind. Ist das deshalb der Fall, weil sie so zentral in Europa liegen? Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Weil sie so wunderbare Steuer- und Abgabensysteme haben! - Weitere Zurufe)

Gerade die modernen **Informationstechnologien** garantieren, daß es nicht mehr darauf ankommt, zentral in Europa zu liegen, sondern daß es darauf ankommt, intelligente Infrastrukturen für die Zukunft zu bilden.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich habe nur noch 20 Sekunden. Tut mir leid.

Es wundert mich überhaupt nicht, Herr Kayenburg, daß Sie bei einem Menschen wie Herrn Stollmann,

(Karl-Martin Hentschel)

der mir als Berufskollege durchaus sympathisch ist, Schaum vor dem Mund bekommen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Überhaupt nicht!
- Ursula Röper [CDU]: Sie müssen nicht von sich auf andere schließen!)

daß die Apologeten des Monopolkapitalismus aus der Elektroindustrie, aus den Stahlkonzernen und so weiter in den CDU-Etagen es nicht verstehen können, wenn man sagt, all dieses Hoffen auf staatliche Riesensubventionen sei Irrsinn. Wir müssen endlich die kleinen, intelligenten Technologien fördern. Das ständige Schreien nach großen Subventionen, nach Milliarden-subventionen, das Sie in Ihrem Antrag seitenlang vorführen, ist ein Irrweg in die Vergangenheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Gemäß § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat nun Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eine Weile her, daß ich mich zu Wort gemeldet habe. Was ich zu Anfang sagen möchte, hat etwas mit dem Beitrag der Kollegin Schwarz zu tun. Denn bei diesem Beitrag habe ich mich wieder einmal an eine Geschichte von Karl Otto Meyer erinnert. Er hat 25 Jahre lang für den SSW hier im Landtag gearbeitet. Insofern sind seine Geschichten natürlich immer noch aktuell für uns. Er erzählte mir einmal von dem ersten Besuch des dänischen Folketings beim Schleswig-Holsteinischen Landtag. Das war Anfang der siebziger Jahre. Er meinte, daß er den Landtagspräsidenten Lembke darauf aufmerksam machen mußte, daß bei diesem Besuch auch Kommunisten dabei seien, denn damals saßen auch Kommunisten im dänischen Folketing. Die Antwort des Landtagspräsidenten lautete: Herr Meyer, das macht doch nichts, das sind doch dänische Kommunisten.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit meine ich, daß diese Art der verkappten Rote-Socken-Debatte, wie sie die Kollegin Schwarz vorhin hier anfang,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in skandinavischen Ohren eigentlich nur im Sinne von böhmischen Wäldern Aufnahme finden würde. Ich dachte eigentlich, daß wir hier auch schon viel weiter wären. Zumindest wurde mir wieder einmal bewußt, wie wichtig das Fach Geschichte in der Schule ist.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Es ist für mich nicht deshalb so wichtig, weil ich meine, daß man aus der Geschichte etwas lernen kann. Ich habe aber die feste Überzeugung, daß man aus ihr wenigstens lernt, keine falschen Parallelen zu ziehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

In meinem Beitrag vorhin ging es mir darum, deutlich zu machen, wie wir durch Zusammenarbeit im skandinavischen Sinne des Wortes zu Lösungen gelangen könnten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies erreicht man aber nicht, indem man hier einen Antrag nach dem Motto „Take it or leave it“ hinknallt. Wenn man grenzüberschreitend zusammenarbeiten will und zu Lösungen kommen will, erreicht man angesichts des berechtigten Anliegens der Handwerker in Schleswig-Holstein, Aufträge nördlich der Grenze zu bekommen - in dieser Hinsicht haben sie große Schwierigkeiten -, gar nichts, wenn man sagt, jetzt müsse die Macht der Gewerkschaften eingeschränkt werden. Man hat dann nicht begriffen, daß die Gewerkschaften in Skandinavien wesentlich dazu beigetragen haben, daß wir dort den Sozialstaat, den Wohlfahrtsstaat bekommen haben, den wir anscheinend hier alle wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Von der CDU wird hier Abstimmung in der Sache verlangt. Ich bin jetzt wirklich ratlos. Meiner Meinung nach wäre es einfacher, eine Abstimmung zum Thema „Rückenwind auf den Radwegen“ durchzuführen als eine Abstimmung zu diesem Antrag.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es doch mit einem Diskussionspapier zu tun. Wir haben von den Ministern Positionspapiere bekommen, und die Fraktionen können weitere Diskussionspapiere erarbeiten. Auch wir können dies natürlich tun. Ich könnte hier Zitate von dem alten Dichter Grundtvig, dem Begründer der Heimvolkshochschulbewegung, von dem ich sehr viel halte, anführen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Anke Spoorendonk)

Er stellt immer wieder die Frage: Für wen ist Bildung überhaupt da? Ist Bildung eigentlich nur für die Gelehrten da? Was soll Bildung?

Ich könnte auch noch sagen, daß wir beim Reichtum in unserer Gesellschaft wirklich weitergekommen wären, wenn immer weniger Menschen zuviel und immer mehr Menschen mehr hätten. Auch dies ist ein bedenkenwerter Gedanke.

Wie gesagt, eine Abstimmung in der Sache macht keinen Sinn.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja. - Eines will ich an die Adresse der F.D.P. noch sagen. Das muß ich noch loswerden. Lieber Kollege Kubicki, ich finde, es ist enttäuschend, wenn man sagt: Wir stimmen dem Antrag zu, aber in der Rechtspolitik und Sicherheitspolitik stimmen wir mit euch nicht überein. - Das ist enttäuschend. Das kann man nicht tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Gemäß § 58 Abs. 2 hat nun Herr Abgeordneter Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich nach der doch sehr beeindruckenden Rede der Ministerpräsidentin noch einmal zu Wort gemeldet, weil man die Zwischentöne in den Debattenbeiträgen von Ute Erdsiek-Rave und Heide Simonis vielleicht doch zur Kenntnis nehmen sollte. Frau Ministerpräsidentin, zunächst stimme ich Ihnen zu: Man hätte die Diskussion über das Steinbrück-Walter-Papier tieferhängen sollen. Es war aber nicht die Opposition, die sie hochgehängt hat. Es waren vielmehr Sie selbst. Sie haben in der Pressemitteilung vom 12. Juni 1998 erklärt: „Wer dennoch glaubt, das politische Ziel des Nordstaates weiterverfolgen zu müssen, kann es nicht innerhalb der Landesregierung unter meinem Vorsitz tun.“ Dies ist die Androhung eines Rausschmisses, wie er mir in den sechs Jahren meiner parlamentarischen Tätigkeit in Schleswig-Holstein bisher nicht bekanntgeworden ist. Sie können es doch einer Oppositionspartei - jedenfalls gilt dies für die Union; uns hätten Sie es vielleicht verübeln können - nicht verübeln, daß sie auf eine solche Aussage einsteigt und daraus etwas machen will. Ich nehme dankenswerterweise zur

Kenntnis, daß Herr Steinbrück nach Ihren Worten von heute, skandinavischen parlamentarischen Sitten folgend, weiter über den **Nordstaat** nachdenken darf, obwohl er behauptet hat, er habe darüber noch gar nicht nachgedacht.

Viel wichtiger scheint mir aber etwas ganz anderes zu sein, Ute Erdsiek-Rave. Die Sozialdemokratie - wir erleben momentan diesen schmerzhaften Prozeß - befindet sich in einem Umbruch. Vielfach wird jetzt der Sack geschlagen, obwohl man eigentlich den Esel meint. Das gilt auch im Blick auf die Frage, warum die Union sich nicht mit Sozialhilfethemen beschäftigt hat. Heute ist ein sehr lesenswerter Artikel von Werner Anton Perger unter der Überschrift „Abschied von Rot-Grün“ in der „Zeit“ erschienen. Ich möchte daraus kurz eine Passage zitieren, um darauf dann einzugehen. Diese Passage lautet:

„Der Kanzlerkandidat aber kümmert sich wenig um gemeinsame Inhalte mit Grünen, im Gegenteil: Wo er nur kann, setzt er andere Akzente als die Grünen - so sehr demonstriert er seine Unabhängigkeit vom künftigen Partner (und im Zweifel auch von der eigenen Partei), daß es an Geringschätzung grenzt.

Ob es um die Ökosteuer geht, um den Ausstieg aus der Atomenergie, den Einsatz im Kosovo (zur Not ohne Mandat der Vereinten Nationen), die Durchsetzung industrieller Großprojekte, die Begeisterung über Wolfgang Clements Standfestigkeit im Fall Garzweiler, die Abschiebung straffälliger Ausländer, die rigorose Streichung von Leistungen an Asylbewerber: Ein 'Vorrat an Gemeinsamkeiten', wie es in der Politikersprache gelegentlich heißt, ist nicht zu erkennen. Wo ist da noch ein gemeinsames 'Projekt' ?“

Ich will damit sagen, daß die Sozialdemokratie an einer Wegscheide steht. Wolfgang Clement hat das einmal sehr nachdrücklich in einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ beschrieben. Die **Sozialdemokratie** steht an der Wegscheide, ob sie Modernisiererpartei in der Bundesrepublik Deutschland werden will oder ob sie an ihrer ökologisch tradierten Haltung der letzten 10 oder 15 Jahre festhalten will, die entwickelt worden ist und die im Gegensatz zu dem steht, was Gerhard Schröder, Wolfgang Clement und auch Peer Steinbrück vertreten.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Wir haben die Sorge, was aus Ihnen werden wird!)

(Wolfgang Kubicki)

Liebe Ute Erdsiek-Rave, ich habe da überhaupt keine Probleme und Bedenken. Die F.D.P. wird mit Sicherheit wieder im nächsten Deutschen Bundestag sitzen,

(Beifall bei der CDU)

jedenfalls sicherer als die Grünen. Man muß sich nur einmal die Meinungsumfragen der letzten Wochen angucken.

Ich kann nur darauf verweisen, daß ich den Sozialdemokraten dieses Hauses seit sechs Jahren vor jeder Wahl sage: Hochmut kommt vor dem Fall. Das wird auch bei der nächsten Wahl der Fall sein.

(Beifall bei der CDU)

Bei der letzten Landtagswahl haben Sie Ihre Quittung bereits bekommen, sonst säßen Sie hier mit einer ganz anderen Mehrheit, als Sie hier sitzen. Das wird sich fortsetzen, Ute Erdsiek-Rave, wenn Sie nicht begreifen, daß Sie Ihre Politik auf einen einheitlichen Modernisierungskurs bringen müssen.

Das Problem - noch einmal - besteht darin, daß Sie sich entscheiden müssen - Peer Steinbrück und Gerd Walter haben wie Wolfgang Clement und andere die Richtung vorgegeben -, ob Sie Modernisierungspartei oder tradierte, traditionalistische Ökopartei sein wollen. Mit letzterem werden Sie keine Wahlen mehr gewinnen - das haben die letzten Wahlen gezeigt -, Sie werden nur mit der Linie von Gerhard Schröder Wahlen gewinnen können.

Ein Letztes, was mir sehr am Herzen liegt! Gegenüber Herrn Glogowski aus Niedersachsen, der neuer Ministerpräsident werden soll, ist Kanther ein Liberaler.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Es waren die Sozialdemokraten aus Niedersachsen, die im Bundesrat einen Gesetzentwurf eingebracht haben - den nur Bayern unterstützt hat -, wonach künftig wieder geschlossene Jugendheime für straffällig gewordene Jugendliche eingerichtet werden sollen. Wir werden darüber noch debattieren. Jetzt auf die Union einzuschlagen und zu behaupten, sie sei schlimm, aber zu den eigenen Leuten in Niedersachsen, zum Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder nichts zu sagen, das ist das, Ute Erdsiek-Rave, was ich mit der Erklärung skizziert habe: Man prügelt den Sack, meint aber eigentlich den Esel, und der Esel ist in diesem Fall Gerhard Schröder.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort nach § 58 Abs. 2 hat Herr Abgeordneter Dr. Rossmann.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Ausklang dieser Debatte darf ein sozialdemokratisches Wort nicht fehlen. Ich möchte Herrn Haller, der wie andere auch Nachdenkliches, Nachdenkenswertes in anderer Form eingebracht hat, in die Debatte einbringen. Sie haben zum 50jährigen Geburtstag von Herrn Driftmann einen edlen Wettstreit der Redner organisiert und mit dokumentiert. In diesem edlen Wettstreit der Redner ist Peer Steinbrück in einer Rede so nachzulesen, daß er fragt: Weshalb gibt es in Deutschland und Schleswig-Holstein eigentlich so wenig politische Kreativität? - Weil all jene, die sich mit einem eigenen Gedanken hervorwagen, gleich vom Gegner wie vom vermeintlichen Freund eins so ins Gesicht kriegen, daß sie nicht mehr weiterdenken mögen. Wir müssen aufpassen, daß wir im Schleswig-Holsteinischen Landtag nicht in gleicher Weise miteinander umgehen.

(Beifall im ganzen Haus)

Peer Steinbrück hat an anderer Stelle der Rede gesagt: Es mangelt manchmal auch an der Ernsthaftigkeit im Einlassen auf das, was eingebracht wird, um nicht den kleinsten Vorteil, sondern vielleicht den dahinterliegenden, tiefergehenden Gedanken mit zu erspüren. Deshalb möchte ich mir drei Bemerkungen erlauben.

Herr Kayenburg, vielleicht können Sie es nicht verstehen, aber es ist doch bedenkenswert, wenn die Ministerpräsidentin in ihrer Rede daran erinnert, daß Entspannungspolitik im Ostseeraum auch über Symbole mit gewachsen ist, die von Oberbürgermeistern - egal welcher Parteien - gesetzt worden sind, zum Beispiel in Richtung Coventry. Es geht nicht darum, in welcher Himmelsrichtung Coventry liegt, sondern darum, in welcher Zeit dieses Symbol bewußt gesetzt worden ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Denn in dieser Zeit ist es von allen bewußt so verstanden worden, daß aus Schleswig-Holstein - darauf können wir alle, Sie wie wir, stolz sein - in einem kleinen Land ein Aufbruch aus der Vergangenheit in die Zukunft mitgestaltet werden sollte.

Wie wir zusammen auf diese Oberbürgermeister stolz sein können, können wir zusammen stolz sein auf eine deutsch-dänische Erklärung von von Hassel über

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

Barschel bis Engholm, Simonis. Das ist ein Pfund, das man nicht in kleinster Münze, weil es den billigen Vorteil gibt, gegen eine Ministerpräsidentin kehrt.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Schwarz, man muß nicht Stollmann heißen, um anzuerkennen, daß in der Kontinuität von Entspannungspolitik, von Brandt über Schmidt mit Genscher zu Kohl eine Linie beschritten worden ist. Man muß so nicht heißen, um das auch in bezug auf Helmut Kohl ausdrücklich anzuerkennen. Als Sozialdemokrat des Landtages in Schleswig-Holstein wünscht man sich aber, daß auch von Ihrer Seite endlich anerkannt wird, daß ein Antikommunist wie Jochen Steffen mit derjenige gewesen ist, der Wege vorbereitet hat über Jansen und Engholm, die viele Verbindungen haben wachsen lassen, auf die man jetzt noch mit gründen kann. Auch das darf zu Protokoll gegeben werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte schließlich auf Herrn Kubicki wie folgt eingehen. Wir führen hier eine Debatte über die Zukunft des Landes, nicht über die Zukunft der SPD oder der F.D.P. Vielleicht könnte man das manchmal etwas mehr herausspüren. Die Zukunft des Landes, gerade wenn wir sie im Sinne von **Ostseekooperation** diskutieren, ist auch eine, bei der wir ganz sinnfälligermaßen auf langfristige ökologische Erfordernisse und Entwicklungen mit gestoßen werden.

Jetzt nicht parteipolitisch gemünzt, aber in bezug auf eine SPD-Grüne-Koalition und Perspektive so gemünzt: Langfristig werden diejenigen erfolgreich sein, die in Deutschland, die in Schleswig-Holstein **Arbeit und Umwelt** - Arbeit und Umwelt! - und **soziale Gerechtigkeit** zusammenbringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie doch die Verhältnisse auch bei sich so tanzen, daß im Sinne von Peer Steinbrück, von Herrn Driftmann, von Herrn Haller, dem Sekretär, auch bei Ihnen neue umweltpolitische Kompetenz erkennbar wird. Erst dann werden sie attraktiv, erst dann gibt es mögliche quergestrickte, neue Entwicklungen.

Ich gönne uns, ich gönne mir einen Schlußsatz. Heide Simonis hat häufig genug gesagt - das ist von Björn Engholm über Heide Simonis bis in diese Debatte hinein spürbar -: Wer arm ist, muß intelligent sein. Ist es für Schleswig-Holsteiner nicht selbstverständlich, daß wir, weil wir ein kleines Land sind, kooperativ sein müssen? Ich glaube, daß der Schlüsselbegriff der Politik, die von Engholm über Simonis bis in zukünftige

Zeiten Schleswig-Holstein kennzeichnen muß, die Frage ist, wie weit wir kooperationsfähig sind

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in den norddeutschen Ländern, bis in den Ostseeraum hinein. Man kann nach außen nur kooperationsfähig sein, wenn man im Innenverhältnis eine Mindestkooperation praktiziert. Wenn es für mich, wenn es für uns einen Ertrag unserer Informationsreise nach Schweden gegeben hat, dann den, daß sie ohne Konsenssoße ein Maß von Kooperationsfähigkeit in Kernfragen gefunden haben, das sie stark macht. Kooperation macht stark. Das sollten wir beherzigen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort nach § 56 Abs. 4 hat Herr Abgeordneter Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Rossmann, ich freue mich, daß Sie zum Schluß dieser Debatte appellieren, nicht den Dialog zu vergessen, aufeinander zuzugehen. Aber damit waren Sie der erste Redner der Sozialdemokratie, der das in der heutigen Debatte praktiziert hat, und das kommt zum Ende der Debatte. All Ihre Vorredner - sowohl Ihrer eigenen Fraktion als auch der Grünen - sind hier ans Pult getreten und haben zunächst einmal den skandinavischen Parlamentarismus beschworen, wie gut es dort zugehe, man gehe aufeinander zu und gehe auch auf die Argumente der Opposition ein.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Und was haben Sie dann getan? - Dann haben Sie sich hier einer nach dem anderen willkürlich einen Punkt aus unserem Antrag herausgegriffen und sind in kleinerer und polemischer Manier darüber hergefallen. So sieht Ihre Dialogbereitschaft aus, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

Daher appelliere ich an Sie: Fallen Sie nicht in Bausch und Bogen über alles her, was wir Ihnen heute an Vorschlägen unterbreiten! Sehen Sie doch, daß es durchaus auch Gemeinsamkeiten gibt,

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Überschriften können wir zustimmen!)

(Thorsten Geißler)

und bauen Sie keinen Popanz auf, wie Sie es beispielsweise im Bereich der sozialen Gerechtigkeit getan haben!

Für uns ist eine gute Bildungspolitik, die Ausbildungschancen verbessert, ist eine gute Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft, immer auch eine gute **Sozialpolitik**.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich mir angucke, was Herr Walter und Herr Steinbrück zu Papier gebracht haben, stelle ich fest: Sie werden in diesem Papier ein eigenständiges Kapitel soziale Gerechtigkeit nicht finden. Aber Sie finden eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Wirtschafts- und Verkehrspolitik, wo diese Landesregierung bisher nicht gehandelt hat, wo aber Handlungsbedarf gegeben ist, und da gehen wir teilweise mit Ihnen mit. Das sollten Sie anerkennen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie unsere Vorschläge zur Verkehrspolitik prügeln - es gibt doch zaghafte Ansätze für Gemeinsamkeiten zwischen Herrn Steinbrück und uns. Wenn Sie die Papiere abgleichen, werden Sie das feststellen. Ich werde den Verdacht nicht los, daß Sie uns prügeln, in Wirklichkeit aber die zaghafte Ansätze meinen, die Herr Steinbrück aufgeschrieben hat, die Sie offenbar blockieren wollen.

(Beifall bei der CDU - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: So ein Blödsinn!)

Wenn ich mir angucke, was Sie zur Biotechnologie sagen, die wir in unserem Antrag positiv begleiten - wir würden mit Ihnen ja mitgehen, und Medicon-Valley wäre umzusetzen. Gehen Sie doch einmal an die Universitäten und Hochschulen, und fragen Sie die Professoren, die dort im Bereich Biotechnologie zuständig sind und forschen, ob die sich von Ihnen genügend unterstützt fühlen! Sie blockieren dort doch an jeder Stelle, wo Sie nur können!

Wenn Sie das Stichwort Kriminalität erwähnen - natürlich können und sollten wir über die Ursachen von Kriminalität debattieren. Wenn Sie aber ausgerechnet auf Hamburg verweisen - dort sind seit Jahrzehnten Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung.

Sie hatten nicht nur Gelegenheit, über die Ursachen von Kriminalität nachzudenken, sondern Sie hatten auch Gelegenheit, zu handeln und Vorschläge umzusetzen. Es ist ein Paradoxon, uns das hier vorzuhalten.

Wir können darüber engagiert debattieren. Aber wir brauchen auch eine entschlossene Bekämpfung der Kriminalität mit den Mitteln von Polizei und Justiz. Da haben Sie Versäumnisse zu beklagen.

(Beifall bei der CDU)

Alles in allem wären wir gern bereit, diesen Antrag an die Fachausschüsse zu überweisen, wenn wir den Eindruck hätten, daß Sie sich in Ihrem Interesse ernsthaft mit unseren Vorschlägen auseinandersetzen würden. Aber diesen Eindruck haben Sie heute nicht vermittelt, sondern Sie haben alles pauschal in Bausch und Bogen abgelehnt. Darum beantragen wir Abstimmung in der Sache. Wir fordern Sie nochmals nachdrücklich auf: Stimmen Sie unseren Vorschlägen zu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, Sie sehen mich jetzt etwas ratlos; denn mir war signalisiert worden, daß sich die Fraktionen auf Ausschußüberweisung geeinigt haben. - Herr Abgeordneter Astrup, Sie haben das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin! Die Fraktionen haben sich nicht geeinigt. Ich stelle namens der SPD-Fraktion den Antrag auf Überweisung des CDU-Antrages an die - ich formuliere das jetzt bewußt so - beteiligten Ausschüsse, und zwar zur Federführung in den Wirtschaftsausschuß, weil die CDU es gern so möchte. Wenn die heutige Diskussion, insbesondere die Schlußphase der Diskussion beziehungsweise die durch die Bemerkung der Frau Ministerpräsidentin angefangene, einen Sinn haben soll, dann kann es doch nur so sein, daß wir über diesen Antrag heute nicht in der Sache abstimmen. Wir müßten ihn nämlich wegstimmen

(Zuruf von der CDU: Warum das denn?)

- versuchen Sie einfach einmal zuzuhören, Herr Kollege Sager; vielleicht gelingt es Ihnen -, was ich angesichts der Sachdiskussion, die von Herrn Rossmann und auch von Herrn Geißler angeregt worden ist, für fatal hielt. Deshalb bitte ich Sie herzlich darum, was die gesamte Breite des Inhalts des Antrages betrifft, unserem Antrag zuzustimmen: Federführung Wirtschaftsausschuß und Überweisung an die beteiligten Ausschüsse. Ich denke mir, die Beratung sollte auch zielgerichtet auf einen Termin im Herbst hin erfolgen. Ich erinnere daran, daß wir uns dann turnusgemäß über den Ostseebericht zu unterhalten haben. Daher bitte ich nochmals um Unterstützung für diesen Antrag.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Aufgrund der Begründung von Herrn Astrup und des während der Rede von Herrn Geißler geführten Gesprächs können wir den Vorschlag, den Antrag in dieser Form an die Ausschüsse zu überweisen, mittragen, zumal als Endzeitpunkt September angegeben worden ist. Wir sind auch damit einverstanden, daß der Wirtschaftsausschuß die Federführung übernimmt.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: September? Wie sollen wir das denn hinkriegen? - Holger Astrup [SPD]: Zum Ostseebericht! Das ist gemeint!)

- Zum Ostseebericht! Es kommt auf den genauen Termin nicht an; die Ausschüsse müssen Gelegenheit haben, sich mit den einzelnen Punkten zu befassen. Wir sind also dafür, daß der Wirtschaftsausschuß die Federführung übernimmt. Natürlich haben alle Ausschüsse die Möglichkeit der Selbstbefassung. Primär sollten sich die Ausschüsse damit befassen, die genannt worden sind.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich komme zur Abstimmung. Wer dafür ist, den Antrag der Fraktion der CDU und den Änderungsantrag, Drucksache 14/1575, der heute vorgelegt wurde, federführend an den Wirtschaftsausschuß und mitberatend an alle beteiligten Ausschüsse zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (AGInsO)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1520

Ich erteile dem Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Herrn Walter, das Wort zur Begründung.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Ich bitte darum, daß Sie, sofern Sie dieses Thema nicht interessieren sollte, leise den Saal verlassen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. - Herr Minister Walter, Sie haben das Wort.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ostseedebatte ist ohne Frage sehr viel spannender; das gebe ich zu. Ich will, wenn Sie gestatten, mich ausdrücklich für den jetzt gefundenen Verfahrensweg bedanken, weil er es ermöglicht, die Diskussion so zu führen, wie sie vernünftigerweise geführt werden sollte.

Ich möchte nur daran erinnern: Der Vorrat eines Landes an Einigungsthemen ist nicht unbegrenzt. Ostseepolitik ist ein Einigungs- und kein Trennungsthema. Wenn möglich, dann sollte man es nicht auf den Hauklotz von Wahlkämpfen legen. Vielleicht schaffen wir das bei der jetzt beschlossenen Prozedur.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich komme damit zum Thema Insolvenzordnung. Ich will, auch mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit, in die Gesamthematik nur verkürzt einführen. Es gibt einen uralten Satz, der da heißt: Wer Schulden hat, der muß auch notwendig lügen. - Dieser Satz macht deutlich, daß die Not von Menschen, die nach hoffnungsvollen Anfängen in vielen Fällen vor den Trümmern ihrer Existenz stehen, für diese Menschen häufig mehr bedeutet als die Summe ihrer Schulden. Nicht selten werden Schulden als eine Bürde empfunden, die schwerer wiegt als die unmittelbare Verpflichtung gegenüber Gläubigern, die sich in Geld ausdrückt.

Vor diesem Hintergrund will ich sagen: Die **Insolvenzordnung**, die am 1. Januar 1999 in Kraft tritt und die die alte Konkursordnung und Vergleichsordnung ablöst, verfolgt ein doppeltes **Ziel**: Sie verfolgt das Ziel, die Zahl der Firmenpleiten zu verringern, und sie verfolgt das Ziel, angemessener auf die große Zahl von Verbraucherinsolvenzen zu reagieren. Es wird ein vereinfachtes Verfahren und erstmals die Möglichkeit für eine sogenannte Restschuldbefreiung geben. Zum ersten Mal wird auch die Möglichkeit geschaffen, natürliche Personen von den im Insolvenzverfahren nicht erfüllten Verbindlichkeiten zu befreien.

Ich glaube, daß der dort eingeschlagene Weg richtig ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Dieser Punkt ist auch von allen politischen Seiten unterstützt worden.

In dem zur Diskussion stehenden Gesetzentwurf wird geregelt, welche Personen und Stellen als geeignet

(Minister Gerd Walter)

angesehen werden, Schuldnerberatung und -vertretung durchzuführen und nach erfolglosen Einigungsversuchen mit den Gläubigern die entsprechenden Bescheinigungen auszustellen. Es geht also um die **Beratungsdienstleistung**, die in diesem Zusammenhang von Rechtsanwälten, Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfern, Buchprüfern, aber auch von Stellen beispielsweise der Freien Wohlfahrtsverbände erbracht werden muß, die in der Lage sein sollen, die entsprechende Beratung durchzuführen und die entsprechenden Bescheinigungen auszustellen. Dabei geht es im wesentlichen um die 40 bewährten Schuldnerberatungsstellen im Lande Schleswig-Holstein. Deren Aufgabe ist es dann, mit den Gläubigern eine außergerichtliche Einigung herbeizuführen. Erst wenn das gescheitert ist, ist der Weg für das Insolvenzverfahren frei.

Ich verhehle nicht, daß die Umsetzung der Insolvenzordnung für uns in organisatorischer und personeller Hinsicht - das gilt für alle Länder in Deutschland - ein gewaltiger Brocken ist. Die Erfahrung, die wir immer wieder machen, ist auch nicht besonders schön, nämlich daß in Bonn bestellt wird - in diesem Fall von allen Parteien; dies sage ich ausdrücklich - und die Länder dann zusehen können, wie sie die Finanzierung zu Rande kriegen.

Auf die Einlösung der im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zwischen Bundesrat und Bundestag seinerzeit gegebenen Zusage, es solle **Kompensationen** geben, warten die Länder immer noch vergeblich. Gleichwohl haben wir natürlich dafür gesorgt, daß die Anwendbarkeit des neuen Rechts im kommenden Jahr gewährleistet ist. Das ist in den Bundesländern - das werden Sie feststellen, wenn Sie die Situation in den einzelnen Ländern einmal vergleichen - keineswegs in gleicher Weise gewährleistet.

Wir werden 13 Insolvenzgerichte haben, und zwar drei in jedem Landgerichtsbezirk sowie ein zusätzliches im Landgerichtsbezirk Lübeck. Damit gehen wir über die Vorgaben der Insolvenzordnung hinaus, die im Regelfall lediglich ein Insolvenzgericht pro Landgerichtsbezirk vorsieht.

Wir rechnen in Schleswig-Holstein mit 50.000 bis 60.000 überschuldeten Haushalten und gehen davon aus, daß 10 % davon für das Schuldenbereinigungsverfahren in Frage kommen könnten und diesen Weg möglicherweise auch beschreiten werden. Das ist unter dem Strich eine enorme zusätzliche Aufgabe und Belastung. Um diese Aufgabe tatsächlich bewältigen zu können, haben wir zehn Richterstellen, 25 bis 30 Rechtspflegerstellen und weitere 20 Stellen im sogenannten Servicebereich bereitgestellt. Auch das ist in

dieser Form nicht in allen Ländern in Deutschland der Fall, das sage ich ausdrücklich.

Ich weiß, daß es in den Fraktionen kritische Nachfragen, insbesondere zur Finanzierung der Schuldnerberatung, gibt, die wir im Ausschuß miteinander besprechen sollten, sofern noch Beratungsbedarf besteht.

Ich gehe im übrigen davon aus, daß das, was Burkhard Hirsch in der Beratung des Bundestages einmal gesagt hat, auch für uns alle hier in Schleswig-Holstein gilt: „Wer am Ende ist, soll auch einmal wieder neu anfangen dürfen.“ Das ist der Sinn dieser Insolvenzordnung, deren Umsetzung wir uns als gemeinsame Aufgabe im Land vorgenommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, daß eine Aussprache nicht stattfinden soll. Ich lasse daher abstimmen. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen.

- Ja, Herr Abgeordneter Geißler?

(Thorsten Geißler [CDU]: Ich beantrage, den Gesetzentwurf auch dem Wirtschaftsausschuß zur Mitberatung zu überweisen! - Holger Astrup [SPD]: Ja, das können wir machen!)

Der Gesetzentwurf soll also federführend dem Innen- und Rechtsausschuß und mitberatend dem Wirtschaftsausschuß überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Die Fraktionen haben sich daraufhin verständigt, jetzt den Tagesordnungspunkt 8 aufzurufen.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neufassung des Berufsakademiegesetzes (BAG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1522

Ich erteile der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Böhrk, das Wort zur Begründung.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Die Neufassung des Berufsakademiegesetzes hat durchaus etwas mit Zukunftssicherung und Zukunft zu tun.

(Ministerin Gisela Böhrk)

Es ist kein großer Schritt, aber durchaus ein kleiner Schritt zur Erweiterung der Ausbildungslandschaft und der Ausbildungsmöglichkeiten von jungen Menschen in Schleswig-Holstein.

Die Neufassung des Gesetzes soll **Berufsakademien** die Möglichkeit geben, **Diplomstudiengänge** anzubieten. Darauf drängen die Industrie- und Handelskammern und die WAK. Es soll künftig zwei Typen von Berufsakademien geben: Typ I im Sinne des geltenden Gesetzes ohne Diplom und Typ II mit Diplom. Beiden Ausbildungsgängen gemeinsam ist die duale Ausbildung an den beiden Lernorten Akademie und Betrieb. Sie sind Einrichtungen des tertiären Bildungsbereiches neben den Hochschulen und gliedern sich in mindestens zwei Fachrichtungen.

Der Konflikt zwischen der WAK und der Nordakademie war Anlaß für einen runden Tisch, der in den strittigen Punkten des Referentenentwurfes zu einem Kompromiß geführt hat. Mit diesem Kompromiß werden beide Seiten jeweils nicht vollständig glücklich sein, aber es ist ein vernünftiger Kompromiß, der die Belange beider berücksichtigt. Er eröffnet der WAK die Möglichkeit der Diplomierung, er erhöht die zur Anerkennung des Diploms erforderlichen Standards, er errichtet aber keine zu hohen Hürden, und er berücksichtigt die Interessen der Nordakademie nach fairem Wettbewerb.

Ich möchte ein paar Punkte hervorheben.

Erstens. Der zum Diplom führende Ausbildungsgang hat gegenüber dem Typ I einen deutlich ausgeweiterten Theorieanteil sowohl in quantitativer Hinsicht - es geht um 2.400 Stunden gegenüber 1.600 Stunden - als auch in qualitativer Hinsicht. Die Qualität der Studieninhalte und deren Vermittlung soll weitgehend dem Niveau einer Fachhochschule entsprechen.

Zweitens. Die hauptberuflichen Lehrkräfte müssen die gleichen Voraussetzungen erfüllen wie Professoren an Fachhochschulen.

Drittens. Die Berufsakademie muß nachweisen, daß die Ausbildungsinhalte und die Infrastruktur der geforderten Qualität entsprechen.

Viertens. Längstens bis zum Jahr 2003 erhält die Berufsakademie bei Antragstellung auf Umwandlung in eine Berufsakademie im Sinne von Typ II jährlich rückläufige institutionelle Zuschüsse.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Das entspricht dem Haushaltsbegleitgesetz 1998 und sichert die Existenz der bestehenden Berufsakademien.

Fünftens. Die neuen Berufsakademien - ganz gleich, welchen Typ sie verkörpern - werden zunächst für drei Jahre probeweise anerkannt. Eine unbefristete Anerkennung setzt die positive Evaluation durch den Wissenschaftsrat voraus. Die WAK hat aber auch durch die Vorlage der Verträge mit den Ausbildungsbetrieben Bedarfsnachweise zu erbringen, wie es auch die Nordakademie tun mußte.

Mit diesem Gesetzentwurf haben wir den Beschluß der Kultusministerkonferenz vom September 1995 berücksichtigt und die darin enthaltenen Anforderungen an die Berufsakademien umgesetzt. Der KMK-Beschluß geht jedoch nur von staatlichen Berufsakademien aus, die Landesregierung vertritt die Auffassung, daß auch **private Einrichtungen** eine gute Ausbildung bieten können.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Ursula Röper [CDU])

Wir haben in Schleswig-Holstein gute Erfahrungen mit privaten Einrichtungen des tertiären Bereichs gemacht, dazu nenne ich nur die Fachhochschule Wedel und die Nordakademie, die in ihrer Qualität für sich sprechen.

Unsere Bildungslandschaft wird durch die Möglichkeiten des Berufsakademiegesetzes eine Bereicherung erfahren. Das ist ein Baustein für die Zukunftssicherung der jungen Menschen, die aus dem vielfältigen Angebot auswählen können, welchen Ausbildungsweg sie einschlagen wollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Grundsatzberatung. Das Wort hat Frau Abgeordnete Röper.

(Helmut Plüschau [SPD]: Sehr gut! - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Die Pinneberger sind sehr zufrieden!)

Ursula Röper [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt den Gesetzentwurf zur Neufassung des Berufsakademiegesetzes, weil endlich die seit Jahren strittige Frage der **Diplomierung** für die Absolventinnen und Absolventen der BA geregelt wird.

Allerdings füge ich hinzu, daß wieder einmal jahrelang notwendige Entscheidungen auf die lange Bank geschoben wurden, denn diese Gesetzesänderung hätten wir bereits bei der Neufassung des BA-Gesetzes im November 1995 vornehmen können.

(Ursula Röper)

Schon damals - ich erinnere an unsere Debatten von 1994 und 1995 - hatten die Industrie- und Handelskammern ihre Bereitschaft erklärt, die von ihnen getragene Berufsakademie dem baden-württembergischen Standard anzupassen sowie entstehende Mehrkosten nach der Umstrukturierung durch eine entsprechende Studiengebührenanhebung selbst zu tragen. Doch damals war trotz der Anträge von CDU und F.D.P. die Bereitschaft der Landesregierung sowie der SPD-Fraktion nicht vorhanden, den Trägern der Berufsakademie entgegenzukommen und entsprechende Formulierungen in den Gesetzentwurf und in das Gesetz aufzunehmen. Mittlerweile sind nun fast drei Jahre ins Land gegangen - ein langer Zeitraum für die Entwicklung von Einsichtsfähigkeit bei der Landesregierung. Ich frage: Warum wurden die Beteiligten so lange hingehalten?

Nun, wir gucken jetzt in die Zukunft.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Es muß zügig vorangeschritten werden, um die Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung bei der Berufsakademie zu verdeutlichen. Das bedeutet, daß wir den vorliegenden Gesetzentwurf mit einigen Verbesserungen noch in diesem Jahr in zweiter Lesung verabschieden, um alle Beteiligten schnell über die Voraussetzungen zu informieren, die bei der **Umwandlung der Berufsakademie** vom Typ I in Typ II verbindlich zu berücksichtigen sind. Die Einhaltung dieses Zeitplans gewährleistet darüber hinaus die Möglichkeit eines rechtzeitigen Beginns mit der Werbung für die neuen Ausbildungsmöglichkeiten und dem erhöhten Finanzierungsaufwand und den damit verbundenen Diplomierungsmöglichkeiten. Außerdem brauchen die Absolventinnen und Absolventen der Berufsakademie, die jetzt im Herbst neu beginnen, Klarheit.

Ich möchte einige Punkte ansprechen, die unserer Meinung nach im Gesetzentwurf verändert werden müssen. In § 4 ist festgelegt, daß das künftige Stundenvolumen beim Berufsakademie Typ II statt bisher 2.100 Stunden nunmehr 2.400 Stunden umfassen soll, wobei 10 % als freiwillige Zusatzfächer angeboten werden können. Damit darf jedoch keine weitere Erhöhung der **Zahl der Semesterwochen** einhergehen, es muß bei 12 Semesterwochen bleiben, entsprechend Baden-Württemberg und Berlin, wobei dort ja auch noch bis zu drei Wochen pro Semester Unterricht als sogenannte praxisbezogene Theorie in den Unternehmen stattfinden kann.

Es muß also im Gesetz sichergestellt werden, daß zukünftig der Theorieanteil in Schleswig-Holstein nicht höher ist als in Baden-Württemberg und der

Zeitraum von 12 Wochen pro Semester nicht überschritten wird.

Eine weitere Änderung ist in § 15 Abs. 3 und 4 notwendig. Hier wird als Beginn des Übergangszeitraums für das Erreichen des geforderten Anteils an hauptamtlichen Lehrkräften von 40 % sowie für das Auslaufen der Landeszuschüsse der Zeitpunkt der Antragstellung festgelegt. Meiner Ansicht nach dürfen die **Übergangsfristen** erst mit dem Zeitpunkt der Genehmigung des Antrags beginnen, denn zwischen Antragstellung und Genehmigung kann ein erheblicher Zeitraum liegen, der keine Planungssicherheit gewährleistet. Zudem würde sonst zum Beispiel der Übergangszeitraum für das Auslaufen der Landeszuschüsse auf zweieinhalb Jahre nach Antragstellung verkürzt, ohne daß die WAK die Gewißheit hätte, daß der Antrag auf Umwandlung in eine Berufsakademie vom Typ II auch genehmigt wird.

Eine Anmerkung zu § 3! In Abs. 1 Nr. 7 ist ausgeführt, daß bei der Antragstellung auf staatliche Anerkennung durch die Berufsakademie **Verträge mit den Ausbildungsbetrieben** vorzulegen sind, die kostendeckende Studiengebühren enthalten müssen. Ich denke, diese Forderung wird sicherlich erfüllbar sein.

Wie ich aber höre, wird darüber hinaus zusätzlich erwogen, schriftliche Erklärungen der Ausbildungsbetriebe abzufordern, aus denen hervorgeht, daß auch künftig ein bestimmtes Kontingent von Studien- und Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt wird. Das halte ich für nicht zumutbar. Jede Berufsakademie wird aus eigenem Interesse dafür sorgen, genügend Ausbildungs- und Studienplätze anbieten zu können. Aber eine verbindliche Aussage der Ausbildungsbetriebe über die Zahl von Studienplätzen über mehrere Jahre hinweg in die Zukunft hinein widerspricht allen wirtschaftlichen und betrieblichen Planungen und kann daher kein begehbarer Weg sein.

(Helmut Plüschau [SPD]: Das wird aber von den Berufsakademien verlangt!)

Außerdem ergeben sich bei den Ausbildungsbetrieben auch Wechsel, so daß eine verlässliche Grundlage sowieso nicht gegeben wäre.

Ich möchte darüber hinaus noch anregen, darüber nachzudenken, daß den Studierenden, die zur Zeit in der Ausbildung sind beziehungsweise diese bereits abgeschlossen haben, die **Möglichkeit einer Nachdiplomierung** geboten wird. Das wäre ja auf der Basis des vorgelegten Gesetzentwurfs möglich, denn Berufsakademien dienen auch der Weiterbildung und können Veranstaltungen der Weiterbildung sowie Aufbaustudiengänge anbieten. Die erforderlichen

(Ursula Röper)

Kriterien dafür müßten mit der WAK und den IHKS erörtert und dann in einer Verordnung festgelegt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, insgesamt gibt es keine unüberwindlichen Hindernisse bei unseren vorgeschlagenen Änderungen, so daß ich hoffe, daß die weiteren Beratungen zügig vorangehen und wir das Gesetz im Herbst verabschieden können.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die SPD-Landtagsfraktion begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf. Nach einer längeren Vorgeschichte haben wir jetzt einen Beratungsgegenstand in der Hand, der es uns ermöglicht, den gesamten Bereich des **tertiären Ausbildungssektors** durch eine **weitere Variante** zu ergänzen. Das ist allein schon deswegen gut, weil dadurch mehr Konkurrenz, mehr Markt in den Bildungsbereich Einzug hält.

Ich möchte nicht auf die Details eingehen, die die Ministerin vorgetragen hat, auch nicht auf jeden Punkt, den die Kollegin Röper hier vorgestellt hat; das wird der Ausschußberatung vorbehalten bleiben. Ich darf aber trotzdem darauf hinweisen, daß ein paar der Dinge, Frau Röper, die Sie vorgetragen haben - das gilt vor allem hinsichtlich der Fristen -, Dinge sind, über die man sicherlich vernünftig reden kann und die nachvollziehbar sind. Man muß auch sehen, welche der Dinge, die Sie vorgetragen haben, nicht schon durch den Gesetzestext abgedeckt sind und wo wirklich Änderungsbedarf besteht.

Für die Beratungen im Ausschuß möchte ich auch noch einmal deutlich auf folgendes hinweisen. Vorhin ist der Begriff Kompromiß gefallen. Das klingt immer so, als wäre das keine optimale, sondern eine suboptimale Lösung. Die ist es, glaube ich, nicht. Wir müssen uns nur deutlich vor Augen führen: Wenn wir verschiedene Bildungseinrichtungen haben, die miteinander konkurrieren, dann muß es klar sein, daß bei den Standards - sprich Vergleichbarkeit, wissenschaftliche Qualität, Subventionierung - und bei all den Dingen, die im einzelnen damit zusammenhängen, eine gerechte Grundsituation gegeben sein muß.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Das ist erforderlich. Ich glaube, daß der vorliegende Gesetzentwurf in dieser Richtung etwas sehr Ordentliches vorgelegt hat. Er dient sicherlich der Erreichung dieses Zieles.

Zum Schluß vielleicht nur noch soviel: Ich glaube auch, daß wir ein Auge darauf haben müssen, daß man in einer solchen Konkurrenzsituation im tertiären Bereich nicht nur über die Abgrenzung und Abpflockung von Interessen reden darf, sondern auch allen Beteiligten am Bildungssystem sehr ans Herz legen muß, daß jede Form von **Kooperation** sowohl zwischen den staatlichen Fachhochschulen, die ja mehr in berufsintegrierende Studiengänge gehen, den privaten Fachhochschulen und den verschiedenen Bereichen der berufsqualifizierenden, berufsbildenden Ausbildungsgänge, gegeben ist und genutzt werden muß.

Mein letzter Satz soll der sein: Es ist bisweilen in die Diskussion eingeführt worden, ob denn überhaupt ein Bedarf an einer Berufsakademie vom Typ II gegeben sei. Ich glaube, diese Diskussion müssen wir hier nicht ausführlich führen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Wenn es Anbieter gibt, die entsprechende Ausbildungsverträge vorlegen und die glauben, einen solchen Studiengang auf der Grundlage der Kriterien des Wissenschaftsrates finanzieren zu können, dann sollen sie es doch tun.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD] und Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Ich glaube, darüber müssen wir uns „keinen Kopf machen“. Lassen wir die, die das tun wollen, so agieren. Geben wir ihnen die entsprechenden Möglichkeiten. Ich freue mich auf die Ausschußberatungen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch nur auf einige wenige Punkte eingehen. Ich glaube, die Frage der **Finanzierungssicherheit** und der **Bedarfsprüfung** sollte man durchaus ernst nehmen; denn wenn wir zum Teil subventionieren und nachher Berufsakademien haben, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen und bei denen der Bedarf nicht vorhanden ist, dann stehen wir sicherlich vor dem Problem, daß in dem

(Matthias Böttcher)

einen oder anderen Fall doch wieder Subventionen gefordert werden.

Wir sollten auch darauf achten, daß die Trennschärfe zu den normalen Fachhochschulen erhalten bleibt. Wir dürfen keine Regelungen treffen, nach denen ein „Billigdiplom“ erstanden werden kann. Schließlich müssen wir auch Voraussetzungen für diese privaten Anbieter schaffen, weil sie ja in der Regel davon leben, daß sie sich zu einem bestimmten Preis um Studierende bemühen müssen, was angesichts des Marktes für diese Ausbildung im Land bei qualitativ gleichen Standards dann natürlich auch etwas kostet. Ich glaube, die Ausbildung zum Beispiel bei der Nordakademie kostet 10.000 DM.

Wenn wir den Berufsakademien sozusagen bei ungleichen Bedingungen die Möglichkeit geben, das gleiche Diplom zu verleihen, und zwar zu wesentlich niedrigeren Kosten, schaffen wir - so sage ich einmal - einen unlauteren Wettbewerb und eine ungleiche Konkurrenzsituation. Das darf nicht passieren.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Der Gesetzentwurf ist ja - Frau Böhrk hat das bereits angesprochen - nach den Beratungen am Runden Tisch doch in einer ganzen Reihe von Punkten geändert worden. Ich glaube, daß die Diskussion darüber im Ausschuß noch einmal im einzelnen stattfinden kann. Dort wird sicherlich auch noch eine Anhörung durchgeführt werden. Aber auch dann, wenn der Ruf der Kammern nach Anerkennung der Berufsakademien und zur Verleihung der gleichen Abschlüsse sehr laut ist, muß man sich das wirklich sehr genau angucken, damit die Folgen auch beherrschbar bleiben

(Ursula Röper [CDU]: Es sind ja nicht die gleichen Abschlüsse! - Martin Kayenburg [CDU]: Das hat er noch nicht erkannt!)

und wir bestehende Einrichtungen nicht durch gesetzliche Regelungen gefährden. Das wollen wir ja alle nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 17. Juni 1993 habe ich im Landtag an diesem Rednerpult ausgeführt:

(Holger Astrup [SPD]: War das ein Feiertag?)

„Ein Berufsakademiegesetz ohne Diplom ist wie ein Haus ohne Dach.“ Wir haben dann nach der Einbringung des Berufsakademiegesetzes - damals durch Frau Ministerin Tidick - über eine **Entwicklungsperspektive** für die **Berufsakademien** diskutiert, die eine Anlehnung an das Modell von Baden-Württemberg einschließen sollte. Wir als F.D.P.-Fraktion haben in der vergangenen Wahlperiode Ende Oktober 1995 einen Antrag eingebracht, der jenen Berufsakademien, die die Qualitätsanforderungen der baden-württembergischen Berufsakademien erfüllen, das Recht gibt, dann auch ein BA-Diplom, ein Berufsakademie-Diplom, zu verleihen.

Herr Kollege Böttcher, die Evaluierung der baden-württembergischen Berufsakademien durch den Wissenschaftsrat - ich habe das Gutachten mitgebracht - hat eindeutig nachgewiesen, daß diese Einrichtungen - wie gesagt: mit dem entsprechenden **Anforderungsprofil**, was Studieninhalte, Studienumfang, Qualifikation der Lehrenden angeht - dem Niveau eines Fachhochschuldiploms entsprechen. Das ist das Ergebnis einer sehr kritischen Prüfung durch den Wissenschaftsrat, der ja als unabhängige Gutachterinstanz im Hochschulbereich allgemein Anerkennung findet.

Ich bin sehr froh darüber, daß jetzt - fast auf den Tag genau fünf Jahre, nachdem wir in der vergangenen Wahlperiode diesen Anstoß gegeben haben - die Regierung diesen Anstoß aufgreift und mit ihrem Gesetzentwurf mit der Perspektive einer Berufsakademie vom Typ II diese **Entwicklungschance** für solche Einrichtungen auch in unserem Lande gibt. Das ist um so wichtiger, als mit der vom Landtag - von der Regierungsmehrheit - getroffenen Grundsatzentscheidung, daß die institutionellen Zuwendungen für die Berufsakademie an der WAK Schleswig-Holstein auslaufen sollen, deren weitere Existenz nun davon abhängt, daß sie auf dem Bildungsmarkt den Interessenten auch ein Angebot unterbreiten können, daß sie ihnen eben - bei einer Vollfinanzierung durch Studiengebühren; das ist ja immerhin ein erheblicher Aufwand für diejenigen, die dieses Bildungsangebot wahrnehmen - einen Abschluß mit dem BA-Diplom bieten können, mit dem sie dann auf dem Arbeitsmarkt auch mit Absolventen vergleichbarer Bildungseinrichtungen konkurrieren können.

Das ist jetzt auch eine Frage der **Gerechtigkeit** und der **Wettbewerbsfähigkeit** wie auch des Überlebens der Berufsakademie an der WAK Schleswig-Holstein. Sie wird mit dieser Umwandlung, die sie ja seit langem anstrebt und die sie nach der Verabschiedung

(Dr. Ekkehard Klug)

des Gesetzentwurfs der Regierung einleiten möchte, ihren Charakter - nicht nur, was ihre inhaltliche Profilierung angeht, also die Angliederung an den Typ Baden-Württembergs - völlig ändern, sondern sie wird sich auch quantitativ erheblich ändern, nämlich - um es einmal klar und deutlich zu sagen - massiv schrumpfen. Sie war einmal unter den alten Konditionen eine Berufsakademie mit rund 500 Studierenden; nach Schätzungen der Einrichtung werden es in Zukunft - soweit ich es weiß - vielleicht 100 Studierende sein, die unter den neuen Bedingungen an dieser Akademie mit dem Ziel eines BA-Diploms einen Abschluß anstreben. Es wird also eine Einrichtung werden, die wesentlich kleiner ist als die alte, uns allen bekannte Berufsakademie in Kiel.

Wenn es dieses Gesetz nicht gäbe, würde auch dieser Weg versperrt, dann würde die Einrichtung völlig „plattgemacht“; sie würde verschwinden, weil es eben für ein Angebot des alten Typs auf dem Ausbildungsmarkt keine Interessenten gibt.

Gestatten Sie mir ganz kurz noch zwei Anmerkungen. Ich halte es ebenfalls für sehr notwendig, Regelungen zu finden, um unter bestimmten Bedingungen - das ist sicherlich nicht ohne ein Ergänzungsstudium in irgendeiner Form realisierbar - auch den früheren Absolventen der Berufsakademie eine **Nachdiplomierung** zu ermöglichen. Das ist ein Petikum, das ich auch im Ausschuß noch einbringen werde.

Zum zweiten sollten wir uns auch darüber unterhalten, wie es mit dem **Auslaufen der Fristen für die institutionelle Förderung** aussieht. Sie haben diese Frist in dem Gesetzentwurf ja an den Zeitpunkt der Antragstellung auf Umwandlung in den Typ II gekoppelt. Nun sieht die Berufsakademie der WAK natürlich zu Recht das Problem, daß die Bearbeitung des Antrags möglicherweise recht lange dauern könnte. Was dies betrifft, müßte man dem Träger der Einrichtung auch eine gewisse Sicherheit bieten und eine Garantie geben, damit er nicht gewissermaßen auf dem Trockenen sitzt, wenn sein Antrag noch nicht endgültig „durch“ ist.

(Beifall der Abgeordneter Ursula Röper [CDU])

Wir wissen: Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Kunst - ich weiß jetzt nicht mehr die genaue Bezeichnung aus dem Kopf, Entschuldigung, Frau Ministerin - arbeitet manchmal nach dem alten KMK-Motto mit dem Tempo einer griechischen Landschildkröte, das heißt verdammt langsam!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Tatsache, daß unser jetziges Berufsakademiegesetz erst zwei Jahre alt ist, mag es merkwürdig erscheinen,

(Ursula Röper [CDU]: Das war schon damals nicht vollständig!)

daß das Gesetz neu aufgelegt werden muß. - Das ist richtig, Frau Röper; auch ich habe mir die alten Protokolle angeguckt.

Mit der Neufassung des Berufsakademiegesetzes soll aber das realisiert werden, was bereits bei der Verabschiedung des Gesetzes in seiner heutigen Fassung diskutiert worden ist.

(Ursula Röper [CDU]: Es wird wieder einem CDU-Antrag gefolgt!)

Der Gesetzentwurf trägt dem damaligen Wunsch der Berufsakademie insofern Rechnung, als zwei unterschiedliche Ausbildungsgänge ermöglicht werden. Der Abschluß nach dem neuen sogenannten Typ II sieht die **Verleihung der staatlichen Abschlußbezeichnung** „Diplom“ mit dem Klammerzusatz „BA“ vor. Daher begrüßt der SSW die Vorlage einer Neufassung des Berufsakademiegesetzes ausdrücklich. Der SSW befürchtete ja bei der Annahme des heute geltenden Gesetzes, es könnte noch sehr lange dauern, bis in diesem Punkte etwas geschehen würde.

Generell ist in den letzten Jahren hinsichtlich bestimmter Abschlußbezeichnungen eine Art Aufbruchstimmung zu verzeichnen. Die Diplom-Betriebswirtinnen und Diplom-Betriebswirte waren seinerzeit ziemlich sauer, als die Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen die Möglichkeit erhielten, sich genauso zu nennen - natürlich versehen mit dem Klammerzusatz „FH“. Es wurde die Befürchtung geäußert, potentielle Arbeitgeber würden den Klammerzusatz übersehen.

Tatsächlich aber hat sich gezeigt, daß Arbeitgeber den Unterschied zwischen Hochschule und Fachhochschule sehr genau kennen und auch sehr bewußt auswählen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Daß die Praxis häufig Absolventinnen und Absolventen mit praktischen Erfahrungen bevorzugt, ist lediglich ein Plus für die Fachhochschulen. Es ist aber

(Anke Spoorendonk)

mit Sicherheit nicht auf eine Verwechslung aufgrund der Berufsbezeichnung zurückzuführen.

Wichtig für den neuen Typ II an der Berufsakademie wird die Vergleichbarkeit der theoretischen Seite mit den Anforderungen an Fachhochschulen sein. Diesem Erfordernis trägt der Gesetzentwurf - soweit wir dies auf den ersten Blick beurteilen können - Rechnung.

An zwei Stellen haben wir jedoch Verständnisschwierigkeiten. Dies betrifft einmal die Anforderungen, die in finanzieller Hinsicht an die Gründung einer Berufsakademie gestellt werden. Auch sie sind einer Veränderung unterzogen worden. Uns geht es dabei um die fiktive Frage der Chancen für neu zu gründende Berufsakademien. Wir haben im Lande ja nur eine Berufsakademie, und dabei wird es ja vielleicht auch bleiben.

(Ursula Röper [CDU]: Zwei!)

Herr Kollege Klug sprach ja auch schon die Perspektiven an.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Es gibt inzwischen zwei!)

- Okay! Sollen die Summen hinterlegt werden, die in der Begründung zu § 3 Abs. 1 Nr. 7 aufgeführt sind? Das ist die Frage. Es wird bei den **finanziellen Voraussetzungen** ein Unterschied zwischen Typ II und Typ I gemacht. Ich verstehe das so, daß die Ausbildung im Falle des Typs II nur an der Fachhochschule beendet werden kann, wenn die Berufsakademie auch für den Fall ihres Niedergangs die Gewähr dafür übernimmt, daß die Studierenden ihr Studium ordnungsgemäß beenden können.

Insgesamt stellen wir uns hinsichtlich dieser neuen Finanzierungserfordernisse die Frage, ob Neugründungen unter diesen Umständen überhaupt noch eine theoretische Chance hätten.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist ja gerade passiert!)

Ich hoffe, daß diese Fragen im Ausschuß beantwortet werden.

Eine weitere Frage ergibt sich hinsichtlich der **Studierendenmitbestimmung**. Diese soll sichergestellt werden, heißt es im Gesetzentwurf. Das ist ja auch schön und gut so. Wo bleibt aber für eine solche Mitbestimmung Platz, wenn die Mitwirkung der Studierenden in der Dozentenkonferenz nicht vorgesehen ist? Auch dies ist eine Frage, die in der Ausschußberatung noch zu klären sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Bildungsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein und werden um 15:00 Uhr mit der Beratung der Tagesordnungspunkte 29 und 15 fortfahren.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:09 bis 15:02 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 29 und 15 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Volksbegehren „WIR gegen die Rechtschreibreform“

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/1527

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1576 (neu)

b) Feststellung der Zulässigkeit des Volksbegehrens „WIR gegen die Rechtschreibreform“

Anträge der Fraktion der CDU
Drucksachen 14/1490 und 14/1570

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1577

Ich erteile zunächst dem Herrn Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Maurus, das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Innen- und Rechtsausschuß hat sich in seiner Sitzung am 24. Juni 1998 mit dem Volksbegehren „WIR gegen die Rechtschreibreform“ beschäftigt.

Er unterbreitet dem Landtag einstimmig folgende Beschlußempfehlung:

(Heinz Maurus)

„1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, daß bei einer Gesamtzahl von 2.126.363 Beteiligungsberechtigten mit 223.388 gültigen und 73.263 ungültigen Eintragungen das in Artikel 42 Abs. 1 Satz 3 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein festgesetzte Quorum erreicht ist.

2. Das Volksbegehren ‚WIR gegen die Rechtschreibreform‘ ist zustande gekommen.“

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. - Wird das Wort zur Begründung der Anträge der Fraktion der CDU gewünscht? - Das ist auch nicht der Fall. - Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 21. Februar 1997 haben wir uns hier das erste Mal mit dem Thema Rechtschreibreform auseinandergesetzt. Anlaß waren damals bereits das Anliegen der Volksinitiative „WIR gegen die Rechtschreibreform“ und ein Runderlaß der Bildungsministerin vom 5. November 1996 zur Umsetzung der deutschen Rechtschreibung an den Schulen in Schleswig-Holstein.

Der Erlaß gibt vor, daß die Neuregelungen der nach wie vor umstrittenen und heftig diskutierten Rechtschreibreform zum 1. August 1998 in Kraft treten sollen.

Wir haben Sie damals gebeten, den Erlaß auszusetzen, bis über die in einzelnen Bundesländern laufend Volksinitiativen gegen die Rechtschreibreform abschließend entschieden worden ist.

Wir haben unsere **verfassungsrechtlichen Bedenken** deutlich gemacht und darauf verwiesen, daß es nicht einzusehen sei, daß die Reform der Oberstufe an Gymnasien sowie die Einführung des Sexualkundeunterrichts an den Schulen der Zustimmung der Legislative bedürfe, aber so etwas Wesentliches wie die Neuordnung der deutschen Sprache der Kulturministerkonferenz - einem Koordinierungsgremium der Exekutive - überlassen bleiben solle.

Ich nenne hier noch einmal das Stichwort: **Wesentlichkeitstheorie**. Dies hat Sie ja alles nicht weiter interessiert.

Die Bildungsminister mußten - wie sie es sich vorgenommen hatten - analog ihrer Beschlüsse in der Kultusministerkonferenz mit dem Kopf durch die Wand. Kritik von Wissenschaftlern und namhaften Schriftstellern wurde genauso ignoriert wie Bedenken von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Parlamentariern beiseite geschoben wurden.

Mittlerweile haben sich die Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte mit der Reform befaßt. Das Bundesverfassungsgericht wurde angerufen. Am 14. Juli 1998 wird dort entschieden.

In Schleswig-Holstein kam die Volksinitiative „WIR gegen die Rechtschreibreform“, wie wir am 10. April 1997 bestätigten, zustande. Am 24. April 1997 haben wir uns mit ihr und ihrem Anliegen auf Änderung des Schulgesetzes im Plenum befaßt. Im folgenden Verfahren waren Sie wieder nicht bereit, sich auch nur einen Millimeter zu bewegen.

Die Kultusministerkonferenz soll im März 1997 sogar diskutiert haben, notfalls durch Verbote der Volksbegehren oder durch ihre Ablehnung in den Landtagen die Einheitlichkeit der Rechtschreibung zu sichern. Das ist wirklich starker Tobak. Dies zeigt, wie verbissen mittlerweile die Frage der Rechtschreibreform von den Bildungsministern der Länder gesehen wird.

Heute haben wir nach Artikel 42 Abs. 1 Satz 3 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein festzustellen, daß das Volksbegehren zustande gekommen ist. Wenn Sie sich ansehen, mit welchem Ergebnis dieses Volksbegehren aufwarten kann, dann muß Ihnen dies doch langsam zu denken geben. Von 2.126.363 Beteiligungsberechtigten wurden 223.388 gültige Stimmen erreicht. Fast 300.000 Menschen haben sich beteiligt. Hier kann man nur feststellen, dies ist ein toller Erfolg, den die Initiative „WIR gegen die Rechtschreibreform“ errungen hat.

(Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Wir sollten dieses Ergebnis gemeinsam akzeptieren und nicht versuchen, neue künstliche Hürden aufzubauen. Der 27. September 1998, der Tag der **Bundestagswahl**, bietet sich zur Durchführung des Volksscheides regelrecht an. Es geht hier längst nicht mehr nur um die Rechtschreibreform. Es geht hier um die Frage, wie dieses Parlament mit den verfassungsmäßig verbrieften Rechten auf mehr Bürgerbeteiligung umgeht.

Was nützen die schönsten verbrieften Rechte, wenn sie aufgrund zu hoher Hürden, die außerhalb der Gesetzesvorgaben noch zusätzlich aufgebaut werden, nicht eingefordert werden können? In diesem Falle wird Gesetzesoption zur Mogelpackung. Bereits das bestehende Quorum ist - wie die jüngste Vergangen-

(Heinz Maurus)

heit auch gezeigt hat - gar nicht so einfach zu erreichen. Wie viele erfolgreiche Volksinitiativen, Volksbegehren oder Volksentscheide gab es denn bisher in unserem Land?

Die Volksinitiative zur Verkleinerung des Landtages von 75 auf 50 Abgeordnete blieb erfolglos. Die Volksinitiative der Nordelbischen Kirche zum Buß- und Betttag - ohne Erfolg. Die Volksinitiative zur Rettung der Reiterstaffel - erfolglos. Lediglich der Volksinitiative gegen die Schankerlaubnis und Getränkesteuer war Erfolg beschert.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte hier nun gar nicht werten, sondern lediglich an die Diskussion zur Änderung der Landesverfassung erinnern. Gerade Sie, meine Damen und Herren von der SPD, waren es, die deutlich machten, daß sich direkte Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern bereits aus Artikel 20 unseres Grundgesetzes ableiten ließen und nach mehr als 40 Jahren auch eine Landesverfassung um mehr Elemente direkter Demokratie erweitert werden müsse, da dies auch die politische Mündigkeit des Volkes unterstreiche.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wie formulierte doch der Abgeordnete Arens in der Debatte:

„Dem Volk in seiner Gesamtheit ist die politische Mündigkeit ebenfalls und ohne Abstriche zuzusprechen.“ Ich denke schon, daß es sich lohnt, über diesen Gesichtspunkt zwischen der ersten und zweiten Lesung noch einmal sehr intensiv nachzudenken.“

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Karl-Otto Meyer vom SSW führte aus, „es besteht Anlaß genug, die Initiativen aus dem Volk verstärkt zu berücksichtigen“.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Hört, hört!)

„Die Bestimmungen des Artikels 42 der Landesverfassung - Volksbegehren und Volksentscheid - geben der Bevölkerung weitere Möglichkeiten der Einflußnahme. Ferner sichern die Bestimmungen des Artikel 42 der Landesverfassung über das **Quorum** bei Volksbegehren, daß wir nicht zu willkürlichen Entscheidungen kommen.“

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Und die Grünen, die damals im Landtag noch nicht vertreten waren, lassen ohnehin keine Gelegenheit aus zu erklären, wie wichtig ihnen die Volksmeinung ist.

(Holger Astrup [SPD]: Aber Sie waren damals dabei! Da muß Ihnen das doch leichter fallen!)

Hier und heute können die Grünen ihren Worten Taten folgen lassen. Dies müßte ihnen um so leichter fallen,

(Beifall bei der CDU)

als ihre Basis auch im Sinne unseres Antrages diskutiert. Der Kreistag des Kreises Stormarn berät am Freitag einen Resolutionsantrag der Grünen mit dem Ziel, den Termin des Volksentscheides auf den 27. September 1998 zu legen. Wo also liegt das Problem? Mit Sicherheit nicht beim Bundesverfassungsgericht.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo bleibt nun die CDU-Stellungnahme?)

Mögliche Handlungsempfehlungen können, falls es erforderlich sein sollte, immer noch rechtzeitig aufgenommen werden. Die vom Bildungsministerium mit Schreiben vom 15. Juni 1998 vorgetragene Argumentation auf Aufschub des Termins des Volksentscheides bis nach der Bundestagswahl ist nicht schlüssig. Richtig ist - das wird dort auch zum Ausdruck gebracht -, daß das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und das Volksbegehren beziehungsweise der Volksentscheid grundsätzlich voneinander unabhängig sind.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Ich wiederhole: daß das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und das Volksbegehren beziehungsweise der Volksentscheid tatsächlich voneinander unabhängig sind.

Die Bedenken gegen den Gesetzentwurf der Initiative „WIR gegen die Rechtschreibreform“ hinsichtlich des Bestimmtheitsgebotes sind übrigens auch im Zuge der vergangenen Beratungen im Innen- und Rechtsausschuß mit dem Wissenschaftlichen Dienst, dem Innenministerium und auch den Antragstellern erörtert worden. Wir waren damals zu dem Schluß gekommen, daß die getroffenen Formulierungen den Anforderungen an das Bestimmtheitsgebot gerecht werden. Von daher nochmals unser Appell: Lassen Sie uns

(Heinz Maurus)

jetzt keine künstlichen Hürden aufbauen; lassen Sie uns jetzt dieses Volksbegehren tatsächlich so durchführen, wie es im Sinne der Landesverfassung ist. Unterstützen Sie unseren Antrag auf Durchführung des Volksentscheides am 27. September 1998. Lassen Sie uns die Bürgerbeteiligung ernst nehmen.

Ich möchte noch kurz auf unseren Antrag Drucksache 14/1490 zu sprechen kommen. Dies war der Dringlichkeitsantrag, der durch die Feststellung des Quorums heute für erledigt erklärt werden kann.

Sie, meine Damen und Herren von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, haben vor etwa einer Stunde zwei weitere Anträge vorgelegt, einmal den Antrag Drucksache 14/1577, in dem Sie beantragen, „der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet den Landtagspräsidenten, als Termin für den Volksentscheid zur Rechtschreibreform den 27.09.1998 festzulegen,“ - soweit sind wir einer Meinung; nur dann formulieren Sie so weiter -: „sofern die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes keine Bedenken an den Formulierungen des vorliegenden Begehrens aufwirft“.

(Konrad Nabel [SPD]: Lesen Sie genau!)

„Formulierungen des Begehrens“ sind nicht Bestandteil der Verfassungsklage gewesen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Bei der Verfassungsklage ging es vielmehr um eine elterliche Frage, die sich auf das Grundrecht bezog. Dies darf ich noch einmal klar herausstellen.

(Zuruf und Unruhe)

Ihren zweiten Antrag in Drucksache 14/1576 (neu) erachte ich im Grunde genommen als überflüssig. Lassen Sie uns den Antrag der Initiative „WIR gegen die Rechtschreibreform“ zur Abstimmung bringen. Lassen Sie die Bürger sich hierüber im Lande eine Meinung bilden. Wenn dann durch das Verfassungsgericht Rechtsmängel festgestellt werden sollten, haben Parlament und Regierung immer noch die Möglichkeit, entsprechend einzugreifen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich das Wort einem weiteren Redner erteile, möchte ich Gäste begrüßen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich bitte um Aufmerksamkeit. Meine Damen und Herren, ich wollte gerade Gäste auf der Tribüne begrüßen - wenn ich darf -, nämlich einmal Mitglieder der Volksinitiative in der Loge, zum zweiten Mitglie-

der der DRK-Ortsgruppe Nindorf sowie Mitglieder des Projektes „Frauen in öffentliche Ämter“, Reinbek, und Soldaten des 1. U-Bootgeschwaders „U 25“, Ekkernförde. Allen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr Demokratie wagen - in der Tat, Herr Maurus -, ist ein Grundgedanke im politischen Selbstverständnis der SPD Schleswig-Holsteins. Und mehr Demokratie wagen, war auch der Grund, warum auf Initiative der SPD vor fast genau acht Jahren die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheiden in die Landesverfassung aufgenommen wurde.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Sie können nicht auf das zu kurze Gedächtnis der Bürgerinnen und Bürger setzen und so tun, als sei die CDU schon immer dafür gewesen.

(Zurufe von der CDU: Das haben wir nicht gesagt!)

An die Debatten seinerzeit erinnere ich mich sehr gut. Sie haben damals das Gegenteil vertreten, und schon gar nicht waren Sie Befürworter eines möglichst niedrigen Quorums.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Auch das muß hier heute noch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben hier heute als Landtag festzustellen, daß der Volksentscheid „WIR gegen die Rechtschreibreform“ zustande gekommen ist. Über 223.000 Bürgerinnen und Bürger haben in Schleswig-Holstein ihre Unterschrift geleistet. Das nach der Landesverfassung erforderliche Quorum ist damit nicht nur erfüllt, sondern sogar übererfüllt. Und hierzu kann man den Initiatoren dieser Initiative - egal, wie man zur Rechtschreibreform selbst steht - nur gratulieren.

(Beifall im ganzen Haus)

Aus dem Zustandekommen dieses Volksentscheids ergibt sich nicht per se eine Festlegung des **Abstimmungstermins**.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Die Landesverfassung räumt dem Landtagspräsidenten eine Frist von neun Monaten ein. Dennoch haben

(Ute Erdsiek-Rave)

wir Verständnis für den Wunsch der Initiative - er ist auch verständlich, und es liegt auf der Hand, daß die Initiative das wünscht -, eine möglichst schnelle Entscheidung mit hoher Wahlbeteiligung zu bekommen.

Zu einer schnellen Entscheidung auch im Interesse der Schülerinnen und Schüler in unserem Lande sind wir bereit, und deshalb sprechen sich die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Termin 27. September 1998 aus. Viele Ihrer Einwände, Herr Maurus, hätten Sie sich sparen können. Ich will allerdings einräumen, daß wir es uns in der SPD mit dieser Frage nicht so ganz leicht gemacht haben. Ich will dazu noch einige Ausführungen machen.

Sie, die Sie sich in diesem Hohen Hause immer als Gralshüter der Verfassung darstellen, ausgerechnet Sie wollen jetzt in einer Entscheidung, deren Bedeutung wohl über die Grenzen dieses Landes etwas hinausgeht,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

den Spruch der Karlsruher Richter, den wir für den 14. Juli zu erwarten haben, ignorieren, und stellen sich hierhin und behaupten, daß eine hätte mit dem anderen nichts zu tun. Da sind wir allerdings anderer Auffassung.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

In **Artikel 42** der Landesverfassung ist ja nicht von ungefähr ausdrücklich die Prüfung der Zulässigkeit eines Volksbegehrens durch das Bundesverfassungsgericht vorgesehen für ganz bestimmte, damals auch besprochene Fälle. Nicht auszuschließen - für diesen Fall trifft unser Antrag Vorsorge - ist, daß das Verfassungsgericht am 14. Juli etwa vor dem Hintergrund der Einheitlichkeit von Regelungen ein verfahrensrelevantes Urteil trifft. Es könnte zum Beispiel sagen, daß die Rechtschreibung in Deutschland durch ein Bundesgesetz geregelt werden sollte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wäre anzunehmen!)

Diesen Fall können auch Sie nicht ausschließen. Auch wenn derzeit etwas anderes aus Bundeskreisen durch die Presse geht, können wir dies nicht ganz ausschließen, und dann würde dies in der Tat bedeuten, daß das Begehren, so wie wir es hier beschrieben haben, die Formulierungen des vorliegenden Begehrens Bedenken aufwerfen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann wären sie gegenstandslos!)

Das muß mindestens geprüft werden.

(Beifall bei der SPD)

Die endgültige **Terminfestsetzung** sollte deshalb erst nach der Prüfung des Bundesverfassungsgerichtsurteils erfolgen. Wir sind der Auffassung - das hat der Innenminister noch einmal bestätigt -, daß man dennoch den 27. September erreichen kann, wenn diese Bedenken nicht bestehen.

(Beifall von Abgeordneten der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muß hier in aller Deutlichkeit noch einmal gesagt werden.

Nach Artikel 42 Abs. 2 der Landesverfassung ist es zudem möglich, daß der Landtag einen eigenen Gesetzentwurf oder eine andere Vorlage zur Abstimmung stellt.

Meine Herren und Damen, wir haben heute morgen über Egoismen und über das Überwinden von Grenzen und die europäische nachbarstaatliche Integration gesprochen. SPD und Grüne haben sich deshalb zur Einbringung einer vom Text der Initiative abweichenden Vorlage entschieden. Schleswig-Holstein darf unserer Auffassung nach nicht zu einer Sprachinsel werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen keine babylonische Sprachverwirrung, und sympathische kleine gallische Dörfer gab es eben nur zur Römerzeit. Deshalb stellen wir mit folgender Vorlage unseren politischen Willen zur Abstimmung.

Unser Antrag lautet:

„Der Landtag wolle beschließen:“

- Die Vorbemerkung lasse ich weg. -

„In den Schulen wird die allgemein übliche deutsche Rechtschreibung unterrichtet. Als allgemein üblich gilt die Rechtschreibung, wie sie in der Mehrzahl der Länder der Bundesrepublik Deutschland für die Schulen verbindlich ist.“

Der Wissenschaftliche Dienst hat uns nach erneuter Prüfung vorgeschlagen, noch folgenden Satz hinzuzufügen:

„Die Abstimmungsfrage lautet wie folgt:
‘Stimmen Sie dieser Vorlage zu?’“

Ich will an dieser Stelle nicht verschweigen, daß es auch in meiner Fraktion berechtigte Bedenken gegen den Termin des 27. September, gegen eine Zusammenlegung von Volksentscheid und Bundestagswahl gab und gibt. Diese betreffen nicht so sehr, wie Sie vielleicht glauben könnten, die Sorge, die schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger könnten nicht zwischen der Notwendigkeit eines Regierungswechsels

(Ute Erdsiek-Rave)

sels in Bonn und dem Thema der Rechtschreibung differenzieren. Die Bürger sind manchmal mündiger, als Sie glauben.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden Sie ja sehen!)

Ich setze auf die Kraft der Aufklärung und der Vernunft.

Die erwähnten Bedenken betreffen die Sorge, daß mit der Zusammenlegung dem Geist der Einrichtung **plebiszitärer Elemente** widersprochen wird. Ich bitte Sie, dieses Argument ernsthaft abzuwägen. Das Parlament hat bei der Einführung von Volksinitiative und Volksentscheid sehr wohl abgewogen, welche Hürden aufzustellen sind, um die Bedeutung eines Anliegens herauszustellen, das den Grundsatz der repräsentativen Demokratie aufhebt. Herr Maurus, es wird umgekehrt ein Schuh daraus: Diese Hürden - unter anderem diejenige, daß sich mindestens ein Viertel der Stimmberechtigten für den Entscheid ausspricht - werden durch die Zusammenlegung mit der Bundestagswahl umgangen. Das ist doch wohl klar.

(Zuruf von der CDU: Wieso denn das?)

Dieses widerspricht auch der Chancengleichheit von Volksentscheiden generell.

(Zuruf von der CDU: So ein Quatsch!)

Ich habe deshalb Respekt vor jenen, die die politischen Mehrkosten für höher halten als die verwaltungsmäßigen, obwohl man auch diese natürlich nicht ignorieren darf. Ich habe diese Bedenken hier herausgestellt, weil wir über diese Frage ebenso wie über die verfassungsrechtliche Frage und die Frage, wie man grundsätzlich mit Volksentscheiden umgeht, sehr ausführliche, gründliche und intensive Diskussionen geführt haben. Bei Ihnen ist das offenbar nicht der Fall gewesen.

Die SPD verweigert sich dem Wunsch nach einer schnellstmöglichen Durchführung des Volksentscheides zur Rechtschreibreform nicht. Eine Zusammenlegung von Volksentscheiden und Wahlen muß aber auch in Zukunft die Ausnahme sein; sie darf nicht die Regel sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehe davon aus, daß Sie unserem Antrag zustimmen können, weil Sie sich den von mir vorgetragenen Bedenken nicht werden verschließen können. Weiterhin gehe ich davon aus, daß sich diejenigen in diesem Hause, die sich seinerzeit grundsätzlich für die Rechtschreibreform ausgesprochen haben, einer Alternative, wie wir sie vorschlagen, ebenfalls nicht verschließen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum zweitenmal seit Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid werden die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes über eine landespolitische Frage unmittelbar entscheiden. Die Frage lautet: Soll zukünftig an schleswig-holsteinischen Schulen die neue Rechtschreibung unterrichtet werden, auf die sich alle deutschsprachigen Länder verständigt haben, oder soll sie das nicht?

Das Volksbegehren der Initiative „WIR gegen die Rechtschreibreform“ ist zustande gekommen. Das verfassungsmäßige Quorum der Unterstützung von 5 % der Wahlberechtigten ist nicht nur erreicht, sondern weit überschritten worden. Von einer kleinen Partei muß hier schon einmal gesagt werden, daß einen dabei der Neid ankommt. Wir wollen aber nicht neidisch sein, sondern sprechen unsere Glückwünsche zu diesem Erfolg aus. Das ist keine Frage.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Fraktion hat sich von Anfang an dafür eingesetzt, daß eine breite Beteiligung an der Volksabstimmung möglich wird. Die **Zusammenlegung** mit der **Bundestagswahl** am 27. September ist naheliegend, zumal damit auch Kosten gespart werden können. Deswegen haben wir zusammen mit unserem Koalitionspartner den Antrag eingebracht, daß der Landtag sich für einen Volksentscheid am 27. September ausspricht.

Eine Unwägbarkeit wird allerdings durch das Verfahren hervorgerufen, das andere Gegner der Rechtschreibreform vor dem Bundesverfassungsgericht angestrengt haben. Das Gericht hat sein Urteil in diesem Verfahren für den 14. Juli angekündigt. Es ist durchaus möglich, daß dieses Urteil Auswirkungen auf den Volksentscheid haben wird. Gerade weil das Thema Rechtschreibung soviel Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, müssen wir um eine Regelung bemüht sein, die der Prüfung des Verfassungsgerichtes standhält.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Irene Fröhlich)

Wir haben deshalb unsere Befürwortung der Zusammenlegung von Volksbegehren und Bundestagswahl unter den Vorbehalt gestellt, daß das Bundesverfassungsgericht keine Bedenken im Hinblick auf die Formulierungen des vorliegenden Begehrens erhebt. Wir wollen eine breite Beteiligung an dieser Volksabstimmung. Das ist keine Frage. Wir halten eine Zusammenlegung der Wahl und der Volksabstimmung auch dann noch für möglich, wenn der Gerichtstermin des 14. Juli noch abgewartet wird. Der Landesabstimmungsleiter kann alle erforderlichen Vorbereitungen treffen, und gegebenenfalls kann dann am 15. oder 16. Juli quasi per Mausclick die Maschinerie anlaufen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist übrigens interessant, daß Herr Kayenburg hier zum Thema der Errichtung des Gebäudemanagements gefordert hat, wir sollten bei der dringend erforderlichen Reformierung der Landesverwaltung eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abwarten - obwohl ein Verfahren beim Gericht noch gar nicht eingeleitet worden ist. Im Falle des Volksbegehrens fordert die CDU nun aber die Festlegung auf den 27. September, obwohl über eine dafür äußerst entscheidende Frage erst in zwei Wochen entschieden wird. Das ist ein schönes Beispiel dafür, wie die CDU wieder einmal lautstark jede Chance zum Populismus nutzt, was in diesem Falle allerdings noch durchsichtiger als sonst ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Gestatten Sie mir noch einige Worte betreffend das Inhaltliche der Rechtschreibreform. Ich empfinde es als äußerst befremdlich, daß von seiten der Reformgegner eine Stimmung verbreitet wird, als wenn aufgrund der Änderung der Rechtschreibregeln für Schulkinder der kulturelle Untergang des Abendlandes unmittelbar bevorstehe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch ich bin der Meinung, daß Sprachen - ich spreche hier ausdrücklich im Plural - wichtige Kulturgüter sind, die gepflegt und geschützt werden müssen. Dabei kommt es allerdings nicht darauf an, daß die Orthographie, auf die wir uns vor 40, 100 oder sonst wieviel Jahren einmal geeinigt haben, für alle Zeiten zementiert wird. Wichtiger als die Schreibweise sind die Vielfältigkeit der Ausdrucksweise, der Erhalt des Wortschatzes und eine lebendige Weiterentwicklung der Sprache.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn ich mir die Briefe anschau, die uns Abgeordnete in den letzten Wochen zu diesem Thema erreicht

haben, wünsche ich mir sehr, daß soviel Aufmerksamkeit und Engagement auch den wirklich wichtigen Fragen unseres Landes gewidmet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich nenne hier unseren Umgang mit dem faktischen Ende der Arbeitsgesellschaft, Zukunftsperspektiven in ökonomischer und ökologischer Hinsicht, Europäisierung und Globalisierung. Ich könnte diese Liste beliebig erweitern.

Ich hoffe, wir und die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes vergessen bei dieser Debatte nicht, daß am 27. September so ganz nebenbei auch über die zukünftige Politik in Deutschland entschieden werden wird. Ich will übrigens auch dies nicht verschweigen: Ein Lichtblick in der Medienschlacht um dieses Thema war für mich der Kommentar von Stefan Richter im „Flensburger Tageblatt“. Mit seinem letzten Satz stimme ich allerdings nicht überein. Ich glaube, Bürgerinnen und Bürger sind sehr wohl in der Lage, am 27. September das eine von dem anderen zu trennen und entsprechend ihre Entscheidung zu treffen.

Um dies zu ermöglichen, haben wir einen eigenen Text vorgelegt. Dazu komme ich jetzt. Der Landtag hat seine Position zur neuen Rechtschreibung festgelegt, als wir den Antrag der Volksinitiative im vergangenen Jahr mehrheitlich abgelehnt haben. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist seither kein Grund sichtbar geworden, unsere Position zu ändern. Im Gegenteil, mittlerweile wird an den Schulen bereits nach der neuen Rechtschreibung unterrichtet - ebenso wie in allen anderen Bundesländern und im deutschsprachigen Ausland.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Die Schulbuchverlage haben Millionen von Büchern auf die neue Schreibweise umgestellt. Wir hätten uns eine umfassendere Rechtschreibreform - das habe ich bereits damals gesagt, und dabei bleibe ich auch - gewünscht. Vor allem die Einführung der gemäßigten Kleinschreibung ist in Deutschland längst überfällig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vor allem unter dem Aspekt der Europäisierung sollte es uns zu denken geben, daß wir, wie ich glaube, so ziemlich das letzte Land sind, das sich eine solche Antiquiertheit leistet. Wir hätten uns also etwas ande-

(Irene Fröhlich)

res gewünscht. Die gemäßigte Kleinschreibung steht auf unserem Wunschzettel obenan.

Trotzdem ist die Rechtschreibreform ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Sie führt zu einer Vereinfachung der Schreibweise vieler Wörter und der Kommaregeln. Sie entschärft damit viele orthographische Fallen, in die nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch die meisten Erwachsenen ihr ganzes Leben lang immer wieder hineintappen. Wir werden daher nach der Sommerpause nicht nur für einen politischen Wechsel in Bonn, sondern auch offensiv für die Beibehaltung der neuen Rechtschreibung an den Schulen Schleswig-Holsteins streiten und uns dafür stark machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dem soll auch dienen, daß wir - alternativ zur Formulierung der Volksinitiative - eine eigene Formulierung zur Abstimmung stellen, so daß man nicht nur mit Ja oder Nein stimmen muß, sondern auch sagen kann, wofür man positiv ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Volksbegehren gegen die **Rechtschreibreform** hat mit mehr als 223.000 Unterschriften das erforderliche Quorum bei weitem überschritten. Aus der Sicht der F.D.P.-Fraktion sprechen drei gute Gründe für das Datum 27. September 1998 als Termin für den Volksentscheid.

Erstens ist es nach unserer Auffassung ein Gebot demokratischer Tugend und Fairneß, am Tage der Bundestagswahl möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern die Chance zu geben, auch über diese Sachfrage zu entscheiden.

(Holger Astrup [SPD]: Die Chance haben sie immer!)

Zweitens würde die Zusammenlegung des **Abstimmungstermins** mit dem Tag der Bundestagswahl erhebliche Kosten sparen.

Drittens zieht sich das Hickhack um die Rechtschreibreform vor allem zu Lasten der Schülerinnen und Schüler schon viel zu lange hin. Eine Entscheidung - wie auch immer sie ausfallen wird - muß daher möglichst bald getroffen werden.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Auch das ist ein wichtiger Grund für einen möglichst frühen Termin, den 27. September.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Da haben Sie ausnahmsweise recht!)

Unser Votum zum Termin des Volksentscheids ändert im übrigen nichts an unserer Meinung in der damit zusammenhängenden Sachfrage. Ob man das Wort „Kuß“ mit „ß“ oder „ss“ schreibt, sollte unserer Ansicht nach nicht per Gesetz geregelt werden.

(Unruhe)

Nachdem schleswig-holsteinische **Schülerinnen und Schüler** seit zwei Jahren die neuen Rechtschreibregeln lernen, wobei die Schulen - wie man hört - gute Erfahrungen machen,

(Beifall bei der SPD)

würde ein Aus für die Rechtschreibreform vor allem auf dem Rücken der Kinder ausgetragen. Das sollte man den Bürgern deutlich sagen.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Kinder müßten nämlich etwa ab der Mitte ihrer Grundschulzeit noch einmal völlig neu umlernen, was die Rechtschreibung angeht. Das muß man den Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Stimme bei der Volksabstimmung abgeben werden, deutlich sagen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Kollege Rossmann, wer aber **plebiszitäre Elemente** in unserer Landesverfassung grundsätzlich bejaht - sie sind ja vom Landtag 1990 mit Zweidrittelmehrheit eingeführt worden -, der muß solche negativen Konsequenzen notfalls mit in Kauf nehmen, wie auch Parlamente schlechte Gesetze verabschieden können.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich erinnere Sie an das Landesnaturschutzgesetz - da können Sie gern weiter klatschen -,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

an die Landesabfallabgabe, die für verfassungswidrig erklärt wurde, das Mitbestimmungsgesetz, das von Karlsruhe ebenfalls für verfassungswidrig erklärt wurde, oder das jüngste Haushaltsgesetz mit dem Immobiliendeal, der demnächst für verfassungswidrig erklärt werden wird. Das alles sind Gesetze, die vom Parlament verabschiedet worden sind, und es sind

(Dr. Ekkehard Klug)

schlechte Gesetze, die teilweise - wie gesagt - schon wieder rückgängig gemacht worden sind.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Ihre Meinung!)

Vielleicht sind die Bürger nach einem Urteil des **Bundesverfassungsgerichts**, das - wie ich hoffe - die völlig überdrehte Diskussion versachlichen wird,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

weise genug, nicht ein Gesetz zu beschließen, nach dem man künftig alle lieferbaren Bücher hinsichtlich der darin angewandten Schreibregeln überprüfen müßte.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das wäre der vollständige Triumph der Bürgerbeteiligung. Während nämlich Parlamentsmehrheiten - siehe die genannten Beispiele - zuweilen auch sehr schlechte Gesetze verabschieden, würde sich der Volkssouverän den Lorbeerkrantz der politischen Weisheit verdienen.

Als Liberaler ist man ja als Kind der europäischen Aufklärung optimistisch, man glaubt an den Fortschritt und die Vernunft.

(Holger Astrup [SPD]: Na ja, ziemlich theoretische Diskussion! - Weitere Zurufe)

- Nein, keineswegs, das ist eine sehr praktische Diskussion. Siehe die Meinungsänderungen, die wir immer wieder auf Ihrer Seite erleben, wenn Sie sich auf Positionen zubewegen, die wir in diesem Parlament seit langem vertreten.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Martin Kayenburg [CDU])

Fortschritt unter der Sonne gibt es doch noch, Kollege Astrup, wenn auch - wenn ich das mit Blick auf die SPD-Fraktion sagen darf - manchmal in sehr begrenztem Maße und sehr zäh.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich als SPD-Fraktion die Aufnahme plebiszitärer Elemente in die Landesverfassung stets als großes Verdienst angerechnet - zu Recht. Wenn Sie aber bei Ihren anfänglichen Trickereien geblieben wären - das muß ich hier leider so feststellen -, mit denen Sie die Zusammenlegung des anstehenden Volksentscheides mit dem Tag der Bundestagswahl ursprünglich torpedieren wollten, hätten Sie sich in der Tat der politischen Heuchelei selbst überführt.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist wirklich unfair!)

Es ist anzuerkennen, daß Sie da noch die Kurve zu dem gemeinsamen Antrag hinbekommen haben, Frau Kollegin Erdsiek-Rave.

(Zurufe)

In den Staaten, die schon längere Erfahrungen mit dem Instrument des Referendums, des Volksentscheides besitzen - beispielsweise Schweiz, USA

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bayern!)

und Bayern -, ist es übrigens üblich, daß man Referenden und Volksentscheide mit Wahlterminen verbindet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die schleswig-holsteinischen Wähler sind nicht dümmer als die Wähler in den USA, in der Schweiz oder in Bayern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie können die politische Wahlentscheidung vom Volksentscheid durchaus trennen, auch die Bürger in Schleswig-Holstein können das voneinander trennen. Die Bürger werden im übrigen quer über alle Parteigrenzen hinweg abstimmen. Das sagt mir meine Erfahrung aus der Diskussion über die Rechtschreibreform. Das hat mit Parteipolitik relativ wenig zu tun.

Das Lob, das wir den Sozialdemokraten hinsichtlich des Termins der Volksabstimmung letztlich doch noch aussprechen können, können wir ihnen leider nicht hinsichtlich ihres **Alternativantrages** geben, den sie zum Gesetzentwurf der Volksinitiative eingebracht haben. Ein Schulgesetz, das die Möglichkeit - die Möglichkeit! - eines von Bundesland zu Bundesland unterschiedlichen Rechtschreibunterrichts überhaupt ins Kalkül zieht, ist ein Zeugnis für Provinzialismus und Kleinstaaterei, wie man es sich schlimmer kaum vorstellen kann.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Ihr Alternativantrag spricht explizit von einer Mehrzahl der Länder der Bundesrepublik Deutschland, der sich Schleswig-Holstein hinsichtlich des Rechtschreibunterrichts anschließen soll. Damit wird implizit in einem Gesetz, das Sie machen wollen,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Nein, das ist kein Gesetz!)

von der Möglichkeit ausgegangen, daß in einer Min-

(Dr. Ekkehard Klug)

derzahl von Bundesländern andere Rechtschreibregeln unterrichtet werden könnten als in der Mehrzahl.

(Ursula Kähler [SPD]: Wo steht denn etwas von Gesetz?)

Das geht aus dem Wortlaut Ihres Gesetzentwurfes hervor.

(Ursula Kähler [SPD]: Wo ist denn da ein Gesetzentwurf?)

Vernünftigerweise kann das Schulgesetz unseres Landes - wenn man schon eine Alternativvorlage einbringt - nur einen **Rechtschreibunterricht** fordern, wie er in allen Bundesländern, möglichst im gesamten **deutschen Sprachraum** üblich ist. Vor allem, wenn man sich vorstellt, daß andere Länder ähnliche Gesetze beschließen könnten, haben wir am Ende, wenn das alle machen, überhaupt keine Regelung. Dann kann sich am Ende niemand irgend jemandem anschließen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich habe schon in der Landtagsdebatte über die Rechtschreibreform Anfang letzten Jahres gesagt: Für die F.D.P.-Fraktion ist ein zentraler Punkt in der ganzen Debatte, daß man jede Möglichkeit einer Auseinanderentwicklung in der Rechtschreibfrage von Bundesland zu Bundesland von vornherein kategorisch ausschließt. Da darf es keine Kleinstaaterei geben.

(Beifall bei der CDU)

Ich setze meine Hoffnung in die Karlsruher Verfassungsrichter, daß sie in ihrem Urteil - wie immer sie sich in der Sache entscheiden - auf jeden Fall festlegen werden, daß es eine bundesweit einheitliche Rechtschreibung im Unterricht an den Schulen geben muß.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist der Minimalkonsens politischer Vernunft, den es in diesem Lande geben muß.

Lassen Sie mich eines hinzufügen: In dem Alternativantrag der SPD und der Grünen ist im letzten Halbsatz hinsichtlich des Termins eine kleine Einschränkung formuliert worden, nach dem Motto: Man muß unter Umständen auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der Volksabstimmung und der zur Abstimmung stehenden Texte noch reagieren können. Das steht im letzten Halbsatz Ihres Antrages.

Wir als F.D.P. haben erfahren, daß der Landtagspräsident in großer Souveränität nach einem Urteil des Bonner Verwaltungsgerichts zu Lasten der F.D.P. Konsequenzen gezogen hat. Es ging da um Parteienfi-

nanz. Das ist anschließend allerdings wieder zurückgezogen worden.

Selbstverständlich gehen wir davon aus, daß der Präsident für den Fall, daß die Karlsruher Entscheidung irgendwelche Konsequenzen für die Volksabstimmung mit sich bringen sollte, in eigener Verantwortung Konsequenzen ziehen würde. Wenn er das bei Verwaltungsgerichtsurteilen - in diesem Fall des Verwaltungsgerichts Bonn - macht, wird er das wohl auch bei Urteilen des Bundesverfassungsgerichts in gleicher Weise tun. Dieses Grundvertrauen in den Präsidenten und seine Entscheidungen haben wir ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten, die wir in der Vergangenheit hinsichtlich des anderen Urteils mit ihm ausgetragen haben.

(Vereinzelter Beifall)

Was den Abstimmungstermin angeht, stimmen wir für den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion.

Ich sage Ihnen zum Schluß noch einmal: Ich hoffe nach wie vor auf Vernunft und Einsicht in der Sache.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine ausreichende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern des Landes Schleswig-Holstein hat mit der Unterzeichnung der Initiative „WIR gegen die Rechtschreibreform“ den Willen geäußert, daß die **Umsetzung der Rechtschreibreform** in Schleswig-Holstein nicht in der von der Kultusministerkonferenz vorgesehenen Weise durchgeführt werden soll; das wissen wir. Man mag zu dem Inhalt der Volksinitiative stehen, wie man will. Sie wissen, daß der SSW nach wie vor zu der Rechtschreibreform steht. Das erforderliche Quorum ist erreicht worden. Unsere Aufgabe ist es, die Bedingungen für eine Befragung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung zu schaffen.

Außer organisatorischen Problemen, die jetzt zur Lösung anstehen und die dem Innenminister zufolge schwierig genug sein können, ist vor allem die Frage nach dem **Zeitpunkt der Volksbefragung** zu klären. Es spricht einiges dafür, die Abstimmung mit der Bundestagswahl am 27. September zu koppeln. Zum einen spricht für die Zusammenlegung die Einsparung von mehreren Millionen Mark, die anders sicherlich besser ausgegeben werden können. Zum

(Anke Spoorendonk)

anderen müssen wir, wenn wir ein Instrument der direkten Bürgerbeteiligung befürworten, auch daran interessiert sein, daß eine hohe Beteiligung erreicht wird. Unabhängig vom Inhalt der Petition können Instrumente wie Volksbegehren und Volksentscheid nur dann dem demokratischen Zusammenleben dienen, wenn sie von so vielen Wählerinnen und Wählern wie möglich genutzt werden.

Gerade vor dem Hintergrund der teilweise katastrophalen Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl im März und dem Volksbegehren zum Buß- und Bettag muß uns daran gelegen sein, die Bevölkerung wieder zur demokratischen Teilhabe, zum Gang an die Urnen zu motivieren. Eine Koppelung mit der Bundestagswahl würde die Chancen für eine hohe Wahlbeteiligung beim Volksbegehren vermutlich verbessern.

Allerdings muß auch noch einmal unterstrichen werden, daß die Volksinitiative keinen rechtlichen oder moralischen Anspruch darauf hat, daß der Volksentscheid zeitgleich mit der Bundestagswahl durchgeführt wird.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenso wie die Kollegin Fröhlich möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß sich der Chefredakteur des „Flensburger Tageblatts“ in einem bemerkenswerten und sehr differenzierten Kommentar gerade zu dieser Frage geäußert hat.

Die Entscheidung über den Zeitpunkt ist eine Abwägung verschiedener Argumente. Es gibt keine Verpflichtung dazu, Volksabstimmungen mit Wahlen zu koppeln, wenn gewichtige formale und inhaltliche Gründe dagegen sprechen. Solche Gründe könnte es eventuell geben, wenn das **Bundesverfassungsgericht** sein Urteil - das wird voraussichtlich am 14. Juli der Fall sein - über eine Verfassungsklage gegen die Umsetzung der Rechtschreibreform auf dem Verordnungswege spricht.

Es sind Situationen denkbar, in denen eine Verschiebung des Volksbegehrens klüger wäre als das bedingungslose Festhalten am 27. September. Dies gilt vor allem dann, wenn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Rechtschreibreform Konsequenzen für die Ausgestaltung einer neuen Regelung hat.

Hinsichtlich der Formulierung des von der **Volksinitiative** vorgeschlagenen **Gesetzesentwurfs** gibt es juristische Bedenken. Die Vorlage der Initiative sieht zum Beispiel vor, daß für die Rechtschreibung folgende Aspekte maßgeblich sein sollen: erstens: die von der Bevölkerung seit langem anerkannte Schreibweise und zweitens die mehrheitlich verwendete Schreibweise in den lieferbaren deutschsprachigen Büchern. Es

wird Kritik in der Richtung geäußert, daß diese Kriterien nicht dem Bestimmtheitsgebot entsprechen. Diese Norm des Grundgesetzes sieht vor, daß Gesetzestexte präzise formuliert sein müssen. Erst wenn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorliegt, kann eine Aussage darüber getroffen werden, ob die von der Volksinitiative „WIR gegen die Rechtschreibreform“ vorgeschlagene Alternativregelung auch wirklich verfassungsmäßig Bestand hat. Das kann man vorher nicht genau sagen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. Erforderliche Konferenzen sollten nach draußen verlegt werden.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Den Einwurf, daß durch die vorliegende Formulierung Interpretationsprobleme entstehen oder daß sogar formale Einwände dagegen erhoben werden könnten, können wir also nachvollziehen. Deshalb möchten wir unsere Zustimmung zu einer Abstimmung zeitgleich mit der Bundestagswahl 1998 mit dem Junktim verbinden, daß die Verfassungsrichter solche Formulierungen als Grundlage für Rechtschreibregeln akzeptieren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sollte auch das Verfassungsgericht das Bestimmtheitsgebot verletzt sehen, dann bestünde Korrekturbedarf, der kaum innerhalb der gegebenen Fristen beseitigt werden könnte. In diesem Fall wäre, so denke ich, eine Verschiebung der Abstimmung erforderlich. Die Pleite mit der Abfallabgabe dürfte uns allen deutlich genug gezeigt haben, was passiert, wenn man handelt, ohne gründlich nachzudenken.

Bei der Abwägung zwischen dem Warten auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und den Argumenten für eine Volksbefragung kommen wir zu dem Schluß, daß eine Festlegung des Termins auf den 27. September mit Vorbehalten wegen der offensichtlichen Vorteile dieses Termins vertretbar und gerechtfertigt ist.

Eine Anmerkung muß ich noch an die Kolleginnen und Kollegen loswerden, die den 27. September über alles favorisieren. Auch wenn wir nicht bedingungslos die hohe Priorisierung des Termins am 27. September unterstützen können, darf nicht der Eindruck entstehen, wir Landtagsabgeordnete würden das Instrumentarium des Volksbegehrens nicht ernst nehmen, würden uns gar darüber hinwegsetzen. Herr

(Anke Spoorendonk)

Kollege Maurus, Ihr Beitrag ging ein bißchen in diese Richtung. Die Kollegin Ute Erdsiek-Rave sprach vorhin in ihrem Beitrag an, wie die Debatte 1990 zum Thema Volksentscheid beziehungsweise Volksbegehren verlief. Dem ist nichts hinzuzufügen. Ich möchte noch einmal an das alte Wort erinnern: Man sollte nicht mit Steinen schmeißen, wenn man selbst in einem Glashaus wohnt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb appelliere ich an alle Kolleginnen und Kollegen hier im Hause, die Debatte um das Wie des Volksbegehrens nicht im Rahmen der kommenden Bundestagswahl oder anderer parteitaktischer Profilierung zu instrumentalisieren. Der SSW steht zu den Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande, wie sie in der Landesverfassung festgeschrieben sind.

Die Berücksichtigung des zu erwartenden BVG-Urteils hat nichts damit zu tun, die Chancen der Volksinitiative auf eine Mehrheit schmälern zu wollen. Es geht hier nicht darum, einen Volksentscheid zu blockieren oder ihm die Luft abzudrücken. Vielmehr geht es um die Entscheidung darüber, wann wir die Initiative am besten so zur Abstimmung stellen, daß eine endgültige Entscheidung fällt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei liegen natürlich böse Unterstellungen nahe. Es ist also an uns allen im Landtag, an den Medien und auch an den Initiatoren des Volksbegehrens, diese Sache nicht für eigene Zwecke auszuschlachten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde schon, es muß anerkannt werden, wenn eine Fraktion in diesem Hohen Haus sagt, daß sie es sich mit einer Entscheidung nicht leichtgemacht hat. Ich denke, das muß nicht nur akzeptiert, sondern das muß auch respektiert werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sollte man sich für zu gut für billige Bemerkungen halten. Dadurch würde man nämlich dem Vertrauen in dieses Haus und alle seine Mitglieder mehr schaden, als man seinem eigenen demokratischen Anliegen diene.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zu den beiden Anträgen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen. Sie haben meinem Beitrag entnehmen können, daß wir beiden Anträgen zustimmen. Ich habe es bei meinem nichtjuristischen Sachverstand

auch nicht so aufgefaßt, daß es sich hierbei um einen Gesetzentwurf handelt. Soweit ich es sehen kann, wird gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf eine Vorlage da sein. Eine Vorlage ist meines Erachtens kein Gesetzentwurf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich lasse mich natürlich gern von meinen Kolleginnen und Kollegen der F.D.P. belehren.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Ministerin Böhrk das Wort.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Die Debatten um die neuen **Rechtschreibregeln** haben in den letzten Tagen immer dramatischere Züge angenommen. In der Diskussion der Inhalte schien es schon um das Ende der deutschen Schreibkultur zu gehen, und ich hatte bei den Debatten, die in der letzten Woche stattgefunden haben, mitunter den Eindruck, daß es um die Demokratie schlechthin geht.

Wir stehen gut eine Woche vor dem Urteil des **Bundesverfassungsgerichts** in Karlsruhe. Von diesem ist ein endgültiger Schlichtungsspruch zu erwarten, und zwar sowohl was das Verfahren bisher als auch was künftige Regelungskompetenzen anbetrifft.

Der Volksentscheid soll also heute unbedingt auf den Weg gebracht werden, damit er zusammen mit der Bundestagswahl erfolgen kann.

Die **Initiatoren des Volksentscheides** wollen - so hört man jedenfalls - das Bundesverfassungsgerichtsurteil im Zweifel nicht gelten lassen. Sie erklären, von Schleswig-Holstein aus sei die neue Rechtschreibung zu kippen, Verfassungsgericht hin oder her.

Ich räume gern ein, daß ich die Überhöhung der Thematik zu einem kulturpolitischen und ehernen Pfeiler der Demokratie betreffenden Grundsatzfrage nicht nachvollziehen kann. Es geht - ich wiederhole es - im Kern um die Fragen: Bringt die Erwachsenengesellschaft genügend Toleranz auf, ihren Kindern und den Erwachsenen, die die Schreibung neu lernen, dies zu erleichtern, und gehen die Kultusminister dazu den richtigen Weg? Dies ist völlig aus dem Blickfeld verschwunden. Statt dessen werden ganze Flakgeschosse auf die eine oder andere Ungereimtheit der neuen Regeln gerichtet, ganz so, als handele es sich um mosaikartige Schrifttafeln, in deren Stein sie gehauen würden.

(Ministerin Gisela Böhrk)

In der Debatte über das Volksbegehren ist bisher ein entscheidender Punkt nicht betrachtet worden, nämlich das absolute Novum, das es so wahrscheinlich auch nie wieder geben wird, daß nämlich in derselben Sache zum selben Zeitpunkt das Bundesverfassungsgericht entscheidet und gleichzeitig ein Volksentscheid möglich ist. Es ist möglich, daß sich diese beiden Entscheidungen widersprechen, und trotzdem ist der Volksentscheid nicht unmittelbar verfassungswidrig, nicht unmittelbar unzulässig.

Das Ganze ist schon ein wenig absurd; bestenfalls ist das, was wir in der Debatte gehört haben, märchenhaft. Deshalb möchte ich Ihnen ein Märchen aus dem Jahre 1999 erzählen. Anklänge an das kleine gallische Dorf sind durchaus beabsichtigt.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Scht, scht!)

Es handelt von der Zeit, in der die letzte große Rechtschreibschlacht geschlagen, der Kampf beendet war.

(Unruhe - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Scht, scht!)

Die Druiden in den roten Roben aus der Stadt Silentium Caroli hatten das ruchlose Tun der zu Schriftfürsten sich aufschwingenden Kultusminister für Recht erklärt.

(Heiterkeit bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie versetzten der alten Schreibweise den Todesstoß.

(Unruhe - Zurufe von der SPD: Scht, scht!)

- Da verstummten nicht nur Herr Kubicki und Herr Astrup, sondern auch die Dichter.

(Heiterkeit der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kein mahndend Wort drang mehr aus den elfenbeinerne Türmen zur Bewahrung des Alten. Die Zerstörer der alten Schreibweise zwangen die Schriftsetzer, ihre überzähligen Kommata in Dreifach-f und Doppel-s umzuschmelzen. Kultusbürokratische Viren zerfraßen die alten Rechtschreibprogramme der Computer, damit sich niemand mehr erinnern möge, wie man vor der letzten Schlacht Tolpatsch schrieb.

(Heiterkeit bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Einige wenige versteckten alte Schulbücher auf ihren Dachböden, und Großmütter erzählten von der Zeit, als die Kinder noch Kommaregeln und ihre Ausnahmen lernen mußten.

(Konrad Nabel [SPD]: Oh ja!)

Überall wurde die neue Rechtschreibung geschrieben. Wirklich überall?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

- Nein, ganz dort oben im Norden, an der Grenze zu jenen Barbaren, die weder die alte noch die neue Schrift benutzten,

(Heiterkeit bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

hauste ein kleines unbeugsames Völkchen. Sie hatten es geschafft. Hier sangen und schrieben die Dichter das Wort noch „überschwenglich“ mit „e“.

(Heiterkeit bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hier fehlte kein Komma und kein ß, hier übten die Mütter mit ihren Kleinen ohne Unterlaß die Regeln und die Abweichungen von den Regeln. Die Kinder weinten, die Lehrer demonstrierten für mehr Unterrichtsstunden zur Vertiefung der Rechtschreibkenntnisse -

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

die alte Schrift hatte gesiegt.

Wie konnte dieses Wunder geschehen? - An einem freundlichen Septembersonntag des Jahres 1998 strömten im ganzen Reich die Menschen herbei, um ihren pontifex maximus zu wählen.

(Heiterkeit der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Überall ging es um die alte oder die neue Politik. Wirklich überall? - Nein, ganz oben im Norden, dort ging es ums Ganze. Es ging dort um die alte oder die neue Rechtschreibung.

Als sich am Abend des Wahltages die Menschen vor ihren Guckkästen versammelten, die ihnen die Welt erklären, hatte das ganze Land die neue Politik gewählt, aber ganz oben im Norden hatte sich das unbeugsame Völkchen für die alte Schrift entschieden.

Wie konnte das gelingen? - Volquartzia

(Beifall und Heiterkeit bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und F.D.P.)

hatte zu beispielhaftem Bekennermut angestachelt. Sie war es, die mit ihren Kohorten als erste zur Rettung der alten Schrift aufrief und dazu, nur solchen

(Ministerin Gisela Böhrk)

Kandidaten die Stimme zu geben, die es ihr gleichgültigen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Vox Kubicki folgte einmal mehr vox populi.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und F.D.P. - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Da haben Sie ja Glück, daß er nicht da ist!)

In den elektronischen Guckkästen und Geräuschmaschinen gab es keine Bilder und keine Töne mehr, nur noch Videotext in der Schreibung, die der jeweilige TED festlegt.

(Heiterkeit bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nur als das Duell der Landesspitzenhäuptlinge übertragen wurde, da geschah dies im Bild. Die waren aber von ihren jeweiligen Kohorten bestens darauf vorbereitet, der Gegenseite Rechtschreibfehler vorzuhalten, die diese zum Teil gar nicht begangen hatten.

(Heiterkeit bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Als klar wurde, daß im kleinen nördlichen unbeugsamen Land die neue Schrift niedrigerungen war, schickte man von dort Sendboten aus, um dem ganzen Land die Rettung zu verkünden. Aber dort zuckte man nur mit den Achseln und verwies auf die rotrobigigen Druiden, an deren Weisheit man sich zu halten habe.

Da war klar, daß das kleine Land zwischen den Meeren eine Insel der Rechtschreibenden bleiben würde. Von da an wurden an der Landesgrenze in neuen Ämtern alle deutschsprachigen Rechtschreibbücher handschriftlich rückkorrigiert.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Kinder, die aus der Hammerburg oder sonstwo hierher umziehen mußten, erhielten eine Zwei auf den Schulstisch geklebt - soll heißen: zweischreibig.

(Heiterkeit der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für Kinder, die in ein anders schreibendes Land zogen, wurde ein Minderheitenschutzverein gegründet.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Da das vom Volk geschriebene Gesetz verlangte, zu schreiben wie in der Mehrzahl der Schulbücher, wurden der bösen Kultusministerin Lehrerstellen gestrichen. Nur so konnte sie eine neue Kommission bezah-

len, die die Wörter in neuer Schrift zählte, um den allgemein üblichen Sprachgebrauch herauszufinden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Strafe mußte sie der neuen Kommission vorsitzen und mitzählen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie sehen, die Märchen gehen immer gut und vor allem gerecht aus.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schlie, auch wenn Ihre Redezeit gleich abgelaufen ist?

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Nein, zu Märchen gibt es keine Zwischenfragen!

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Herren und Damen, in der real existierenden Welt geht es weder um die Rettung der abendländischen Kultur durch Abwehr der neuen Rechtschreibregeln noch um die Rettung der Demokratien durch passende Termine für den Volksentscheid.

Es geht darum, ob die Kinder weiter eine vereinfachte Rechtschreibung lernen dürfen und ob die Festlegung der deutschen Schriftsprache in allen deutschsprachigen Ländern gleich und gemeinsam erfolgt.

90 % der Kinder in Schleswig-Holstein und in allen anderen Bundesländern sowie im deutschsprachigen Ausland werden bereits nach der neuen Rechtschreibung unterrichtet. Falls das Bundesverfassungsgericht am 14. Juli die Reform nicht stoppt, treten am 1. August 1998 in allen Bundesländern - ich wiederhole: in allen Bundesländern -

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die bereits veröffentlichten **Erlasse zur verbindlichen Einführung** der neuen Rechtschreibung in Kraft. Es ist weit außerhalb realistischer Vorstellungskraft anzunehmen

(Glocke des Präsidenten)

(Ministerin Gisela Böhrk)

- ich bin sofort fertig -, daß die anderen deutschen Bundesländer im Zweifel einem schleswig-holsteinischen Volksentscheid folgen und das Karlsruher Urteil ignorieren werden. Eine schleswig-holsteinische **Insellösung**, wie in dem Rechtschreibmärchen, wäre die Folge; die könnte nur auf dem Klageweg beendet werden.

Wer also einen schleswig-holsteinischen Sonderweg der Rechtschreibung ausschließen will, der muß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts respektieren. Ich jedenfalls werde einen schleswig-holsteinischen Sonderweg in der Rechtschreibung nicht gehen.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Mir liegen eine Reihe von Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung vor, die wir jetzt abarbeiten müssen.

Zunächst hat Frau Abgeordnete Ute Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, was die Ministerin eben in so witziger Form vorgetragen hat - schade, daß nicht das gesamte Hohe Haus darüber lachen konnte -

(Beifall bei der SPD)

möchte ich Ihnen in prosaischer Form noch einmal aus einer dpa-Meldung zitieren, die mir gerade auf den Tisch gekommen ist und in der sich der derzeit amtierende Vorsitzende der Kultusministerkonferenz zu der Frage äußert, ob ein Erfolg der Reformgegner in Kiel die Einführung der neuen Schreibweise auch in den anderen Ländern stoppen würde. Dazu sagt er:

„Dies entbehre jeder Grundlage. Die Kultusminister hätten zusammen mit allen Partnerländern der Wiener Erklärung die Einheitlichkeit der deutschen Schriftsprache betont. Deshalb sei die neue Regelung für den deutschen Sprachraum auch gemeinsam erarbeitet worden. Dies könne aber nicht bedeuten, daß Sonderwege eines einzelnen Bundeslandes diesen ganzen Prozeß ungültig machen würden.“

Es folgt dann noch einmal der Verweis auf den Volksentscheid in Schleswig-Holstein.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr weise!)

Das ist nicht meine Äußerung, ich habe den amtierenden Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz zitiert,

der das bestätigt, was ich vorhin gesagt habe, daß das Setzen auf die Kraft der Vernunft und die Einsicht der Menschen in Schleswig-Holstein, daß hier keine Sprachinsel entstehen kann, auch eine berechtigte Hoffnung ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich denke, daß sie bei einer hohen Wahlbeteiligung am 27. September auch eintreten wird.

Ich will noch einmal - deswegen habe ich mich gemeldet - auf den Antrag mit der **Alternativformulierung** zurückkommen. Es ist eben noch einmal über die Frage geredet worden, ob das ein Gesetzentwurf sein muß oder ob das eine andere Vorlage sein kann. Wir gehen davon aus, Herr Kollege Kubicki - das sagt mir jedenfalls die Logik -, daß dann, wenn eine Initiative per Gesetz eine Änderung an einem Sachverhalt vornehmen will, wir ja der Meinung sein könnten, wir wollten kein Gesetz - auch nicht in dieser Frage. Wir wollten also etwa die Frage der Rechtschreibung gar nicht im Schulgesetz verankern, mindestens die Frage offenlassen, davon abhängig machen, wie das Bundesverfassungsgericht sprechen wird und dann nach einem Volksentscheid möglicherweise eine Gesetzesänderung im Schulgesetz vornehmen - oder auch nicht - und haben deswegen im Gegensatz zu einem eigenen Gesetzentwurf die Form der Vorlage gewählt.

Nun nehme ich ja das Argument ernst, die Formulierung „in der Mehrzahl der Länder der Bundesrepublik Deutschland“ könne möglicherweise irreführend sein. Wir haben uns deswegen auf dieser Seite des Hohen Hauses auf einen Text verständigt, der da lautet - Herr Präsident, ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen; ich werde Ihnen diese Formulierung noch überreichen; sie betrifft den zweiten Satz der Alternativformulierung -:

„Als allgemein üblich gilt die Rechtschreibung, wie sie in den übrigen Ländern der Bundesrepublik Deutschland für die Schulen verbindlich ist.“

Dies gebe ich als Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gleich noch an den Präsidenten und bitte dazu um Zustimmung.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel hat inzwischen seine Wortmeldung nach § 56 Abs. 4 zurückgezogen. Damit hat jetzt - ebenfalls nach § 56 Abs. 4 - Herr Abgeordneter Kayenburg das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu meinen Argumenten komme, möchte ich Ihnen auch ein Märchen erzählen. Da stand einst eine Märchentante auf dem Forum im hohen Norden und versuchte, ein ernsthaftes Bürgerbegehren lächerlich zu machen, begleitet vom Applaus höriger Günstlinge und Sklaven.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das geht nicht, Herr Kayenburg!)

Sie wählte sich schon als große Triumphatorin. Sie hatte dabei nur übersehen, daß schon viele große Kulturen an Liebedienerei und Heuchelei zugrunde gegangen sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

223.000 Bürgerinnen und Bürger fühlten sich verhöhnt, daß Wahlvolk stand auf, pochte auf sein Recht und gab am 27. September der in diesem Land auch regierenden Clique die Quittung.

(Beifall bei der CDU - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Haben Sie „Clique“ gesagt?)

Dies ist das Märchen, wie ich es sehe.

Nun zu den Argumenten!

(Zurufe von der SPD)

Wenn denn der Termin des Spruchs des Bundesverfassungsgerichts so wichtig sein soll: Warum erklären Sie dann nicht, daß wir hier eine Sondersitzung nach dem Termin des Spruches dieses Bundesverfassungsgerichts machen könnten?

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann beantragen Sie doch die Sondersitzung!)

Wenn hier das Beispiel für Druiden und ähnliche gesucht wird: Idefix hat bei Ihnen bestimmt nicht Pate gestanden. Unser Antrag ist eine saubere Lösung, und diesen Antrag wollen wir durchsetzen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Das, was Sie mit Ihrem Antrag versuchen, ist doch das Verhindern dieses Plebiszits und der Folgen mit Gürtel

und Hosenträgern. Machen Sie sich doch einmal klar, was Sie gefordert haben! Wer entscheidet denn eigentlich, wenn wir Ihrem Antrag zustimmen würden, „sofern die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts keine Bedenken an den Formulierungen des vorliegenden Begehrens hat“?

(Holger Astrup [SPD]: Der Präsident entscheidet! - Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Wer soll dann entscheiden?

(Holger Astrup [SPD]: Lesen Sie doch einmal den Artikel 42! Der Präsident entscheidet!)

Damit ist ein Freibrief für eine Entscheidung gegeben, die durch nichts mehr - - Dann müssen wir es hier doch gar nicht hineinschreiben, wenn der **Präsident** sowieso entscheidet. Sie versuchen hier Hintertüren aufzumachen, die im Zusammenhang mit Ihrem Hauptantrag zu sehen sind.

Wenn man einmal genau hinschaut: Wie ist denn das Szenario, wenn das Bundesverfassungsgericht zu dem Ergebnis kommt, daß die Rechtschreibreform verfassungsgemäß sei? Was sagen Sie denn dann? - Auch dann müssen wir das Verfahren weiter durchführen, auch dann ist zu entscheiden.

(Zurufe von der SPD: Ja, ja!)

Ich weiß überhaupt gar nicht, warum Sie nicht den sauberen Weg gehen, der 27. ist ohne Wenn und Aber der Termin,

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und wenn Sie den Weg heute nicht gehen wollen, dann können wir über eine Sondersitzung reden.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber auch der Versuch mit dem Hinweis darauf, daß die Zahl der Länder entscheiden soll - Frau Erdsiek-Rave hat das ein Stück weit zurückgenommen -, ist doch nicht sauber.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Der übrigen Länder“!)

Sie würden damit einen Teil der Bevölkerung überstimmen, der möglicherweise der größere ist, wenn dies der Punkt wäre.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Also: Selbst bei den angeblich berechtigten Bedenken Ihrer Fraktion, Frau Erdsiek-Rave, bin ich der Auf-

(Martin Kayenburg)

fassung, daß der von Ihnen vorgelegte Vorschlag in dieser Form nicht konsensfähig ist. Wir halten an unserem Antrag fest, und ich bitte um Abstimmung über unseren Antrag.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nun hat Herr Abgeordneter Kubicki nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich ziehe zurück!)

- Dann erteile ich nach § 56 Abs. 4 Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg,

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja!)

es ist nun wirklich - wir machen so etwas nicht aus Spaß - mit allen gesprochen worden, auch mit dem Präsidenten und dem Innenminister, damit es möglich ist, daß die Abstimmung am 27. September stattfindet. Deswegen haben wir auch den Antrag eingebracht. Wir machen das ja nicht aus Witz, Spaß und Tollerei. Es ist mit allen darüber geredet worden, damit gewährleistet ist, daß es auch technisch funktioniert.

Wenn wir als Parlament den **Präsidenten** in einer Entschließung bitten, den Termin 27. September einzuhalten - das ist ungewöhnlich, denn es ist seine originäre Aufgabe, eine Entscheidung zu treffen -, dann ist klar, daß man ihm, wenn eine Woche später eine Entscheidung des Verfassungsgerichts angekündigt ist, die Tür offenlassen muß, sofern diese Entscheidung juristische Bedenken demgegenüber hervorruft, was vorliegt, um nicht den ganzen Apparat durchzuziehen, was Kosten verursacht, man ihm dann die Möglichkeit gibt, diese Sache zu stoppen. Das ist doch das, was sich aus der ganzen Geschichte logisch ergibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Kayenburg, im Grunde haben Sie doch Ihren Willen bekommen, nämlich das am 27. September durchzuführen. Das war auch unser Wille. Wir haben gemeinsam unseren Willen bekommen.

Wenn Sie nun immer noch nicht zufrieden sind, kann ich in Anspielung auf heute morgen nur sagen: Sie sind nicht nur ein schlechter Verlierer, Sie sind auch ein schlechter Gewinner.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave erhält nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Herrn Kayenburgs Worte nicht anders verstehen, als daß er irgendwo noch einen Rest von Vorwurf gegenüber der SPD braucht,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

nachdem wir ihm die Argumente eigentlich aus der Hand genommen haben.

Ich will Ihnen in aller Klarheit sagen, damit es auch nachlesbar im Protokoll steht: Wir sind für einen Abstimmungstermin 27. September.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann können wir das dem Präsidenten sagen!)

Das ist eine klare Willensbekundung.

Ihnen ist egal, was das Bundesverfassungsgericht sagt, und Sie ziehen nicht einmal die Möglichkeit ins Kalkül, es könnte einen Spruch geben, der da heißt: Eine bundesgesetzliche Regelung ist notwendig. Dann muß doch selbstverständlich überprüft werden, was Gegenstand des Volksentscheids ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch hinfällig!)

- Ja! Das wollten wir der Ehrlichkeit halber hier mindestens gesagt haben. Wir wollten nicht - wie Sie - hier einfach so tun, als bedeute das alles gar nichts. Deswegen schreiben wir das. Wir haben auch an anderer Stelle schon genug Selbstverständlichkeiten gesagt, aufgeschrieben und beschlossen. Deswegen haben wir es hier noch einmal hineingeschrieben.

Daß der **Präsident** die Entscheidung trifft, können wir ihm auch durch Beschluß des Landtages nicht abnehmen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Eben! - Martin Kayenburg [CDU]: Eben!)

Wir können ihn nämlich nicht beauftragen; wir können nur unseren Willen bekunden.

Das tun wir hiermit. Wir gehen davon aus, daß bei den vorgesehenen Abläufen ein Erreichen des 27. September möglich ist.

(Ute Erdsiek-Rave)

Das mit dem Antrag haben Sie irgendwie nicht richtig verstanden, Herr Kayenburg. Hier wird nichts überstimmt. Dem Volk wird eine klare Alternative zur Entscheidung vorgelegt.

Gestatten Sie mir noch eine Schlußbemerkung. Ich sage das, weil Sie das eben nicht witzig und humorvoll gemeint haben. Den Begriff „Clique“ im Blick auf die Regierten und vom Volk Gewählten, vom Volk gewählten Personen und Parteien, die hier im Landtag vertreten sind, finde ich - mit Verlaub und vorsichtig ausgedrückt - unangemessen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Meinhard Füllner [CDU]:
Das war ein Märchen!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kayenburg nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Erdsiek-Rave, möglicherweise haben Sie übersehen, daß auch ich ein Märchen erzählt habe. Wenn von „Clique“ die Rede ist, schauen Sie doch einmal in die Literatur, schauen Sie sich doch einmal die Beispiele an.

Ich frage mich: Ist der Begriff „Clique“ eigentlich schlimmer als der Begriff in der anderen Parabel - der Begriff „Druiden in roten Roben“, von dem die Rede war? - Überlegen Sie sich das bitte.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er kennt Asterix nicht! Das ist das Problem! - Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Zunächst ist Beschluß zu fassen zu Tagesordnungspunkt 29. Ich lasse zunächst über die Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, Drucksache 14/1527, abstimmen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Unruhe - Zurufe)

Das ist ein sehr undeutliches Stimmverhalten. Deswegen lasse ich die Abstimmung wiederholen. Wer der Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, Drucksache 14/1527, zustimmen will, den bitte

ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit ist die Beschlußempfehlung einstimmig angenommen.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1576 (neu), in der geänderten Fassung, die Frau Erdsiek-Rave verlesen hat, wonach die Worte „in der Mehrzahl der Länder“ durch die Worte „in den übrigen Ländern“ ersetzt werden, abstimmen. Wer dem so geänderten Antrag zustimmen will - wir haben es jetzt nur mit einer Sachabstimmung zu tun -, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 15. Es ist bereits erklärt worden und soll hiermit festgestellt werden: Durch die Annahme der Beschlußempfehlung zu Tagesordnungspunkt 29 ist der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1490, erledigt.

Ich lasse nunmehr über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1570, und über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1577, abstimmen. Zunächst lasse ich abstimmen über den Antrag Drucksache 14/1570, Antrag der Fraktion der CDU. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich stelle jetzt den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1577, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit ist dieser Antrag

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- wir befinden uns noch im Abstimmungsverfahren! - mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Stimmenthaltung von CDU und F.D.P. angenommen worden.

Es gibt keine weiteren Anträge, über die zu diesen Tagesordnungspunkten abgestimmt werden müßte. Damit ist die Abstimmung beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf:

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Stärkung des Tourismusstandortes Schleswig-Holstein auch durch die Berücksichtigung kultureller Angebote

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1538

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Anknüpfung an die Debatte, die wir heute morgen gehört haben, will ich zunächst die Feststellung treffen, daß auch der Tourismus einen wichtigen Beitrag zur Zukunft Schleswig-Holsteins im nächsten Jahrhundert leistet; denn schon heute ist er mit 80.000 Beschäftigten und Tausenden von selbständigen Existenzen einer der wichtigsten Wirtschaftsbereiche dieses Landes. Kollege Matthiessen, jetzt müssen Sie klatschen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Insbesondere in den ansonsten strukturschwachen Regionen wie der Westküste oder Ostholstein trägt er erheblich zur Sicherung von Einkommen und Arbeit bei. Die SPD-Landesregierung hat dieser Tatsache 1988 Rechnung getragen. Die Tourismuskonzeption von 1990, ihre Fortschreibung 1995 und natürlich die Umsetzung haben wesentlich dazu beigetragen, daß Schleswig-Holstein heute das **tourismusintensivste Bundesland** ist. Es hat mit dazu beigetragen, daß die Attraktivität des Urlaubsstandortes Schleswig-Holstein gesteigert worden ist. Es hat mit dazu beigetragen, daß die Angebotsinfrastruktur in Schleswig-Holstein wesentlich verbessert worden ist.

Die Landesregierung hat sich von der **Entwicklungsstrategie eines sanften Tourismus** leiten lassen. In Anknüpfung an die Debatte von heute morgen will ich sagen: Dazu gibt es keine Alternative. Diese Entwicklungsstrategie ist von vielen Bundesländern inzwischen kopiert worden, und wenn die CDU versucht, die Chancen des Tourismus dadurch kaputtzureden, daß sie von einem „ideologisch fixierten Umweltschutz“ im Zusammenhang mit dem Tourismus spricht, dann fehlt mir jedes Verständnis für Ihre Vorstellungen, meine Damen und Herren, denn eines muß doch jedermann wissen: Wir werden in Schleswig-Holstein nur mit sauberen Seen, nur mit sauberen Gewässern, mit einer intakten Umwelt und sauberer Luft Geld verdienen können.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Aber auch hier gilt: Innovation und Kreativität, Dienstleistungsdenken und Qualitätsbewußtsein bestimmen auch im Tourismus den wirtschaftlichen Erfolg von morgen. Deswegen haben wir Ihnen heute gemeinsam mit der Fraktion der Grünen einen Antrag vorgelegt, um die Weichen für eine erfolgreiche Fortsetzung der Tourismuspolitik in Schleswig-Holstein zu stellen.

Sie können alles, was in diesem Antrag steht, ja nachlesen. Hervorheben möchte ich deswegen aus Zeitgründen nur wenige Punkte.

Erstens: Wir wollen - ist der Tourismusminister gar nicht hier? -

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, er hört aufmerksam zu!)

daß die Politik des sozialverträglichen und umweltverträglichen Tourismus fortgesetzt wird.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens: Wir setzen uns dafür ein, daß mit dem **touristischen Verkehrskonzept** der Umstieg unserer Touristen auf Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs ermöglicht wird.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Drittens: Wir wollen die **Kooperation** der beteiligten Anbieter touristischer Leistungen in Schleswig-Holstein bei der Angebotsdarstellung und auch bei der Angebotsvermarktung verstärken,

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und wir wollen viertens, daß das mit erheblichen Fördermitteln des Landes aufgebaute **Zimmerreservierungs- und Informationssystem** unter dem Dach der SHT von den Hoteliers, von den Privatvermietern, von den Anbietern touristischer Leistungen stärker als bisher akzeptiert und genutzt wird und daß auch die SHT insgesamt ihr Angebot erweitert.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen eine schlanke und effizientere Organisationsstruktur der Tourismusverbände in Schleswig-Holstein. Deshalb begrüßen wir - ich sage dies jetzt für die SPD - ausdrücklich die konstruktiven Anre-

(Günter Neugebauer)

gungen des neuen Geschäftsführers des Tourismusverbandes Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD], Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Wir wollen fünftens, meine Damen und Herren, daß auch die Rahmenbedingungen für den zielgruppenorientierten Tourismus verbessert werden. Ich nenne den Radwegetourismus, den Reitwegetourismus. Zu den Chancen der Nutzung des kulturellen Angebots in Schleswig-Holstein wird mein Kollege von Hielmcro-ne nachher noch einiges sagen.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zur **Kurtaxe** sagen. Auch in dieser Hinsicht sind Kreativität und Reformen dringend geboten. Wir sind der Auffassung, daß die jetzige Form der Erhebung der Kurtaxe nicht mehr zeitgemäß und eher imageschädigend für unser Urlaubsland Schleswig-Holstein ist. Wir halten das Erhebungsverfahren für gästeunfreundlich und für zu bürokratisch. Wir streben an, daß als Ersatz für die bisherige Fremdenverkehrsabgabe und die Kurtaxe eine Abgabe gefunden wird, die alle am wirtschaftlichen Geschehen des Tourismus Beteiligten auf der Angebotseite wie auch auf der Gästeseite zu den Kosten heranzieht, die der Tourismus oder die Tourismusinfrastruktur vor Ort verursachen. Das System muß natürlich gerecht sein, und es muß preiswert sein. An die seit nunmehr etwa zwei Jahren tagende Arbeitsgruppe habe ich die dringende Bitte, daß sie endlich zu Potte kommt.

(Heiterkeit)

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes feststellen, meine Damen und Herren: Die Politik des ehemaligen Tourismusministers Hans Wiesen hat Schleswig-Holstein in der Tourismus-Bundesliga in Deutschland einen Spitzenplatz eingebracht. Ich füge in Klammern hinzu: Die Vorarbeit des damaligen Wirtschaftsministers als Fremdenverkehrsminister und seines damaligen parlamentarischen Vertreters haben nicht unwesentlich dazu beigetragen.

(Heiterkeit)

Dem neuen Tourismusminister wünschen wir, daß er diesen Spitzenplatz mit Engagement und Kreativität verteidigt. Aber in der Politik ist es so wie im Fußball: Für den Erfolg ist nicht nur der Trainer verantwortlich; auch die Mannschaft muß mitspielen. Sie muß sich beteiligen, und sie muß auch gewinnen wollen.

Deswegen brauchen wir die gemeinsamen Anstrengungen aller Verantwortlichen im Tourismus, wenn wir gemeinsam zum Erfolg kommen wollen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW] - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Großer Beifall bei SPD und Grünen!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Tourismus hat einen hohen Stellenwert. Das lesen wir immer wieder gerade in den Pressemitteilungen der Landesregierung. Ich freue mich, daß der zuständige Ressortminister anwesend ist, aber ich vermisste die Ministerpräsidentin.

Am 25. September 1997 haben wir hier den Tourismusbericht der Landesregierung diskutiert. Ich habe damals meine Rede mit den Worten beendet:

„Der hier vorgelegte Bericht ist eine gründliche und gute Arbeit der beteiligten Referate. Eine geschlossene Tourismuspolitik des Kabinetts mit klarem Handlungskonzept gibt er nicht wieder. Die Perspektive bleibt im Nebel.“

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist zu hart!)

„Erschreckend ist, daß vor allem die Ministerpräsidentin die Bedeutung des Tourismus für die Zukunft der Wirtschaft und der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein auch nicht annähernd anerkannt zu haben scheint. Sie klagt öffentlich darüber, daß Schleswig-Holstein „nur“ ein ausgesprochen touristisches Image als das Land zwischen den Meeren habe, und übersieht, daß die hohe Sympathie für das **Urlaubsland Schleswig-Holstein** wohl die einzige Qualität ist, die das Land allen anderen Bundesländern - Bayern will ich an dieser Stelle einmal einschließen - voraus hat.“

(Beifall des Abgeordneten Klaus Haller [CDU])

Auf die Kritik der Tourismusbranche an einigen offenbar nicht ganz bedachten und auch nicht unbedingt schmeichelhaften Äußerungen der Ministerpräsidentin aus dem letzten Jahr möchte ich nicht mehr einge-

(Heinz Maurus)

hen. - Jetzt wollte ich sie loben, aber sie ist nicht hier; ich tue es trotzdem: Ich freue mich, daß die Ministerpräsidentin anlässlich der Kabinettsitzung am 30. Juni in Husum Wiedergutmachung geleistet und letztlich auch versprochen hat - ich zitiere -, „mit dem Pfund zu wuchern, das wir haben. Jedes Kabinettsmitglied muß Botschafter des Landes sein“.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem bleibe **Tourismuspolitik** **Schwerpunktaufgabe der Landespolitik**.

Hiervon haben wir bisher - mit Verlaub - nicht allzuviel gemerkt, die Branche übrigens auch nicht. Aber jetzt soll es ja offensichtlich losgehen. Die Diskussionen in den letzten Tagen zeigen zumindest, daß die Ministerpräsidentin den Tourismus und das eine oder andere Problem der damit verbundenen Wirtschaft entdeckt zu haben scheint und auch bereit zu sein scheint, den Dialog aufzunehmen. Nun, wir werden es sehen.

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben nun ergänzend einen Antrag auf Stärkung des Tourismusstandorts Schleswig-Holstein eingebracht - eine lobenswerte Initiative,

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

denn die **Stärkung des Tourismusstandorts** Schleswig-Holstein tut in der Tat not. Auch im letzten Jahr mußte unsere Tourismuswirtschaft weitere Übernachtungsrückgänge und damit Einkommenseinbußen hinnehmen. Der nationale wie auch der internationale Wettbewerb haben sich noch weiter verschärft. Die Prognosen für 1998 sind ebenfalls nicht überall berauschend, wenn man sich den Verlauf der Vorsaison und die bisher registrierte Nachfrage ab Oktober ansieht. Der gesamten Branche weht der Wind nach wie vor kräftig ins Gesicht. Sie haben heute vielleicht auch die Aussagen des Ostseebäderverbandes zur Kenntnis nehmen können.

Trotzdem ist Schleswig-Holstein nach wie vor ein beliebtes Urlaubsland. Viele Ferienregionen im Land haben eine hohe Attraktivität, sind bekannte Urlaubsmarkenartikel mit umfangreicher touristischer Ausstattung ohne Monokultur.

Dennoch müssen wir den Tourismus stärken. Er ist ein wichtiger Bereich unseres Wirtschafts- und Soziallebens. Er hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten enorm an Bedeutung gewonnen und wird auch in Zukunft wichtig bleiben, wenn ich auch glaube, daß die Wachstumsraten der Vergangenheit in Zukunft nicht mehr erreichbar sein werden.

(Jürgen Weber [SPD]: So ist es!)

Der **Tourismusmarkt** ist nicht nur durch eine stagnierende Nachfrage, sondern auch durch ein nach wie vor wachsendes Angebot gekennzeichnet. Das führt zu einem schärferen Wettbewerb, national wie international.

Zusätzlich gibt es eine Reihe **selbstproduzierter Nachteile** im Tourismus, die ein Agieren im globalen Wettbewerb erschweren. Hierzu gehören zum Beispiel die geringer werdende Auslastung touristischer Betriebe wegen wachsender Kapazitäten, die ungenügende Ausrichtung auf den Kunden, eine Werbung, die häufig nicht effektiv genug ist, oder verzettelte Strukturen in der touristischen Organisation.

(Jürgen Weber [SPD]: Sehr richtig!)

Die nachhaltige Stärkung des Tourismus bedarf einer seriösen Grundlage, nämlich einer schonungslosen Analyse, einer klaren Diagnose und eines konfliktarmen Zielsystems. Strategie und Maßnahmen müssen in erkennbarem Zusammenhang mit dieser Grundlage stehen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun sind einige Tourismusorte und -kreise oder -regionen bereits auf diesem Weg. Andere jedoch bedürfen der Anleitung und der Begleitung. Dies muß auch gemeinsame Aufgabe von Verbänden und Politik sein.

Nachdem ich das Thema Ihres Antrages gelesen hatte, war ich zunächst davon ausgegangen, daß Sie die Stärkung des Tourismus im Lande grundlegend angehen und sich des Themas ernsthaft widmen wollen. Nach der Lektüre des Antrages mußte ich jedoch feststellen, daß Sie weit hinter meinen - und nicht nur hinter meinen - Erwartungen zurückgeblieben sind.

(Günter Neugebauer [SPD]: Oh!)

Neben alten Hütten und ein paar immer wiederkehrenden Streicheleinheiten für die Landesregierung sind auf drei Seiten leider wenig Substanz, wenig Konkretes, aber viele unverbindliche Allgemeinplätze zu finden.

Ich hätte mich wirklich gefreut, wenn Sie einmal klar und deutlich Position bezogen hätten. Mit Ihren Formulierungen bleiben Sie noch hinter unseren Anregungen zum Tourismusbericht, wie wir sie am 27. September 1997 bereits deutlich gemacht haben, zurück.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

(Heinz Maurus)

Wir haben damals unter anderem bemängelt, daß die bisherigen Umsetzungsschritte des **Tourismuskonzeptes**, das Herr Neugebauer eben noch so lobend erwähnt hat, durch die Landesregierung zum Teil nicht konsequent genug verfolgt werden.

Ich will schlaglichtartig nur einige Beispiele herausnehmen. Wir haben das Institut für Tourismus und Bäderforschung in Nordeuropa angesprochen und darauf verwiesen, wie wichtig es ist, Grunddaten über unsere Gäste zu bekommen, und wir haben darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig Forschung für zielorientierte Tourismuspolitik ist.

Wir haben das Thema SHT angesprochen. Darauf werde ich gleich noch einmal zu sprechen kommen.

Wir haben die Gesundheitsadresse Schleswig-Holstein genannt. Die fehlt mir in Ihrem Antrag vollkommen. Haben Sie das Thema ganz abgehakt?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht!)

Wir haben das Thema Kulturtourismus erwähnt, die Kulturbörse, die Kulturagentur eingefordert, neuen Initiativen wie der Qualitäts- und Dienstleistungs-offensive das Wort geredet. Wir haben deutlich gemacht, daß hier noch mehr Schwung und Engagement hinein muß. Wir haben die Idee der Fortbildungsagentur - des Beschäftigungsprogramms - angemahnt und haben Sie gefragt, wo der Innovationsansatz eigentlich bleibe.

Des weiteren sind wir im Zuge der Diskussion auch auf die mangelnde Koordination von touristischen Aufgaben eingegangen.

Das Thema Neuordnung der Tourismusabgaben, nämlich der **Kurtaxe** und der Fremdenverkehrsabgabe, ist ja nun nicht neu.

Seit zwei Jahren sitzt eine Arbeitsgruppe an der Bewältigung dieses Problems. In der Diskussion stehen einige Alternativen zum gegenwärtigen System, die da lauten: erstens gemeindliche Umschichtungen von der Kurabgabe zur Fremdenverkehrsabgabe, zweitens Einführung einer Landesfremdenverkehrssteuer, drittens Einführung einer Sonderabgabe und viertens Attraktivitätssteigerung der Kurkarte durch Einführung einer Servicekarte, mit der Leistungen für den Gast transparenter werden und zusätzliche Leistungen mit dem Effekt hineingepackt werden können, daß auch die „Kurtaxenehrlichkeit“ zunimmt.

Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich aus heutiger Sichtweise zu dem Schluß komme, daß dies der Weg ist, der am problemlosesten zu beschreiten ist - übrigens auch nach heutigem Recht.

In Zeiten steigenden Wettbewerbs dürfte die Einführung einer neuen Steuer kaum vertretbar sein, zumal wenn die Erhebungsparameter nicht klar definiert werden können und die Zweckbindung deutlich vorgegeben ist. Ich freue mich auf eine sicherlich noch spannende Diskussion über diesen Punkt.

Beim Thema **SHT** rächen sich heute die Fehler der Vergangenheit. Ich glaube nicht - wir haben das bereits vor einem Jahr zum Ausdruck gebracht -, daß sie ohne Unterstützung über die Runden kommen wird. Wir - und auch Sie in der letzten und vorletzten Periode - haben über den SHT-Aufbau mehrfach diskutiert und moniert, daß hier ein Haus ohne Fundament gebaut worden ist. Wir wissen aber - und dies sehr genau -, daß wir in Zukunft ohne Informations- und Reservierungssysteme nicht bestehen können. Daher müssen wir gemeinsam nachdenken, wie wir die SHT über die Runden bekommen können.

Eine Kooperation mit dem Bundessystem DIRG ist für eine künftige Marktentwicklung ebenfalls unabdingbar.

Wir haben zur Zeit eine ganze Reihe von Problemereichen im Tourismus des Landes. Über Allgemein-formulierungen kommen wir nicht weiter. Wir müssen Tourismuspolitik neu definieren, zu klaren Aufgabenteilungen zwischen Politik und Wirtschaft kommen und auf einer vernünftigen Grundlage gemeinsam den Tourismusstandort Schleswig-Holstein stärken.

Ich gehe nicht davon aus, daß Sie Ihren Antrag schlank erledigen wollen. Wenn Sie das wollen, stimmen wir in der Sache gern gemeinsam ab. Ich halte es eher für erforderlich, noch einmal in den Ausschuß hineinzugehen und ein gemeinsames Papier zu erarbeiten, das in der Tat auch der Überschrift „Tourismusstandort Schleswig-Holstein stärken“ gerecht wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Ich stelle den Antrag, die Beschlußfähigkeit des Parlaments festzustellen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Der Antrag ist gestellt. Ich bitte die Schriftführer zu zählen.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

Meine Damen und Herren, wir kommen übereinstimmend zum Ergebnis: 39 Abgeordnete sind anwesend.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Das ist mehr als die Hälfte der Abgeordneten. Insofern können wir mit der Tagesordnung fortfahren.

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie wichtig der Tourismus als Wirtschaftszweig mit einem Umsatz von 8,5 Milliarden DM, einem Anteil von fast 5 % am Wirtschaftsgeschehen und vor allem mit 80.000 Arbeitsplätzen hier im Lande - ich glaube, da sind noch nicht einmal die Saisonarbeitsplätze vollständig erfaßt - ist, zeigen nicht nur diese Zahlen.

Darüber hinaus prägt der Tourismus - wie keine andere Branche - auch das Image des Landes.

Das gilt ebenfalls für andere Branchen wie die Ernährungsindustrie, wenn man zum Beispiel an die Ausstrahlungskraft des Gütesiegels „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ denkt.

Eine zentrale Aufgabe der politischen und administrativen Unterstützung des Tourismus in Schleswig-Holstein besteht also darin, die verschiedenen Handlungsfelder wie Tourismus, Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft, Gastronomie und - wie der Antrag zeigt - auch die Kultur produktiv miteinander zu verknüpfen.

Für alle genannten Branchen - und darüber hinaus - ist ein sauberes, schönes Land zwischen den Meeren, sind Begriffe wie Natur, sauberes Wasser, frische Luft, grüne Wiesen und klarer Himmel als Bild unseres Landes gleichermaßen wichtig.

Neben der direkten Förderung der **Tourismuswirtschaft** und der genannten Wirtschaftszweige - darauf zielt ja der Antrag ab - sind die Politikfelder Natur und Umweltschutz, Landschaftspflege, Denkmalschutz, Erhalt unserer Kulturgüter, die Pflege des Landestypischen, aber auch der Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen unverzichtbare Grundlage, auch wenn das meistens nicht erwähnt und für selbstverständlich hingenommen wird.

Lassen Sie mich eine weitere Vorbemerkung anschließen: Die finanziellen öffentlichen Transferleistungen sowie der administrative Aufwand für die Tourismusbranche sind, gemessen am Wirtschaftsvolumen, außerordentlich gering. Wenn wir das etwa mit der Landwirtschaft vergleichen würden, über die wir ja im Rahmen der Debatte über die Agenda 2000

- Ausrichtung der Europäischen Union - diskutieren werden, werden sich bei einem Branchenvergleich Abgründe auftun.

Die Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein haben sich geändert. Wesentliche Faktoren sind soziale Schwierigkeiten in Teilen der Bevölkerung durch bekannte Probleme wie Arbeitslosigkeit oder auch demographische Veränderungen in der Altersstruktur, vor allem aber verändertes Urlaubsverhalten.

Nicht nur Schleswig-Holstein ist von der **Veränderung der Urlaubsgewohnheiten** betroffen. Wir sind ja die sechst dichteste Urlaubsregion in Europa und in Deutschland führend - sogar vor Bayern -, so daß der vergleichende Blick über die Landesgrenzen hinaus nicht überheblich ist. Wenn wir einmal die Urlaubsregionen vergleichen, muß man feststellen, daß Bayern, Österreich und Frankreich verlieren, Spanien und das außereuropäische Ausland Gewinne erzielen. Italien macht leichte Gewinne, während Schleswig-Holstein leichte Verluste verzeichnet, allerdings auf einem sehr hohen Niveau von über 6 Millionen Gästen.

Die Hauptreisen der Deutschen nehmen zwar insgesamt zu, in Schleswig-Holstein nehmen sie aber ab, während die **Nebenreisen** ebenfalls zunehmen und in Schleswig-Holstein überproportional stark zunehmen.

Da kann man nun die Strategie entfalten, diesem Trend der abnehmenden Hauptreisen, des typischen Familienurlaubs, mit Werbekampagnen entgegenzuwirken. Aber wir als Anhänger einer Marktwirtschaft wissen, was Demand-side-management ist und sollten uns auf diese Bedingungen hier in unserem Lande mit neuen Instrumenten einstellen. Das heißt, wir müssen uns an den geänderten Bedürfnissen ausrichten.

Dazu gehört auch, daß der typische Familienurlaub rückläufig ist, daß sich vor allem auch die soziologischen Gruppierungen ändern. Wenn man sich die Zahlen von 1991 bis 1996 anschaut, haben wir einen Rückgang der Gästezahlen in vierfacher Höhe aus Hessen, aber auch stark rückläufige Zahlen aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zu verzeichnen, während die Hamburger Gäste zunehmen und natürlich der Anteil der Gäste aus den neuen Bundesländern immer wichtiger wird.

Teile davon erklären sich mit dem zunehmenden Anteil an Nebenreisen zufrieden, die in der Regel über kürzere Distanzen wahrgenommen werden. Aber gerade in diesem Bereich werden wir ja auch eine erhebliche Konkurrenz über die Last-Minute-Reisen im Flugverkehr haben. Es stellt sich für den Urlaub-

(Detlef Matthiessen)

skunden heute die Frage, ob er die acht Tage, die ihm gerade mal zur Verfügung stehen, in Schleswig-Holstein verbringt oder ob er das billigere Angebot nach Tunesien inklusive Flug wahrnehmen sollte. Daß der Kurzurlaub in Tunesien preislich unter dem in Schleswig-Holstein liegen kann, ist keineswegs ein extremes oder seltenes Beispiel. Da zeigt sich in besonders krasser Weise, daß im Tourismus der Preis aber auch nicht näherungsweise die ökologische Wahrheit ausdrückt. Und wem ökologische Effekte egal sind, dem können wir dann zumindest sagen, daß wir es mit gigantischen volkswirtschaftlichen beziehungsweise weltwirtschaftlichen Fehlallokationen zu tun haben.

Nicht zuletzt, weil durch die fehlende Kerosinbesteuerung der **Flugverkehr** zu den höchstsubventionierten Verkehrsträgern gehört, wird für den **Auslandsurlaub** insgesamt ein Vielfaches gegenüber dem Inlandsurlaub ausgegeben.

Aus der Sicht des Inlandstourismus stellt also der Auslandstourismus der Deutschen ein unendliches Reservoir dar, in dem man wildern muß. Wir sprechen uns deutlich dafür aus, daß sich die deutschen Urlaubsregionen nicht untereinander Konkurrenz machen, sondern gemeinsam für den Tourismus in Deutschland werben.

Es steht für den Radtouristen, der mit seiner Familie an der Ostsee entlangfahren will, nicht an erster Stelle, ob er das in Mecklenburg-Vorpommern oder in Schleswig-Holstein tut oder ob er meinetwegen auch einmal über die Grenze nach Dänemark wechselt. Ich erwarte mir von einem Regierungswechsel nach der nächsten Bundestagswahl, daß das Thema **Flughbenzinzsteuer** energisch angegangen wird und daß wir zu europaweiten Regelungen kommen oder zu einer Flugtourismusabgabe, wie sie in Dänemark üblich ist. Schleswig-Holstein kann davon nur profitieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte jetzt noch einmal zurückkommen auf die veränderten Rahmendaten für unsere tourismuswirtschaftliche Situation. Die von mir genannten Zahlen bedeuten praktisch, daß einerseits der Kumpel aus Hessen oder aus dem Ruhrgebiet, der mit seiner Familie seinen Haupturlaub in Schleswig-Holstein verbringt, von der Tendenz her rückläufig ist, daß andererseits der moderne Urlauber mit flexibler Möglichkeit zu Mehrfachurlaub zunimmt. Dem trägt auch der vorgelegte Antrag Rechnung. Ich darf in diesem Zusammenhang meine Befriedigung darüber ausdrücken, daß sich die Frau Ministerpräsidentin des Themas Tourismus mit großer Intensität annimmt,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt bei der SPD)

was der Ort und das Thema der letzten Kabinettsitzung deutlich machten, Herr Minister Buß.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kein Wunder, wenn es in Husum ist!)

Es hat mich sehr gefreut, daß sie in Husum an geeignetem Ort stattfand.

In Übereinstimmung mit Ihren Aussagen steht der hier vorgestellte Antrag der Regierungskoalitionen. Für mich an sehr wichtiger Stelle steht auch die Rolle der **Schleswig-Holstein Tourismus GmbH** als zentrales und aus landespolitischer Sicht auch strategisches Instrument zur Weiterentwicklung der touristischen Qualität bei uns im Lande. In dem Antrag kommt der deutliche Wille zum Ausdruck, die SHT als Einrichtung zu erhalten und auszubauen. Wir wollen, daß das Informationsangebot der SHT erweitert wird, daß es mit anderen Informationssystemen zusammenarbeitet und daß eine horizontale und vertikale Integration ermöglicht wird.

Mit der Buchung, aber auch unabhängig davon, soll eine erweiterte Gästeberatung angeboten werden, eine Mobilitätsberatung, die an öffentlichen Verkehrsträgern orientiert sein soll. Neben der Zusammenarbeit mit Pauschalanbietern spricht aus meiner Sicht auch nichts dagegen, wenn die SHT selber solche Angebote entwickelt und vertreibt, es gehören dazu aber auch Informationen über Wetteraussichten, Wassertemperaturen, Badewasserqualitäten, Naturlehrpfade, Erlebnisräume, Wanderwege, Exkursionen und so weiter. Ich begrüße auch sehr die Initiativen zu einem Ökourlaub, wie sie jetzt im Kreis Rendsburg-Eckernförde ins Auge gefaßt werden. Neben dieser horizontalen Vernetzung sollte die SHT mit über- und untergeordneten Buchungssystemen zusammenarbeiten.

Ich will an dieser Stelle auch dafür werben, auch wenn wir alle die angespannte Haushaltslage kennen, daß öffentliches Geld in so einem Bereich investiert sehr gut angelegtes Geld ist.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich komme jetzt zu einem anderen Thema, dem Verkehr, der mit dem Urlaub verbunden ist. Hier kommen erhebliche Probleme auf uns zu. Die Prognose aus der von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Studie zum soziologischen und demographischen Wandel in Schleswig-Holstein geht von einer Zunahme des **Urlaubsverkehrs** in Schleswig-Holstein

(Detlef Matthiessen)

bis zum Jahre 2010 von 24 % im Pkw-Bereich, aber nur von 2 % im Bereich der Bahn aus.

Sie alle wissen, wie sehr das touristische Verkehrsaufkommen unser Land belastet. Vordringliches Entwicklungsziel muß die Verlagerung des touristischen Verkehrs auf öffentliche Verkehrsträger sein. Ich habe mich daher sehr gefreut, daß sich der Tourismusminister und die Ministerpräsidentin - wie wir es ja auch gefordert haben - für eine verstärkte Entwicklung von pauschaltouristischen Angeboten ausgesprochen haben. So utopisch, Herr Minister Buß, ist das ja auch gar nicht. Die Urlauber aus Deutschland sammeln über den Flugtourismus positive Erfahrungen im autoanreisefreien Pauschaltourismus, weil sie dazu ja im Flugzeug kommen, was wir eigentlich nicht so sehr wünschen. So etwas läßt sich auch für den Inlandstourismus entwickeln. Es ist nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern es ist auch eine Wachstumsoption.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einige Ansätze, was den Verkehr anbelangt, haben wir bereits im Lande. Ich verweise auf das Modellprojekt „Urlaubsticket“ im Kreis Nordfriesland oder ähnliche Beispiele aus dem Kreis Ostholstein. Dort können in Verbindung mit der Kurkarte öffentliche Verkehrsträger mitbenutzt werden. Und damit haben wir auch schon etwas übergeleitet auf das interessante Thema **Kurtaxe**, das ja in der jüngeren Zeit durch die Äußerungen der Ministerpräsidentin hohe Wellen geschlagen hat. Ich möchte die Debatte an dieser Stelle - so verlockend das auch ist - nicht vertiefen, sondern verweise nur in aller Kürze auf die Feststellung in den „Lübecker Nachrichten“, wo Arnold Petersen sehr richtig festgestellt hat - ich darf zitieren:

„Fest steht: Keiner liebt die Kurabgabe. Aber ihre Einnahmen gelten als unverzichtbar, ohne daß bislang ein besseres Finanzierungssystem gefunden wurde.“

Dem ist nicht viel hinzuzufügen, und auch ich bin sehr gespannt auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, wie das schon der Kollege Neugebauer zum Ausdruck gebracht hat.

In unserem Antrag ist auch von der Förderung von Sonderformen des Tourismus die Rede, was ich als sehr notwendig erachte in Übereinstimmung mit Ihnen, Herr Buß. Ich freue mich, daß die Landesregierung mit ihrer Präsentation auf der NORLA zum Thema „Reiten in Schleswig-Holstein“ ein Stück weit vorangerritten ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Glocke des Präsidenten)

Selbstverständlich und unzweifelhaft ist der Fahrradtourismus als Sonderform am bedeutendsten.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, denken Sie an die Redezeit!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich bin gleich durch. Bei einer fast 40prozentigen Nachfrage zumindest als Teilaktivität des Urlaubs muß den fahrradtouristischen Bedürfnissen in besonderer Weise Rechnung getragen werden. Aus meiner Sicht fehlt noch ein geschlossenes Konzept. Wir brauchen ein Netz von Fahrradtouren hier im Lande, ähnlich wie es die Schweiz vormacht oder wie wir es vorbildlich in Dänemark finden. Es muß dringend ein Konzept erstellt werden, und unser entwickeltes Netz an landwirtschaftlichen Wirtschaftswegen kann dafür eine wesentliche physikalische Grundlage liefern. Beides resultiert in Ihrem Haus, Herr Minister Buß.

(Glocke des Präsidenten)

Fangen Sie doch an, ein solches Konzept vorzulegen!

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Matthiessen, ich bitte Sie, jetzt zum Schluß zu kommen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. Der letzte Satz. Zur Kultur möchte ich nur noch einen Aspekt erwähnen. Das Schleswig-Holsteinische Musikfest sollte seinen Spielplan - wenigstens den größten Teil davon - so rechtzeitig anbieten, daß bereits auf der Tourismusmesse und in den frühzeitig fertiggestellten Saisonprospekten der schleswig-holsteinischen Touristikanbieter für unser schönes Land geworben werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abgeordneten Dr. Ulf von
Hielmcrone [SPD] und Heinz Maurus
[CDU])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Auf der Tribüne begrüße ich den Seniorenclub Fidelitas aus Großenbrode. Meine Damen und Herren, herzlich willkommen!

(Beifall)

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem wir heute morgen über Meilensteine für die Zukunft Schleswig-Holsteins diskutiert haben, beschäftigen wir uns jetzt mit der Zukunft des Tourismusstandortes Schleswig-Holstein. Der Antrag der Regierungsfractionen kann ja wohl nur auf die Zukunft gerichtet sein, da die diesjährige Saison - auch wenn das Wetter nicht ganz danach aussieht - schon begonnen hat. Ich bin - wie offensichtlich auch der Kollege Maurus - doch etwas erstaunt. Im vergangenen Jahr haben wir uns ausführlich mit dem Bericht zur Lage des Tourismus auseinandergesetzt, und jede Fraktion - ich betone: jede Fraktion - dieses Hauses hat Ideen zur Stärkung des Fremdenverkehrs im Lande eingebracht. Passiert ist allerdings bis heute so gut wie nichts - bis auf die Tatsache, daß es an der Spitze des zuständigen Ministeriums zu einem Führungswechsel gekommen ist. Ich bin sicher, Herr Buß, daß der Fremdenverkehr bei Ihnen in guten Händen ist.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Das allein freilich beseitigt die unstrittig vorhandenen Defizite noch nicht.

Im übrigen finde ich es auch bemerkenswert, daß SPD und Grüne die von ihnen getragene Landesregierung mit einer ganzen Reihe von Selbstverständlichkeiten konfrontieren. Es sollte doch wohl eine Selbstverständlichkeit sein, daß die **Tourismuskonzeption** weiterentwickelt und hierbei den sich ändernden Bedingungen angepaßt wird. Es sollte ebenfalls selbstverständlich sein, daß das touristische Verkehrskonzept weiter umgesetzt wird, und zwar unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse unserer Gäste. Ich frage Sie: Wozu entwickelt die Landesregierung sonst diese Konzepte? Doch nicht für den Papierkorb, oder?

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Welche Bedürfnisse, wenn nicht die unserer Gäste, sollen denn Ihrer Ansicht nach Berücksichtigung finden?

Geradezu revolutionär ist der Vorschlag, zielgruppenspezifische Angebote zu entwickeln beziehungsweise zu verbessern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerne stelle ich Ihnen das Konzept meiner Fraktion zur Verfügung, das genau dies, nämlich die Weiterentwicklung zielgruppenspezifischer Angebote beinhaltet. Ich habe das

auch im letzten Jahr an dieser Stelle schon vorgetragen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Dabei gestehe ich gerne zu, Herr Neugebauer, daß die Entwicklung touristischer Angebote natürlich nicht die Aufgabe der Landesregierung sein kann und auch nicht sein soll. Aber ich vermisse gerade bei den Grünen jene Vehemenz, mit der sie sich für Fahrradwege einsetzen - übrigens zu Recht. Die Idee hinsichtlich der Vernetzung von landwirtschaftlichen Wegen, die Sie eben noch einmal vorgetragen haben, Herr Kollege Matthiessen, ist allerdings nicht revolutionär und neu. Wenn Sie alte Protokolle nachlesen, werden Sie sie darin finden. Ich freue mich aber natürlich ganz besonders darüber, daß auch Sie jetzt den Weg zu dem Reitwanderwegenetz gefunden haben. Das ist meines Erachtens eine ganz tolle Sache.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist ein Fortschritt, wenn selbst Sie, Herr Kollege, einsehen, daß sich nicht alle auf ein Fahrrad setzen.

Daß Schleswig-Holstein ausgezeichnete Möglichkeiten für Reiter, Angler, Golfer oder Segler bietet, ist eine Erkenntnis, die den Regierungsfractionen wohl nicht erst über Nacht gekommen sein kann - es sei denn, ihre Tourismusexperten kennen unser Land gar nicht. Wie oft sollen von dieser Stelle aus noch Bekenntnisse zur zentralen Vermarktung des Tourismusstandortes Schleswig-Holstein abgegeben werden, ohne daß irgend etwas passiert? Natürlich trägt die F.D.P.-Fraktion auch diese Forderung zum wiederholten Male mit.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist doch wunderbar!)

Ich frage mich nur, warum wir das immer wieder beschließen müssen, Herr Neugebauer. Das ist doch der Punkt. Ich habe zu Anfang ganz deutlich gemacht, daß wir, was den Inhalt Ihres Antrages angeht, nicht auseinander sind. Der Antrag enthält lauter gute Forderungen, lauter Selbstverständlichkeiten. Ich bin ganz sicher, daß die Landesregierung dieses Konzept längst weiterentwickelt hat und es umsetzt. Ich frage mich deshalb, warum es hier noch einmal angesprochen werden muß.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, zentrale Vermarktung fängt bei der einfachen Buchbarkeit des Reiseziels an. Diese Erkenntnis schlägt sich jetzt sogar in Ihrer Initiative nieder, nachdem Reisen in die ganze Welt

(Christel Aschmoneit-Lücke)

einfach gebucht werden können - mit Ausnahme vieler deutscher Reisegebiete, leider eben auch schleswig-holsteinischer.

Was für ein geradezu sensationeller Einfall ist es, den Tourismusstandort auch durch Berücksichtigung kultureller Angebote stärken zu wollen! Nachdem **Kulturpolitik** in diesem Lande so gut wie überhaupt nicht mehr stattfindet, besinnt sich Rot-Grün darauf nach dem Motto „Da war doch noch etwas“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Neugebauer, welchen konkreten Nutzen für die weitere Entwicklung des Tourismus versprechen Sie sich denn, wenn der Landtag heute - sicherlich in schöner Eintracht - feststellt, daß die orts-, regions- und kreisübergreifende Zusammenarbeit weiterentwickelt werden soll, daß die Bedürfnisse der verschiedenen Urlauber- und Gästegruppen bei der Gestaltung kultureller Angebote stärker berücksichtigt werden sollen oder daß bei Maßnahmen der Denkmalpflege, der Städtebauförderung und der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung die Belange des kulturellen Erbes verstärkt berücksichtigt werden sollen? Ich frage Sie als Vertreter von einer der beiden Regierungsfractionen: Welchen Nutzen versprechen Sie sich davon, wenn gleichzeitig die Haushaltsmittel für Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler kontinuierlich von 2,2 Millionen DM im Jahre 1994 auf gerade noch 1,5 Millionen DM im Jahre 1998 gesunken sind?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Man muß im übrigen wissen, daß dieser Titel mittlerweile ausschließlich durch Einnahmen aus der Lotteriespiel 77 finanziert wird. Die Mittel für die Städtebauförderung einschließlich der Bundesmittel wurden von 1994 bis 1998 sogar glatt halbiert. Wer immer nur die Lippen spitzt, muß irgendwann auch einmal pfeifen.

Das heißt, entweder Sie vernachlässigen bei der Aufstellung des Landesetats den Kulturbereich nicht länger sträflich - was eine Frage der Prioritätensetzung ist -, oder Sie entwickeln neue Ideen und Rahmenbedingungen zum Beispiel für ein erfolgreiches Kultursponsoring. Mit kleinkariertem Kirchturmpolitik lockt man nämlich keine finanzkräftigen Sponsoren an, sondern man schreckt sie ab.

Meine Damen und Herren, unsere Ministerpräsidentin höchstpersönlich hat es sich zur Aufgabe gemacht, der antiquiertesten aller Abgaben den Garaus zu machen: Die **Kurtaxe** soll abgeschafft werden. So weit, so gut. Ich frage Frau Simonis aber: warum jetzt urplötzlich? War es denn wirklich notwendig, mitten in der Saison jene Gäste, die sich bereits für Schleswig-Holstein entschieden haben, lauthals über die Ungerechtigkeit

der Kurtaxe aufzuklären? Hätten Sie sich nicht vorher bei Ihrem zuständigen Minister erkundigen und von ihm hören können, daß dieser beziehungsweise sein Vorgänger seit zwei Jahren damit beschäftigt ist, eine Alternative zur Kurtaxe zu entwickeln? Das scheint nicht leicht zu sein.

Auf ungeteilte Zustimmung stieß im vergangenen Jahr der Vorschlag der F.D.P.-Fraktion, ein Finanzierungssystem aus einem Guß zu schaffen, das das Nebeneinander der verschiedenen Abgabeformen im Tourismusbereich ersetzen soll. Was ist geschehen? Herr Maurus, wissen Sie es? Die Ministerpräsidentin fordert nun, jeder Urlauber solle nur noch für Leistungen bezahlen, die er auch tatsächlich in Anspruch nimmt. Als Beispiel nennt sie - man höre und staune - den Strand. Ich gehe einmal davon aus, daß Frau Simonis mit der Leistung „Strand“ etwas mehr verbindet als das Sonnenbad im Sand oder den Spaziergang am Strand. Daher schlage ich Ihnen heute vor: Nehmen Sie sich ein Beispiel an anderen Ferienregionen! Wer in den Alpen Skifahren geht, bezahlt auch nicht für den Schnee. Er bezahlt mit seinem Skipaß aber natürlich nicht nur die Liftbenutzung, sondern auch für gespurte Loipen und präparierte Pisten. Wer in Maspalomas an den Strand will, kann dies, ohne „Sandabgabe“ zu bezahlen, tun, sooft er will. Wer aber bequem im Liegestuhl unter dem Sonnenschirm eine eisgekühlte Cola genießen will, der bezahlt dafür.

Die Finanzierung komplementärer Dienstleistungen - ich nenne hier einen sauberen und gepflegten Strand, Rettungswachen und Strandtoiletten - erfolgt über **Konzessionsabgaben**. Die jeweiligen Bezirksverwaltungen vergeben Konzessionen zur Bewirtschaftung ganzer Strandabschnitte. Das schließt die Vermietung von Liegestühlen ebenso ein wie den Betrieb einheitlich gestalteter Kioske, an denen Sie Erfrischungsgetränke, Eis oder Sandwiches bekommen können. Niemand wird gezwungen, sich einen Liegestuhl zu mieten; jeder kann auch so an den Strand gehen. Niemand wird gezwungen, sich ein Käsebrötchen zu kaufen. Dennoch sind diese Betriebe hochrentabel, und kein Urlauber fühlt sich ausgenommen, weil er - wie in diesem Falle - für das bloße Betreten des Strandes 8,50 DM bezahlen soll.

Ich schlage Ihnen vor, ein ähnliches Konzessionsmodell für die Bewirtschaftung der schleswig-holsteinischen Badestrände an Nord- und Ostsee zu entwickeln und hierüber die natürlich erforderlichen Mittel für Strandpflege oder Schwimmaufsicht aufzubringen. Bei entsprechend attraktiven Angeboten bin ich zuversichtlich, daß potentielle Besucher von Kur-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

konzerten auch gerne selbst für diese Leistung Eintritt bezahlen.

Ich hoffe, daß unsere Vorschläge berücksichtigt werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordnete Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, daß der **Tourismus** in Schleswig-Holstein ein bedeutender **Wirtschaftsfaktor** ist. Die Ministerpräsidentin hat dies in einer Pressemitteilung vom 30. Juni wieder durch aktuelle Wirtschaftsdaten und Fakten belegt. Die Zahlen bestätigen, wie wichtig der Tourismus mit einem Umsatzvolumen mit 8,5 Milliarden DM, einem Beitrag zum Volkseinkommen von 4,6 % und 80.000 Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein ist. Gerade aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung ist eine Stärkung des Tourismusstandortes Schleswig-Holstein weiter notwendig. Eine Weiterentwicklung der bisherigen Tourismuskonzeption der Landesregierung, wie von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag gefordert, kann der SSW daher voll und ganz unterstützen.

Wir sprechen uns nachhaltig für eine Stärkung des Tourismus im Lande aus. Wir sehen darin die Möglichkeit, im verstärkten Konkurrenzkampf mit anderen Anbietern bestehen zu können. Laut Mitteilung des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein vom 25. Juni konnte das Übernachtungsaufkommen des Vorjahres in der Zeit von Januar bis April nicht erreicht werden. Es wurde ein Minus von insgesamt 5,1 % errechnet. Die Entwicklung der Übernachtungszahlen zeigt uns, daß es nicht nur zu einer **Qualitätsverbesserung**, sondern auch zu einer Veränderung der Strukturen kommen muß. Neue **Organisationsstrukturen** des Tourismus in Schleswig-Holstein sind unabdingbare Voraussetzung für einen weiteren Ausbau dieses wichtigen Wirtschaftszweiges.

Deshalb unterstützen wir die Forderung, daß die Landesregierung eine stärkere Koordinierung und eine weitere Konzentration der verschiedenen tourismusrelevanten Aufgaben prüfen sollte. Eine Konzentration des Fremdenverkehrsverbandes ist ja derzeit geplant. Auch auf der letzten Mitgliederversammlung des Nordseebäderverbandes wurde beschlossen, das Verbandsmodell in Richtung des vom Tourismusverband Schleswig-Holstein entwickelten marktorientierten Modells weiterzuentwickeln. Ziel sollte es unserer

Meinung nach sein, dem marktorientierten Modell sehr nahe zu kommen.

Natürlich hat auch die Branche selbst eine große Verantwortung bei der Weiterentwicklung des Standortes. Eine gemeinsame und regionenübergreifende Angebotsdarstellung und -vermarktung für das gesamte Land und für alle Sparten des Tourismussektors kann nur durch Bestrebungen der Tourismuswirtschaft selber erreicht werden. Beispielsweise ist derzeit **SHT** rein als Reisevermittler tätig. Das heißt, der eigentliche Anbieter ist der Vermieter. So hat die SHT keinerlei direkte Einflußmöglichkeiten auf die Preisgestaltung und Qualität des touristischen Produktes. Sie sollte sich in Zukunft zu einem eigenen Veranstalter - ähnlich wie TUI, Amerops oder dänische Veranstalter - entwickeln. Auch dies sollte Zielsetzung des neuen Tourismusverbandes Schleswig-Holstein sein.

Der SSW begrüßt besonders den Aufbau des **Touristischen Informationssystems**, wie es in einigen Modellregionen, zum Beispiel in Dithmarschen, zur Zeit stattfindet und 1999 probeweise anlaufen soll. Hierbei soll es dann möglich sein, bei einer Buchung alles - vom Anfahrtsweg über Fahrpläne, Veranstaltungen, Sehenswürdigkeiten, Öffnungszeiten und so weiter - dem Gast zukommen zu lassen. Ein Pool von Informationen soll so ständig abrufbar sein. Ein Internetzugriff soll dann natürlich auch möglich sein.

Der Erfolg am Markt hängt aber auch davon ab, ob der Gast rechtzeitig und umfassend über die Angebote informiert werden kann. Deshalb ist die **Verknüpfung** regionaler Buchungsorganisationen von entscheidender Bedeutung und von SHT auch angestrebt. Aber die Kurverwaltungen und Fremdenverkehrsvereine sind meist zögerlich, da entweder die Vermieter keine Kontingente zur Verfügung stellen oder man selbst noch nicht über eine Quartiervermittlung, sondern nur über einen sogenannten Quartiernachweis verfügt, das heißt über keine verlässliche Auskunft über freie Quartiere, sondern nur über Adressennachweise in einem Gastgeberverzeichnis.

Auch den zweiten Teil des Antrages mit der Forderung, daß die **kulturelle Vielfalt** unseres Landes für den Tourismus genutzt werden muß, kann der SSW voll und ganz unterstützen. Allerdings sind wir der Auffassung, daß kulturelle Vielfalt ein Ziel an sich sein muß. Da wir aber wissen, daß nicht zuletzt die kulturellen Angebote bei der Entscheidung unserer Gäste von großer Bedeutung sind, ist es auch von wirtschaftspolitischer Bedeutung, der Kulturförderung einen hohen Stellenwert einzuräumen.

Mit einem Appell allein ist es unserer Meinung nach allerdings nicht getan. Hier ist die Landesregierung in

(Peter Gerckens)

ihrer Kulturpolitik gefragt. Die Landesregierung hat vorrangig die Aufgabe, die kulturelle Arbeit in den Regionen zu fördern. Es reicht nicht, nur festzustellen, daß die kulturelle Vielfalt und der kulturelle Reichtum des Landes als Chance für die Weiterentwicklung des Tourismus intensiver als bisher genutzt werden sollten, wenn gleichzeitig die finanzielle Kulturförderung auf allen Ebenen Jahr für Jahr weiter reduziert wird.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander.

Auch in den Fragen der grenzüberschreitenden Kooperation hat es sich gezeigt, daß es schwierig ist, für kulturelle Initiativen in unserem Land die entsprechenden Partner zu finden. Befürwortet man die kulturelle Vielfalt, ja geht man von einem Standortvorteil aus, so muß auch in dieser Sache jede Möglichkeit genutzt werden.

Ich komme zum Schluß. Ich glaube, daß wir uns alle darin einig sind, daß eine Weiterentwicklung im Fremdenverkehr nur dann möglich ist, wenn alle - sowohl hier im Hause als auch draußen im Lande - an einem Strang ziehen. Wir wissen, daß das gesamte Umfeld stimmen muß. Nur so ist Schleswig-Holstein als primäres Urlaubsland weiter attraktiv.

Der Ausschußüberweisung stimmen wir zu.

(Beifall bei SSW, SPD und der Abgeordneten
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Thema „Kultur und Tourismus“. Über Schleswig-Holstein und die Kultur gibt es eine Reihe von mehr oder weniger bissigen Bonmots und Witzen; wahrscheinlich kennen Sie sie. Alle diese Witze sind im Kern ihrer Aussage falsch, soweit sie die Abwesenheit von Kultur bezeichnen wollen.

Schleswig-Holstein ist ein Land mit einer reichen und vielfältigen **Kultur**. Es hat ein großes bauliches und künstlerisches Erbe, vom Schloß und Herrenhaus bis zum Industriedenkmal, von Wotersen bis Kupfermühle, vom Dom zur Dorfschmiede, von der Romanik zum Bauhaus, von Brüggemann bis Barlach, von Meister Notke bis Nolde.

Und dennoch, diese Witze sind zwar in ihrer Sachausage unwahr, aber nicht unbegründet.

(Unruhe)

Wir selbst wissen über unsere Kultur zuwenig und sind nicht genügend stolz auf sie und - der zweite Grund hat mit dem ersten zu tun - unser tatsächlich reichhaltiges Angebot ist nicht vernetzt, nicht verbunden, nicht leicht zu erschließen, nicht auf einen Blick zu erkennen, teilweise aber auch leider nicht zugänglich, obwohl der Erhalt von manchen Bauten häufig durch öffentliche Gelder gefördert worden ist.

(Anhaltende Unruhe)

Genau diese Tatsache führt dazu, daß unser kulturelles Erbe - -

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie bitte! - Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, etwas sorgfältiger zuzuhören.

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Genau diese Tatsache führt dann dazu, daß unser **kulturelles Erbe** von uns selbst nicht genügend gekannt, deswegen von uns auch nicht genügend geschätzt und auch nicht genügend geschützt wird. Vor allem aber führen die mangelnde eigene Kenntnis und der mangelnde eigene Stolz dazu, daß wir nicht so, wie wir es eigentlich könnten, mit dieser Kultur werben, bei uns im Lande und insbesondere bei unseren Gästen. Das Kulturangebot mag ein Nischenangebot sein, aber es ist wichtig und erschließt ein interessantes Gästesegment. Frau Aschmoneit-Lücke, die leichte Häme kann ich nicht verstehen, denn hier liegt wirklich ein Defizit vor.

(Beifall bei der SPD)

Anläßlich der kürzlich erfolgten Vorstellung eines kleinen, aber wichtigen Buches über schleswig-holsteinische Schlösser und Herrenhäuser beklagten die „Kieler Nachrichten“ gestern in einem Kommentar, daß nicht längst die Initiative ergriffen wurde, das kulturelle Angebot des Landes besser darzustellen.

Nun, dieser Vorwurf trifft jedenfalls nicht unsere Fraktion. Wir haben das Problem erkannt und bereits im November 1996 auf einer Tagung in Salzaus dieses Thema bearbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Das positive Echo hat uns überrascht und deutlich gemacht, wie wichtig eine Vernetzung und Präsentation ist. Erste Beispiele sind zu verzeichnen: der bereits genannte gemeinsame Führer, das Projekt der Residenzen. Die sieben Schlösser im Lande wollen

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

sich gemeinsam vorstellen und bewerben. In diesem Zusammenhang gilt unser ausdrücklicher Dank dem Tourismusverband, Herrn Dr. Kube, dem Leiter des Landesmuseumsamtes, Herrn Dr. Sydow und Prinz Christoph zu Schleswig-Holstein, die dieses Projekt mit Engagement gemeinsam vorantreiben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr gut!)

Damit ist ein wichtiger Anfang gemacht worden, aber eben nur ein Anfang. Es ist viel mehr möglich. Ich nenne nur gemeinsame Angebote der Kulturschaffenden - hier war die Kulturbörse ein Beginn, die fortgesetzt werden muß -, oder den Zusammenschluß der Eigentümer historischer Häuser, nicht nur Schlösser, um diese besser zu bewerben und die Möglichkeiten auszuschöpfen, die sich auf dem Sektor des Tourismus bieten. Herrenhaus und Dorfschmiede, die alte Kirche und das historische Rathaus, die Mühle und der Dorfkrug, hier können sie werben und sich gemeinsam darstellen, hier können sie aber auch Geld verdienen. Der Blick über die Grenzen nach Dänemark oder England zeigt, was möglich ist. In ganz Europa gibt es die Vereinigung European Historic Houses, nur in Deutschland nicht.

Nun hieße es, die Möglichkeiten des Parlaments und der Regierung zu überschätzen, wollten sie hier selbst handeln; das müssen die Akteure schon selbst tun. Anregungen aber dürfen wir aussprechen. Die Regierung kann die Betroffenen an einen Tisch bringen, kann Aktivitäten positiv begleiten. Unsere Pflicht als Parlament ist es, hierauf hinzuweisen, wenn es sonst nicht geschieht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluß.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Ich sehe, die Kultur bleibt auf der Strecke. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und gebe mein Manuskript dem Stenographischen Dienst. Vielleicht kann das abgedruckt werden.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, das ist nach der Geschäftsordnung leider nicht möglich.

Das Wort nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat jetzt Frau Abgeordnete Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Die Berge kreißten, ein Mäuslein ward geboren“, so könnte man den rührend kleingehaltenen kulturellen Anteil am vorliegenden Antrag überschreiben.

Herr Dr. von Hielmcrone, Sie haben es versäumt, auf die Vorgeschichte einzugehen: Am 26. August 1997 hielten Sie und Ihr Kollege Neugebauer eine Pressekonferenz zu dem Thema ab: **Kulturangebote** sollen den **Tourismusstandort** stärken. - Da spielte Kultur noch eine ganz große Rolle.

Als ich den dazugehörigen Presstext las, dachte ich: Donnerwetter, darin sind wirklich einige echt gute Dinge enthalten, die man ohne weiteres unterschreiben kann und die

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

- klatschen Sie nicht zu früh, Herr Neugebauer - richtig Geld kosten. - Dann wartete ich darauf, daß sich etwas tut, daß es zum Beispiel eine Landtagsinitiative oder eine Initiative im Ausschuß gibt. Nach fast einem Jahr kann ich heute feststellen, daß sich das Warten gelohnt hat, daß ein Antrag von SPD und Grünen vorliegt.

Aber was, meine Herren, ist von den vielen guten Ideen vom August 1997 übriggeblieben? - Allgemeinplätze sind im Antrag zu finden - Frau Aschmoneit-Lücke hat das deutlich genug beschrieben -, ferner Situationsbeschreibungen ohne Visionen, ohne Phantasie, allerdings auch ohne Haushaltswirksamkeit; letzteres war sicherlich die Richtschnur, an der Sie sich als Verfasser orientieren mußten. Wie konnten Sie, Herr Kollege von Hielmcrone, das nur zulassen? Sehen wir uns zum Beispiel einmal den Denkmalschutz an - Frau Aschmoneit-Lücke, Sie haben das auch getan -, eine der tragenden Säulen des Kulturtourismus.

Der kommissarische Landeskonservator, Gerd Kaster, hat - Herr Dr. von Hielmcrone, Sie haben aus dem Interview zitiert - öffentlich kritisiert, daß die Landesregierung entschieden zu wenig Fördermittel für die **Denkmalpflege** zur Verfügung stellt und damit den Tourismusstandort Schleswig-Holstein gefährdet. Aber, meine Damen und Herren, denken Sie ein bißchen nach: Das war nicht immer so. Ich erinnere an das 1987 von der CDU-Regierung aufgelegte Sonderprogramm in Höhe von 28 Millionen DM. Danach ging es mit dem Denkmalschutz bergab, und zwar sowohl bezüglich der finanziellen Ausstattung als auch - das kostet keinen Pfennig - im kommunikativen Bereich zum Ministerium.

(Caroline Schwarz)

Wenn Sie, meine Herren Verfasser, das, was Sie 1997 und heute aufgeschrieben haben, ernst meinen, aber trotzdem keine Taten folgen, dann ist das das Papier nicht wert, auf dem es steht. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Stichworte Kulturagentur und Kulturatlas.

Kulturförderung ist auch Wirtschaftsförderung - das hat mit Nischen nichts zu tun, Herr Dr. von Hielmcrone -; daran gibt es keinen Zweifel. Kulturförderung ist in erheblichem Maße auch **Tourismusförderung**. Deshalb müssen wir auch sehr genau gucken, wie wir das Geld, das für Kulturförderung zur Verfügung steht, zielgerichtet, wirksam, intelligent und kreativ ausgeben.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

„Nicht kleckern, sondern klotzen“, Herr Neugebauer, muß in diesem Zusammenhang die Devise bei den Haushaltsberatungen sein. Daran werden wir Sie erinnern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister, ich schlage vor, daß ich zunächst dem Herrn Abgeordneten von Hielmcrone nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort gebe. -

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie sehen: Kultur ist hartnäckig; so leicht gibt sie nicht auf.

Frau Schwarz, Sie haben eines in unserem Antrag nicht verstanden: Es geht uns darum, daß diejenigen, die **Kultur** schaffen oder aber Kultur haben, die beispielsweise historische Häuser haben, sich zusammenschließen und ihr Angebot gemeinsam nach außen tragen, daß sie gemeinsam werben und gemeinsam Prospekte entwickeln. Denkbar ist auch - das ist in England so wunderbar -, daß sie gemeinsam Produkte in ihren Museumsshops anbieten. Das ist meiner Ansicht nach ganz wichtig.

Hier ist ein großes Marktsegment vorhanden, und es kann - so hoffe ich jedenfalls - viel Geld verdient werden. Andere Länder machen uns das vor. Nur wir haben es nicht. Das wollen wir fördern. Das können wir aber nicht par ordre du mufti machen; vielmehr müssen die Menschen zusammenkommen, die hier Akteure sind, die entsprechende Häuser haben.

Das können wir beflügeln. Wir können die Betroffenen zusammenholen. Wir können sie bitten, so etwas zu machen, aber machen müssen sie es selbst. Deswegen ist unser Antrag in seinem kulturpolitischen Teil

nur scheinbar so vage. Er kann gar nicht anders sein, weil es hierbei auf die Freiwilligkeit der Menschen ankommt. Wir wollen, daß sie zusammenkommen, gemeinsam handeln und die Chancen, die auf diesem Sektor liegen, erkennen. Diese haben sie noch nicht erkannt. Es ist als Sensation bezeichnet worden, daß es jetzt ein Buch über diese Schlösser gibt, das auch solche Angaben enthält. Das ist im Grunde eine Sache, die längst selbstverständlich hätte sein müssen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber das müssen die Betroffenen selbst machen. Sie müssen erkennen können, daß hierin eine Marktchance für sie liegt. Das wollen wir beflügeln. Daran arbeiten wir seit zwei Jahren.

Deshalb ist unsere Bitte an das Parlament: Nehmen Sie diesen Vorschlag auf und tragen Sie ihn weiter an die Regierung, damit sie handelt und die Menschen in diesem Bereich freiwillig zusammenholt, damit diese Menschen freiwillig etwas machen, freiwillig die Kultur für unser Land vermarkten. Ich glaube, das ist eine ganz wesentliche Chance.

(Thomas Stritzl [CDU]: Diese Regierung handelt doch nicht! Das ist das Problem!)

Ich glaube, hier wird sie auch auf Wohlwollen stoßen. Wenn wir das dann machen, dann haben nämlich - diesen Witz möchte ich noch zu Ende erzählen - Schleswig-Holstein und Joghurt eines gemeinsam: Beide haben Kultur, und dieser Landtag sicherlich auch.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Herr Minister Buß.

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße es sehr, daß die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen Antrag vorgelegt haben. Er gibt mir Gelegenheit, über **Tourismus** zu sprechen und darzulegen, wie ich nach der kurzen Zeit die **Entwicklung** in Schleswig-Holstein und deren Möglichkeiten beurteile. Der Antrag hilft uns allen, Gedanken über den Tourismusstandort Schleswig-Holstein zu bündeln. Er dokumentiert auch, daß nicht nur die Koalitionsfraktionen bereit sind, sich über diese Frage Gedanken zu machen, sondern - das kann ich, weil Sie von der Opposition

(Minister Klaus Buß)

Beiträge dazu geleistet haben, sagen - auch der Landtag. Das freut den Tourismusminister.

Die **Tourismuspolitik** der Regierung ist in den Tourismuskonzeptionen von 1990 und 1995 sowie durch den dem Landtag im Herbst des letzten Jahres zugeleiteten Tourismusbericht dokumentiert. Ich möchte heute vor allem auf zukünftige Handlungsschwerpunkte der Tourismuspolitik eingehen.

Am vergangenen Dienstag - das ist erwähnt worden - hat in Husum eine auswärtige Kabinettsitzung zum Thema Tourismus stattgefunden. Auch das hat mich naturgemäß sehr gefreut. Unsere Ministerpräsidentin hat dabei die große Bedeutung des Tourismus als Wirtschafts- und Imagefaktor für Schleswig-Holstein betont und zugleich die Tourismuspolitik als Schwerpunktaufgabe der Landespolitik bezeichnet. Darüber freue ich mich. Ich denke, wir alle sind aufgerufen, mit dem Pfund - Herr Maurus, das haben Sie erwähnt - zu wuchern, und das ist eben unser wunderschönes Schleswig-Holstein mit seinen hervorragenden Infrastruktureinrichtungen für den Tourismus.

(Beifall bei der SPD)

Der schleswig-holsteinische Tourismus befindet sich derzeit zweifellos in einer nicht ganz einfachen Lage. Einige Gründe dafür sind angesprochen worden. Ein weiterer Grund gerade für die schlechte Vorsaison ist die Fußballweltmeisterschaft. Ich weiß es aus meiner Heimatstadt: Bis zum 12. Juli einschließlich sind kaum Buchungen vorhanden, und am 13. Juli ist alles voll. Da muß also ein Ursachenzusammenhang bestehen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Gibt es da keine Fernseher?)

- Für Sie ist noch ein Bett frei, Herr Stritzl!

Dennoch gibt uns die gute Grundsubstanz dieser Branche Anlaß, optimistisch in die Zukunft zu sehen. Ich sage ausdrücklich: optimistisch. Denn ich meine, wenn wir über einen **Tourismusstandort** sprechen - dies ist auch ein **Wirtschaftsstandort** -, dann ist es erforderlich, über diesen Standort optimistisch zu sprechen und damit für diesen Standort zu werben.

(Beifall im ganzen Haus)

Es ist einfach schädlich, sich einige Punkte herauszupicken, die zugegebenermaßen nicht optimal laufen, und sie bei der Diskussion in den Vordergrund zu stellen. Das hilft uns allen überhaupt nicht.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Ich sehe folgende Schwerpunkte in der Tourismuspolitik. An erster Stelle steht die Notwendigkeit zu intensiver **Kooperation im Tourismus**. Tourismusverband und DeHoGa müssen noch enger kooperieren. Sie

haben eine gemeinsame Verantwortung. Ich habe bereits mit beiden Verbänden gute Gespräche geführt. Das von den Tourismusverbänden entwickelte neue Werbekonzept unter der Dachmarke Schleswig-Holstein muß auf allen Ebenen umgesetzt und weiterentwickelt werden. Das Konzept gewährleistet den einheitlichen schlagkräftigen Werbeauftritt Schleswig-Holsteins.

Die Organisationsstruktur der Tourismusverbände muß verschlankt werden. Ich bin überzeugt, daß eine neue schlankere **Organisationsstruktur** zu einer Kräfte- und Mittelbündelung und damit zu höherer **Effizienz** führen wird.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich werde mich trotz schwieriger Haushaltslage dafür einsetzen, die Marketingzuschüsse an die Tourismusverbände zumindest in bisheriger Höhe zu erhalten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

- Daran können Sie alle mitwirken.

Voraussetzung ist aber die eben angeführte Kooperationsbereitschaft und Mittelbündelung.

Immanent wichtig ist der weitere **Ausbau des Buchungssystems**. Die Schleswig-Holstein-Tourismus GmbH, SHT, als landesweite Buchungszentrale befindet sich - zugegeben nach schwierigen Zeiten - auf einem guten Weg der Neuausrichtung, das heißt, sie wird sich neuen Geschäftsfeldern zuwenden. Ich bin dankbar, daß diese hier im Antrag mit erwähnt worden sind, wie zum Beispiel Akzession am Markt oder Package-Angebote. Ich denke, da gibt es eine ganze Reihe von Dingen, die gemacht werden können. Ich werde diesen zukunftsweisenden Weg mit allen Möglichkeiten meines Hauses unterstützen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Sehr am Herzen liegt mir auch die Entwicklung neuer interessanter **Marktsegmente**, wie zum Beispiel der Fahrrad- oder der Reittourismus sowie eine ganze Reihe mehr, die hier nicht alle erwähnt werden können. Ich denke, der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Sie alle sind aufgefordert, wenn Sie neue Ideen haben, diese bei mir abzuliefern. Dafür haben wir immer ein offenes Ohr.

Auch hier bietet sich die SHT als ein hervorragendes Vermarktungsinstrument an. Die **Qualitäts- und Dienstleistungsoffensive** ist eine Daueraufgabe im Tourismus. Wir wollen auch in diesem Jahr weitere modellhafte Projekte fördern, wie zum Beispiel eine

(Minister Klaus Buß)

Fortbildungsagentur, ein Modellprojekt Tourist-Service-Zentralen oder eine landesweite Gästebefragung.

Mit dem DeHoGa ist vereinbart, die **Kinder- und Familienfreundlichkeit** der Gastronomie durch spezielle Aktionen auszubauen. Innovative Projekte im Tourismus, vor allem in den genannten Schwerpunktbereichen, sollen mit Hilfe eines neuen Haushaltstitels meines Hauses gefördert werden.

Dann zum Thema **Kurabgabe** - daran komme ich natürlich nicht vorbei. Die Tourismusorte sind zur Erhaltung ihres Leistungs- und Servicespektrums auf die rund 60 Millionen DM Einnahmen angewiesen, die sie heute aus der Kurabgabe erzielen, vorausgesetzt, wir sind uns alle einig, daß die Infrastruktur, wie wir sie hier in Schleswig-Holstein vorhalten, die richtige für unsere Gäste ist.

Das Tourismusgewerbe dürfte kaum bereit sein - und ich weiß, wovon ich rede -, diese Finanzierungslasten zu übernehmen. Auch die von einigen angedachte Tourismussteuer scheint mir unrealistisch. Worüber wir nachdenken müssen, sind kundenfreundlichere und effizientere Erhebungs- und Gestaltungsformen wie zum Beispiel Einbeziehung der Kurabgabe in den Vermietungspreis, Einbeziehung zusätzlicher Leistungen oder die elektronische Service-Card. Dazu ist noch einiges mehr hier genannt worden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir werden darüber nachdenken. Bereits im August 1998 soll ein Workshop mit den Fachleuten der Branche stattfinden. Die Ergebnisse werde ich Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres vorlegen.

(Thomas Stritzl [CDU] und Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Gestatten Sie mir noch einige unmittelbare Anmerkungen zum vorliegenden Antrag. Sie sollen zeigen, daß die Landesregierung auf vielen angesprochenen Feldern bereits aktiv ist. Die Koordination der tourismusrelevanten Aufgaben innerhalb der Landesregierung soll fallbezogen verbessert werden, ohne Zuständigkeiten einzelner Ressorts in Frage zu stellen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Darüber müssen wir noch reden!)

- Das können wir jederzeit, Herr Neugebauer!

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

So wird mein Haus unter tourismuspolitischen Aspekten die Federführung für Konzepte zum Wohnmobiltourismus und zur Kurabgabe übernehmen. Beide Bereiche werden selbstverständlich mit den zuständigen Ministern abgesprochen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist ja ein Anfang!)

Das touristische Verkehrskonzept wird weiter umgesetzt, wie zum Beispiel die Förderung eines Urlaubstickets Nordfriesland

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr gut!)

durch mein Haus. Ich denke, gute Beispiele sind auch Amrum und Föhr mit ihrem Pauschalangebot einschließlich der Bahnreise.

Ergänzend sei zum Thema **Fahrradtourismus** auf die kürzliche Eröffnung des Fernradwanderweges „Ochsenweg“, die zur Zeit laufende Aktualisierung des Beschilderungserlasses für Radwege oder die geplante Förderung eines Projektes fahrradfreundliche Beherbergungsbetriebe verwiesen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Besonders begrüße ich - das habe ich schon gesagt - die Aussagen im Antrag zur SHT. Die SHT muß - daran müssen wir alle mitwirken - ein zentrales Vermarktungsinstrument werden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin sicher, die SHT wird, wenn wir es denn alle wollen, über die Runden kommen - um eine Formulierung von vorhin aufzugreifen.

Qualifiziertes Personal ist ein ebenso wichtiger Wettbewerbsfaktor. Zur Verbesserung der Weiterbildung im Tourismus planen wir die Anschubfinanzierung einer von der Tourismuswirtschaft getragenen **Fortbildungsagentur**.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich möchte einige Anmerkungen zum Aspekt Kultur und Tourismus machen. Das Potential des Kulturtourismus ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Hier bedarf es einer wesentlich engeren Zusammenarbeit zwischen Tourismus- und Kulturanbietern sowie kreativer Ideen. Einige davon haben wir schon gehört.

Die Kulturangebote bereichern ganz ohne Zweifel das touristische Angebot Schleswig-Holsteins und binden Gäste an das Land. Echter **Kulturtourismus**, zum Beispiel die Schlössertour, ist zwar eher ein Nischenprodukt, dennoch sollte diese Chance genutzt werden, um neue Zielgruppen zu gewinnen und das Image Schleswig-Holsteins zu profilieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

(Minister Klaus Buß)

Ich nenne dazu beispielhaft einige wenige Aktivitäten: Tourismusverband und SHT entwickeln zur Zeit gemeinsam mit den Eigentümern ein Projekt zur besseren Vermarktung von Schlössern in Schleswig-Holstein. Mein Haus wird in Kürze ein Gespräch mit Verantwortlichen des Schleswig-Holstein Musik Festivals und dem Tourismusverband führen, um die touristischen Potentiale des SHMF noch besser zu nutzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Ich denke auch an Gespräche mit unseren Theatern, die bedauerlicherweise immer gerade zur Saison geschlossen haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das vom Land geförderte touristische Informationssystem bietet hervorragende Möglichkeiten, Information und Vermarktung von Kulturangeboten zu verbessern. Der genannte Fernradwanderweg „Ochsenweg“ ist ein gutes Beispiel einer Kulturreiseroute mit der Verknüpfung von Kultur, Landschaft, Gastronomie und Tourismus.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Das Thema Kulturagentur ist auch schon angesprochen worden. Es wird zur Zeit vom Tourismusverband weiterentwickelt.

Ich danke Ihnen sehr, daß Sie mir alle so aufmerksam zugehört haben. Nehmen Sie auch noch einen letzten Satz an. Frau Simonis hat das auch schon gesagt, und ich bitte Sie ebenfalls darum: Wir sind alle aufgerufen, für dieses Land Tourismusbotschafter zu sein, überall dort, wo wir hinkommen. Sie reisen alle gern, die Urlaubszeit steht vor der Tür: Denken Sie an unser schönes Schleswig-Holstein, erzählen Sie allen anderen, wie toll es hier ist, dann habe ich um den Tourismus keine Bange.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall' Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1538, dem Ausschuß für ländliche Räume zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/1535

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Grundsatzberatung. Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur auf einige wichtige Punkte eingehen. Das Zustandekommen dieses Antrags ist einfach zu erklären, das muß ich nämlich noch einmal machen. Wir sind von der BU Flensburg darauf aufmerksam gemacht worden, daß etwas mit der **Mitbestimmung** im argen ist. Dort wird die Auffassung vertreten, daß es eigentlich nicht angehen kann, daß eine bestimmte Gruppe von Lehrenden von Entscheidungen über die Lehre ausgenommen sein soll. Bei den sogenannten Lehrkräften für besondere Aufgaben handelt es sich in der Regel um Abordnungen. Diese Lehrkräfte unterrichten eine erhebliche Anzahl von Wochenstunden. Wie uns gesagt wurde, handelt es sich nicht selten um etwa 14 Wochenstunden. Das ist nicht viel weniger, als ein Professor wöchentlich unterrichtet.

Unmittelbar leuchtet deshalb auch nicht ein, weshalb Sie vor dem Hintergrund dieser Eignung insbesondere an solchen Entscheidungen, die die Lehre betreffen, keine Mitspracherechte haben sollen. Mittelbar hängt es allerdings mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus den siebziger Jahren zusammen. Danach muß eine professorale Mehrheit in den Gremien vertreten sein. Dieser Mehrheit sind **Lehrkräfte für besondere Aufgaben** nicht zuzuordnen. Gleichwohl sollten diese Lehrkräfte jedenfalls dann zu Wort kommen, wenn dies nicht zu Kollisionen mit der Mitbestimmung der Studierenden führt. Vor diesem Hintergrund haben wir unseren Antrag zu einem Zeitpunkt eingebracht, zu dem eine Änderung des Hochschulgesetzes ohnehin zur Debatte steht.

Dann könnte ich natürlich noch ausführen, daß wir mit Hilfe des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages die Geschichte des § 25 ermittelt haben. Darauf verzichte ich jetzt. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß wir es mit einem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hochschulgesetzes aus dem Jahr 1989 zu tun haben. Allerdings werden in dem dortigen Entwurf die Lehrkräfte für besondere Aufgaben ausdrücklich vom Stimmrecht ausgenommen. Diese Regelung entspricht der heutigen.

(Anke Spoorendonk)

Weshalb ausdrücklich festgeschrieben wird, daß Lehrkräfte für besondere Aufgaben an Entscheidungen, die die Lehre unmittelbar berühren, nicht mitwirken sollen, wird in der Begründung zu dem damaligen Gesetzentwurf aus dem Jahr 1989 nicht gesondert belegt. Dort heißt es zwar allgemein, daß Mitbestimmungsrechte auf der Grundlage von Qualifikation, Funktion, Verantwortung und Betroffenheit ausgewogen verteilt sein müssen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß man den Lehrkräften für besondere Aufgaben ihre Qualifikation hinsichtlich der zu treffenden Entscheidungen in Fragen der Lehre absprechen wollte.

Von unserem Antrag erhoffen wir uns daher, daß er uns im Rahmen der Ausschubarbeit dazu verhelfen wird, Antworten auf offene Fragen zu erhalten.

Abschließend möchte ich deshalb nur feststellen, daß wir uns über Ihre Unterstützung freuen würden, um mehr Mitspracherechte für die Gruppe der Lehrkräfte für besondere Aufgaben insbesondere in dem Bereich zu erzielen, in dem sie ihre Hauptaufgabe haben.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die SPD-Landtagsfraktion haben die Aufregungen aus Flensburg erreicht, und, Frau Kollegin Spoorendonk, ich gebe Ihnen zu, daß die Frage der **Lehrkräfte für besondere Aufgaben** hinsichtlich der Mitwirkung in den Gremien der Hochschulen einer Betrachtung bedarf.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Deswegen werden wir uns sehr gern im Zusammenhang mit der Novellierung des Hochschulgesetzes im Ausschuß auch mit diesem Aspekt befassen. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, daß es eine ganze Reihe von Möglichkeiten gibt, das Problem anzupacken. Manche Hochschulgesetze regeln es dadurch, daß es den einzelnen Hochschulen anheimgestellt wird, ob sie diese Gruppe zum wissenschaftlichen Mittelbau zählen wollen oder nicht und - wenn ja - nach welchen Kriterien; andere schaffen innerhalb der Hochschulselbstverwaltung eine eigenständige Gruppe für diesen Bereich.

Sie wollen jetzt den Bereich komplett dem wissenschaftlichen Mittelbau zuordnen. Meines Erachtens ist dort Beratungsbedarf im Detail gegeben,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

weil wir uns angucken müssen, was dort auch wissenschaftlich wirklich an Lehrleistung erbracht wird.

Mein letzter Satz soll der sein: Es kann auch unserer Auffassung nach nicht angehen, daß in Fragen der Lehre - diese Gruppe hat im wesentlichen mit Lehre zu tun - die Möglichkeit der Mitwirkung beispielsweise in Berufungsausschüssen geringer durchschlägt als für Studierende. Das ist in der Tat ein Stück Disparität, bei der wir schauen müssen, daß wir etwas Rechtskonformes finden, was diesen Widerspruch auflöst.

Über alles weitere sollten wir im Ausschuß sprechen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf möchte der SSW erreichen, daß bei Entscheidungen an Hochschulen, die die Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben, die Lehre oder die Berufung von Professoren oder Professorinnen unmittelbar berühren, sämtliche Angehörigen in der Mitgliedergruppe des wissenschaftlichen Dienstes stimmberechtigt mitwirken können, sofern sie demjenigen Hochschulgremium stimmberechtigt angehören.

Bisher sind hiervon - darauf verweisen Sie in Ihrem Gesetzentwurf - gemäß § 23 Abs. 1 Nr. 2 des Hochschulgesetzes die **Lehrkräfte für besondere Aufgaben** ausgenommen. Diese Lehrkräfte können von den Mitgliedern der Gruppe des wissenschaftlichen Dienstes in die Hochschulgremien gewählt werden; sie haben in diesen Gremien im Falle ihrer Wahl in allen allgemeinen Fragen auch Stimmrecht. In allen Angelegenheiten der Lehre haben sie dann Stimmrecht, wenn sie entsprechende Funktionen in der Hochschule wahrnehmen und über besondere Erfahrungen im Bereich der Lehre verfügen.

Es ist daher nicht ganz zutreffend, wenn es in der Begründung des SSW-Gesetzentwurfes heißt, daß Lehrkräfte für besondere Aufgaben an Entscheidungen, die die Lehre betreffen, keine Mitspracherechte haben. Sie haben bereits heute Stimmrecht, sofern sie

(Thorsten Geißler)

entsprechende Funktionen an der Hochschule wahrnehmen und über besondere Erfahrungen im Bereich der Lehre verfügen. Ansonsten wirken sie beratend mit.

Mit dem Gesetzentwurf des SSW würde aber erzielt, daß in Zukunft Lehrkräfte für besondere Aufgaben unter den einschränkenden Voraussetzungen des § 23 Abs. 1 Nr. 2 generell an allen Entscheidungen, die die Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben, Lehre oder auch die Berufung von Professoren oder Professorinnen unmittelbar berühren, mitwirken dürften. Wir werden daher im Ausschuß die Frage sehr sorgfältig zu erörtern haben, ob Lehrkräften für besondere Aufgaben, die bis zu 14 Wochenstunden unterrichten, Stimmrechte auch bei diesen Entscheidungen übertragen werden sollen.

Wir erwarten dazu natürlich von der Landesregierung einen detaillierten Bericht über den Einsatz von Lehrkräften mit besonderen Aufgaben an den einzelnen Hochschulen des Landes, wobei Flensburg sicherlich eine besondere Rolle spielen wird, und Stellungnahmen aller Hochschulen bezüglich der Auswirkungen der bisher geltenden gesetzlichen Regelungen und bezüglich der Konsequenzen, die sich aus einer Veränderung der Rechtslage im Sinne des SSW-Gesetzentwurfes ergeben. Wir sollten auch einen Blick auf die Regelungen in anderen Bundesländern werfen; darauf hat der Kollege Weber zu Recht aufmerksam gemacht.

Insofern hat der SSW insgesamt mit seinem Gesetzentwurf einen interessanten Denkanstoß gegeben. Für meine Fraktion signalisiere ich Zustimmung zur Ausschußüberweisung.

(Beifall bei CDU und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hintergrund dieser Gesetzesinitiative ist die Situation an der Bildungswissenschaftlichen Universität in Flensburg. Diese ist inzwischen formal eine Universität. Die Personalstruktur jedoch ist im wesentlichen die der vormaligen Pädagogischen Hochschule. Einen Mittelbau in dem Sinne, wie er üblicherweise charakteristisch für die Universitäten ist, gibt es dort bisher nicht.

Insofern haben die **Lehrkräfte für besondere Aufgaben** faktisch die Funktion eines Mittelbaus für die Bildungswissenschaftliche Universität in Flensburg.

Das gültige Hochschulgesetz des Landes schließt aber diese Gruppe von Stimmrechten bei Entscheidungen über Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben, Lehre oder bei der Berufung von Professorinnen und Professoren aus. Auch durch Nachfragen im zuständigen Ministerium ließ sich nicht klären, wieso das schleswig-holsteinische Gesetz diesen Teil des Personals seinerzeit vom Stimmrecht ausgenommen hat. Deshalb bedauere ich beinahe, daß Anke Spoorendonk hier ihre Rede so bescheiden gekürzt hat - aber gut! Heute müssen wir in jedem Fall politisch feststellen, daß eine solche Unterteilung der Stimmrechte einem alten hierarchischen Denken anhängt, das wir jedenfalls nicht teilen.

Es ist doch auch absurd, daß die Abgeordneten Lehrkräfte an der Bildungswissenschaftlichen Universität Flensburg einen großen Teil der Lehre und einen Teil der Forschung bestreiten, aber nicht das Recht haben sollen, mit ihrer Stimme über Fragen der Forschung und Lehre mitzuzentscheiden.

Die juristische Frage allerdings werden wir in der Ausschußberatung mit dem Wissenschaftlichen Dienst weiter klären müssen. Das Hamburgische Hochschulgesetz - wir haben uns ein bißchen schlaugemacht, indem wir einmal ein bißchen über die Grenzen geguckt haben - spricht in dem vergleichbaren § 123 einheitlich von „akademischen Mitarbeitern“ - eine Formulierung, mit der der jetzt zu Tage getretene Konflikt auflösbar wäre.

Wir finden es sinnvoll, die vorgeschlagene Gesetzesänderung im Bildungsausschuß im Rahmen der ohnehin vorgesehenen kleinen Novelle des Hochschulgesetzes mitzuberaten und mitzuzentscheiden. Vielleicht weist ja das Hamburgische Hochschulgesetz einen Weg, den wir beschreiten könnten. Wir würden uns freuen.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sehe eigentlich wirklich keinen sachlichen Grund, weshalb man die **Lehrkräfte für besondere Aufgaben** aus der Gruppe des wissenschaftlichen Dienstes oder aus dem wissenschaftlichen Mittelbau, wie man auch sagt, ausklammert und Ihnen einen minderen Status gibt. Ich vermag die Unterscheidung des geltenden Landeshochschulgesetzes in diesem Punkt nicht

(Dr. Ekkehard Klug)

nachzuvollziehen. Auf welcher juristischen, rechtlichen Grundlage das beruht oder ob das durch Rechtsprechung des Verfassungsgerichts erzwungen wird, wird näher zu erörtern sein. Wie wir unter Umständen Regelungen finden, die diese Gruppe besser an Hochschulprozessen beteiligt, sollten wir im Ausschuß diskutieren.

Ich finde es richtig, Anke Spoorendonk, Herr Gerckens, daß Sie für den SSW diese Initiative eingebracht haben und wir uns mit den Beteiligungsmöglichkeiten dieser Gruppe von Hochschulmitarbeitern im weiteren Gesetzgebungsverfahren im Ausschuß befassen.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Das Anliegen ist sympathisch. Der Sachverhalt ist umfassend dargestellt worden. Die gegenwärtige Rechtsauffassung ist die: Basis ist das Verfassungsurteil von 1975, nach dem es Bedenken gibt, ein entsprechendes Anliegen umzusetzen. Ob und wie wir das - Klammer auf, sympathische, Klammer zu - Anliegen verfassungsrechtlich einwandfrei umsetzen können, werden wir im Ausschuß beraten. Das sollten wir - das ist hier auch schon angesprochen worden - gemeinsam mit der kleinen Hochschulgesetznovelle tun. Ich sehe also Einigkeit auf allen Rängen. Das ist auch nicht in jedem hochschulpolitischen Punkt der Fall.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr guter Beitrag! - Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Bildungsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Ich schlage vor, jetzt noch die Punkte ohne Aussprache abzuhandeln.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Wahl der Landesbeauftragten oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/1541

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen. Ich schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. Ich weise darauf hin, daß für die Annahme des Wahlvorschlags die Zustimmung von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Landtages erforderlich ist.

(Holger Astrup [SPD]: Der Anwesenden, Herr Präsident!)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist mit der Mehrheit der Mitglieder des Landtages so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Zustimmung des Landtages gemäß Artikel 34 der Landesverfassung

Antrag der Landesregierung

Drucksache 14/1519

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der F.D.P. ist der Antrag angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung von Lesben und Schwulen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1532

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1545

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Können wir über beide Anträge gemeinsam in der Sache abstimmen? - Das ist der Fall. Ich lasse über beide Anträge in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Waren das Gegenstimmen? -

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Bei welchem Tagesordnungspunkt sind Sie? - Heiterkeit)

- 19! - Die Anträge sind also gegen die Stimmen der F.D.P. mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

Ich rufe schließlich Tagesordnungspunkt 25 auf:

Bericht der Investitionsbank 1997

Drucksache 14/1495

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Bericht der Investitionsbank 1997 dem Finanzausschuß zur abschließenden Beratung zu überweisen.

(Zurufe: Nein! - Kenntnisnahme! - Ursula Kähler [SPD]: Nicht zur abschließenden Beratung! - Martin Kayenburg [CDU]: Wirtschaftsausschuß!)

- Nicht zur abschließenden Beratung? Finanzausschuß und Agrarausschuß? - Herr Abgeordneter Kayenburg!

(Holger Astrup [SPD]: Wirtschaftsausschuß!
- Martin Kayenburg [CDU]: Wirtschaftsausschuß und nicht zur abschließenden Beratung!)

- Nur dem Wirtschaftsausschuß? - Herr Abgeordneter Astrup zur Geschäftsordnung!

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Wir hatten uns darauf geeinigt, daß der Bericht dem Finanzausschuß federführend und dem Wirtschaftsausschuß - nicht zur abschließenden Beratung - überwiesen werden soll.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Der Antrag lautet jetzt: Der Bericht der Investitionsbank wird dem Finanzausschuß - federführend - und dem Wirtschaftsausschuß - mitberatend - überwiesen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch das ist einmütig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Stärkung des internationalen Studienstandortes Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/780

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/1528

Das Wort hat der Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Ich verweise auf die Vorlage.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist offenbar nicht der Fall.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Finanzgerichts bei dem Schleswig-Holsteinischen Finanzgericht in Kiel

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/1530

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag des Innen- und Rechtsausschusses abstimmen. Ich schlage Ihnen erneut eine offene Abstimmung vor. Ich weise darauf hin, daß für die Annahme des Wahlvorschlags eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist. Wer dem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Wahlvorschlag ist bei Enthaltung der Abgeordneten der F.D.P. mit Zustimmung von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen worden.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Sitzung angekommen. Morgen früh um 10:00 Uhr wird die Tagung fortgesetzt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17:47 Uhr